

II. DER ZUSAMMENBRUCH DER NACHKRIEGSORDNUNG

1. DIE KRISE DER NACHKRIEGSORDNUNG

A) THATCHER UND DIE NACHKRIEGSORDNUNG

Thatchers Programm stellte einen bewußten Bruch mit der politischen und ökonomischen Ordnung dar, die in Großbritannien nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges etabliert worden war.¹ Diese Nachkriegsordnung war Ausdruck eines bestimmten Verständnisses vom Wesen der Politik, die Thatcher nicht teilte. Die meisten ihrer Kollegen in beiden großen Parteien gingen von der Annahme aus, daß es vorrangige Aufgabe der Politik sei, mit Hilfe institutionalisierter Konsultationen zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Interessengruppen zu vermitteln. Regierungskunst bestand so gesehen darin, in einem begrenzten Kreis von Eingeweihten aus Politik, Verwaltung und Lobby-Gruppen die verschiedenen gesellschaftlichen Interessen miteinander zu harmonisieren.²

Der Oxforder Historiker Brian Harrison hat die These aufgestellt, das konsensuale, auf Ausgleich und Kompromiß bedachte Politikverständnis im Vereinigten Königreich habe zwei Wurzeln: eine institutionelle und eine kulturelle. Auch wenn im politischen System Großbritanniens, oberflächlich betrachtet, die Gegensätze zwischen Opposition und Regierung auffielen, wirke gerade die Polarisierung letztlich mäßigend auf die Parteien. Keine Seite verliere jemals die Hoffnung, mittelfristig selbst wieder an die Regierung zu gelangen. Dies stärke die gemäßigten Kräfte und führe dazu, daß die politische Mitte von beiden großen Parteien umworben werde. Hinzu treten Harrison zufolge kulturelle, mentale Besonderheiten: die Achtung vor dem *fair play*; die breite Akzeptanz etablierter Spielregeln und Verhaltenskodices, die nicht schriftlich fixiert sind und trotzdem eingehalten werden; die Bedeutung von Institutionen wie Personen, die als Schiedsrichter und Streitschlichter fungieren – seien es Richter, königliche Unter-

¹ Diese These vertreten auch DENNIS KAVANAGH und PETER MORRIS, *Consensus Politics from Attlee to Major*, 2. Aufl. Oxford 1994.

² Die Prämisse, auf der dieses Politikverständnis beruhte, hat der Labour-Politiker Denis Healey in seinen Memoiren treffend beschrieben, als er behauptete, „that lack of understanding is the main cause of all evil in public affairs – as in private life. Nothing is more likely to produce understanding than the sort of personal contact which involves people not just as officials or representatives, but also as human beings“; siehe HEALEY, S. 196.

suchungskommissionen (*Royal Commissions*), der Sprecher des Unterhauses oder der Monarch selbst; schließlich auch die Tradition eines einflußreichen und zugleich politisch neutralen *Civil Service*, dessen Charakter sich in der deutschen Übersetzung „Ministerialbürokratie“ nur unzureichend widerspiegelt.³

Ihren deutlichsten Ausdruck fanden diese institutionellen und kulturellen Eigenheiten Großbritanniens nach 1945 in einer Wirtschafts- und Sozialpolitik, die es in dieser Form vor dem Krieg nicht gegeben hatte. Ihre Grundgedanken gingen nicht zuletzt auf die Theorien des Ökonomen John Maynard Keynes zurück und wurden später unter der verallgemeinernden Bezeichnung „Keynesianismus“ bekannt. Keynes, der in seinen Studien in der Zwischenkriegszeit, vor allem in seiner *General Theory of Employment, Interest and Money* aus dem Jahr 1936, den Gedanken einer grundlegenden Reform des kapitalistischen Wirtschaftssystems entwickelt hatte, hielt den Kapitalismus für reformbedürftig, wenn er gegen Faschismus und Kommunismus bestehen wollte, gleichzeitig aber auch für reformfähig.⁴ Einzelne, begrenzte Veränderungen, glaubte er, würden ausreichen, um die Mängel des gegenwärtigen Systems zu beheben.

Man kann die wichtigsten Neuerungen, die Keynes und andere vorschlugen, als die Pfeiler betrachten, auf denen die britische Nachkriegsordnung ruhte. Den ersten Pfeiler bildete die Vollbeschäftigung als wichtigstes Ziel der Wirtschaftspolitik. Vor dem Hintergrund der Massenarbeitslosigkeit der dreißiger Jahre hatte Keynes den größten Mißstand in der offenkundigen Unfähigkeit eines ungesteuerten Kapitalismus erblickt, mit dem Problem der Erwerbslosigkeit fertig zu werden. Seine Lösung setzte voraus, daß der Staat mittels der Steuerpolitik und öffentlicher Ausgaben die gesamtwirtschaftliche Nachfrage regulierte und die Volkswirtschaft damit stabil hielt. Die Regierung durfte nicht auf der Angebotsseite intervenieren, sondern mußte auf der Nachfrageseite aktiv werden. Dem Ökonomen schwebte eine Aufgabenteilung zwischen Staat und Markt vor, derzufolge sich der Staat um die makroökonomische Steuerung der Nachfrage zu kümmern hatte, während der Markt wie bisher auf der mikroökonomischen Ebene für die richtige Verteilung von Ressourcen und die Honorierung

³ BRIAN HARRISON, *The Rise, Fall and Rise of Political Consensus in Britain Since 1940*, in: *History* 84, 1999, S. 308–10.

⁴ JOHN MAYNARD KEYNES, *The General Theory of Employment, Interest and Money*, London 1936. Zu Keynes und dem Keynesianismus siehe etwa: ROBERT LEKACHMAN, *The Age of Keynes*, London 1967; PETER CLARKE, *The Keynesian Revolution in the Making 1924–36*, London 1988; ROBERT SKIDELSKY, *John Maynard Keynes*. 3 Bde., London 1983, 1992, 2000.

wirtschaftlicher Effizienz sorgen würde. Im Jahr 1944 tauchte das Staatsziel der Vollbeschäftigung erstmals in einem Regierungsdokument auf. Seither wurde es von allen Parteien akzeptiert. Im Einklang mit Keynes' Ideen betrachteten alle britischen Regierungen seit 1945 die Steuerung der Nachfrage über Staatsausgaben und Steuern als geeignetes Mittel, dieses Ziel zu erreichen. Die Gefahr der Geldentwertung dagegen meinten die britischen Politiker vernachlässigen zu können, hatten sie doch im Gegensatz zu den Deutschen in ihrem Leben keine Inflationserfahrung machen müssen. „People quite like inflation really“, pflegte der konservative Premier Harold Macmillan zu spotten. „The poor like it because they've more pound notes in their pocket, the rich like it because they can always sell a picture or something. It's only retired colonels who don't like it.“⁵ Macmillan begriff wie beinahe alle Politiker seiner Generation Inflation und Arbeitslosigkeit als ein System kommunizierender Röhren, das der Staat über seine Haushalts- und Steuerpolitik in seinem Sinne und entsprechend den je gegebenen Umständen beeinflussen konnte: Erhöhte er die Nachfrage durch eine Ausweitung der Staatsausgaben, so stiegen die Preise und die Arbeitslosigkeit sank; dämpfte die Regierung die Nachfrage durch Steuererhöhungen und Sparmaßnahmen, so sanken die Preise und die Arbeitslosigkeit stieg.

Der zweite Pfeiler der Nachkriegsordnung war die sogenannte *mixed economy*, eine Wirtschaftsverfassung, die aus einer Mischung von Privat- und Staatswirtschaft bestand. Sie ging auf die Verstaatlichungspolitik unter Clement Attlee zurück, die zunächst weniger eine Nachfrageregulierung im Sinne Keynes' als vielmehr eine direkte Planung und Lenkung der Volkswirtschaft vorsah. Konsequent wurden Teile der kriegsgeschwächten britischen Privatwirtschaft in Staatsbesitz überführt. Weil die nachfolgenden Regierungen diese Maßnahmen nur in Einzelfällen rückgängig machten, sondern dazu tendierten, sie weiter auszubauen, befanden sich Ende der sechziger Jahre beträchtliche Teile der Schwerindustrie, Transport- und Energiewirtschaft Großbritanniens in staatlicher Hand, vor allem die Kohleförderung, die Gas- und Elektrizitätsversorgung, die Luftfahrt und das Eisenbahnnetz, von 1949 bis 1953 und seit 1968 auch die Eisen- und Stahlproduktion. Die verbliebene Privatwirtschaft bewegte sich innerhalb eines von der Regierung festgelegten Regelwerks, zu dem im internationalen Vergleich hohe Steuern ebenso gehörten wie umfangreiche Subventionen für strukturschwache Regionen.⁶

⁵ Zit. nach PRIOR, S. 120.

⁶ Siehe hierzu KENNETH O. MORGAN, *Labour in Power. 1945–51*, Oxford, New York 1983, S. 94–141.

Die dritte Säule der Nachkriegsordnung bildete die institutionalisierte Kooperation der Regierung mit den Gewerkschaften. Deren Macht ging bis auf den *Trade Disputes Act* von 1906 zurück, der ihnen weitgehende Immunität gegenüber Haftungs- und Schadensersatzansprüchen verlieh. Seit 1945 hatten sie zudem eine Schlüsselstellung innerhalb des politischen Systems gewonnen.⁷ Alle Regierungen der Nachkriegszeit, ob Labour oder Tory, waren ebenso wie der *Civil Service* daran interessiert, mit den Gewerkschaftsführern und nicht gegen sie zu arbeiten.⁸ Auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene wurden Gewerkschaftsführer in konsultative und exekutive Strukturen eingebunden, in denen es nicht nur um Lohnabschlüsse, sondern auch um allgemeinere Fragen wirtschaftlichen Managements ging. Beide Seiten sollten aus einvernehmlichen Regelungen Nutzen ziehen: Der Regierung war daran gelegen, Streiks und die damit verbundenen Schäden für die Volkswirtschaft zu vermeiden. Ziel der Gewerkschaftsführer war es, den Grundsatz des *free collective bargaining* zu bewahren und gesetzliche Festschreibungen aus den Arbeitsbeziehungen nach Möglichkeit herauszuhalten. Den deutlichsten Ausdruck fand die Macht der Gewerkschaften im sogenannten *closed shop*, den sie in der Nachkriegszeit in zahlreichen Betrieben durchsetzen konnten.⁹

Der vierte Pfeiler war der Sozialstaat. Zwar gab es in Großbritannien bereits vor dem Zweiten Weltkrieg, ja sogar schon zu Beginn des Ersten Weltkrieges vereinzelt staatliche Zuwendungen im Alter, bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit. Aber die Idee eines umfassenden Wohlfahrtsstaates wurde erst während des Zweiten Weltkrieges geboren und danach – wenn auch nur in Teilen – in die Realität umgesetzt. Das Schlüsselereignis war die Publikation des sogenannten *Beveridge Reports* im Jahr 1942, der ein alle Bürger von der Wiege bis zur Bahre umfassendes nationales Versicherungssystem vorschlug.¹⁰ Der zentrale Bestandteil des gigantischen Projekt, das von der Attlee-Regierung nur in Teilen verwirklicht wurde, war der *National*

⁷ Zur Geschichte der britischen Gewerkschaftsbewegung siehe PELLING; TAYLOR.

⁸ Der gewerkschaftliche Dachverband, der *Trades Union Congress*, „was regarded as an Estate of the Realm, the undisputed representative voice of working people. Its leaders were treated by the state as important figures whose consent and advice was needed not just for the achievement of stable and effective industrial relations but in wider policy areas“; TAYLOR, S. 329.

⁹ Hinter der Bezeichnung *closed shop* verbarg sich die Kopplung des Arbeitsplatzes an die Zwangsmitgliedschaft in einer bestimmten Gewerkschaft; vgl. etwa PELLING, S. 237–8.

¹⁰ Zu den Grundgedanken des Berichts siehe WILLIAM BEVERIDGE, *The Pillars of Security*, New York 1943. Vgl. auch die Biographie des Autors von JOSÉ HARRIS, *William Beveridge. A Biography*, Oxford 1977, sowie die Geschichte des britischen Sozialstaates von NICHOLAS TIMMINS, *The Five Giants. A Biography of the Welfare State*, London 1995.

Health Service aus den Jahren 1946/48. Im Gegensatz zu den Gesundheitssystemen vieler anderer westlicher Industriestaaten beruhte er nicht auf dem Versicherungsprinzip, sondern wurde aus Steuern finanziert, war also eine staatliche Leistung, die man kostenfrei in Anspruch nehmen konnte.¹¹

Der Begriff, auf den diese wirtschaftliche und politische Ordnung Großbritanniens seit den sechziger Jahren zunehmend gebracht wurde, war die Bezeichnung „Konsens“ (*consensus*). Sie hing eng mit dem vom amerikanischen Soziologen Daniel Bell 1962 proklamierten „Ende der Ideologie“ zusammen. Enttäuschung über die Sowjetunion auf der sozialistischen Linken gekoppelt mit dem Aufbau des Wohlfahrtsstaates habe, so Bells These, unter Intellektuellen zu einem weitgehenden Konsens über politische Fragen geführt.¹² In Großbritannien verstand man darunter die prinzipielle Übereinstimmung innerhalb der politischen Klasse über die groben Umrisse der vier Pfeiler der Nachkriegsordnung oder, in den Worten der Politikwissenschaftler Dennis Kavanagh und Peter Morris, „a set of parameters which bounded the set of policy options regarded by senior politicians and civil servants as administratively practicable, economically affordable and politically acceptable“.¹³ Wichtiges Kennzeichen des Konsenses war die Kontinuität der Regierungspolitik über Parteigrenzen und die Ablösung der Regierungsmannschaften hinweg. Der *Economist* prägte für diese Konstanz bereits 1954 den Begriff „Butskellism“, eine Kombination aus den Namen von Richard Austen (Rab) Butler und Hugh Gaitskell: Letzterer war 1950 und 1951 Labour-Schatzkanzler und galt als Musterbeispiel des gemäßigten Sozialisten; Butler, sein Nachfolger im Amt des Schatzkanzlers, gehörte zum fortschrittlichen Flügel der Tory-Partei. Beide verfolgten, so die These des *Economist*, eine keynesianische Nachfragepolitik, die am Ziel der Vollbeschäftigung orientiert war.¹⁴

Wann der Konsens begann, zu dessen Symbolen Gaitskell und Butler wurden, darüber streiten die Historiker. Manche datieren seine Entstehung auf die Jahre 1916 bis 1924, andere auf die Kriegskoalition 1940 bis 1945,

¹¹ Daneben existierten andere Sozialleistungen wie Familien- und Kindergelder, sozialer Wohnungsbau, die staatliche Förderung von Schul- und Universitätsbildung.

¹² Siehe DANIEL BELL, *The End of Ideology*, New York 1962, S. 402. Zur Verbreitung und Funktion der Theorie vom „Ende der Ideologie“ vgl. die Ausführungen bei MICHAEL HOCHGESCHWENDER, *Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen*, München 1998, S. 466–79, 534–47.

¹³ KAVANAGH und MORRIS, *Consensus*, S. 15. Vgl. auch DAVID DUTTON, *British Politics since 1945: The Rise and Fall of Consensus*, Oxford 1991.

¹⁴ *The Economist*, 13. Februar 1954.

wieder andere auf die Regierungszeit Attlees von 1945 bis 1951.¹⁵ Eine Minderheit von Wissenschaftlern bestreitet, daß es überhaupt ein Phänomen gegeben habe, das die Bezeichnung „Konsens“ verdient. Der Londoner Historiker Ben Pimlott etwa hielt ihn für eine Illusion, ein Trugbild, das sich schnell auflöse, wenn man es genauer betrachte.¹⁶ Er verwies darauf, daß die handelnden Politiker zu jener Zeit keineswegs das Gefühl gehabt hätten, Teil eines nationalen Konsenses zu sein. Auch die Wählerschaft sei damals stärker und dauerhafter in verschiedene Lager gespalten gewesen, als es sich mit der Idee einer Übereinstimmung in den politischen Grundfragen verhalte.¹⁷ Andere Historiker verwiesen darauf, daß Labour- und Tory-Partei mit ihrer keynesianischen Wirtschaftspolitik nicht nur in Einzelfragen unterschiedliche Ziele verfolgt, sondern im Rahmen des Keynesianismus auch ganz verschiedenartige Methoden angewandt hätten.¹⁸

So zutreffend einige Aspekte dieser Kritik auch sind, aus der Distanz eines Vierteljahrhunderts fallen heute die Gemeinsamkeiten in wirtschafts- und sozialpolitischen Grundannahmen, die innerhalb der politischen Klasse Großbritanniens damals vorherrschten, stärker ins Auge als die Unterschiede.¹⁹ Ein vergleichender Blick auf andere Staaten des Westens unterstreicht dies. Weder das Politikverständnis noch der Inhalt der britischen Nachkriegsordnung rechtfertigen es, von einem Sonderweg Großbritanniens zu sprechen. Beides war lediglich die spezifisch britische Ausprägung

¹⁵ Die erste These vertritt zum Beispiel KEITH MIDDLEMAS, *Politics in Industrial Society. The Experience of the British System Since 1911*, London 1979; der bekannteste Vertreter des zweiten Standpunktes ist PAUL ADDISON, *The Road to 1945. British Politics and the Second World War*, London 1975; zur dritten These siehe etwa STEPHEN BROOKE, *Labour's War: the Labour Party during the Second World War*, Oxford 1992.

¹⁶ BEN PIMLOTT, Is the „Postwar Consensus“ a Myth?, in: *Contemporary Record* 3, 1989 (2), S. 13; vgl. auch DERS., The Myth of Consensus, in: LESLIE M. SMITH (Hrsg.), *The Making of Britain: Echoes of Greatness*, London 1988.

¹⁷ Der angebliche Konsens sei erst im Rückblick entstanden, er sei „the product of a consensus among historians about those political ideas that should be regarded as important, and hence to be used as touchstones of the consensus“; PIMLOTT, *Postwar Consensus*, S. 13.

¹⁸ Der Begriff „Butskellism“ verschleierte diese Unterschiede, erklärte etwa der Glasgower Wirtschaftshistoriker Neil Rollings, der bestritt, daß die Politik der beiden Schatzkanzler wirklich identisch gewesen sei. Der Wirtschaftsboom der fünfziger Jahre und die daraus resultierende Vollbeschäftigung hätten lediglich über weiterhin bestehende, tiefgreifende Unterschiede hinweggetäuscht; NEIL ROLLINGS, „Poor Mr Butskell: A Short Life, Wrecked by Schizophrenia“?, in: *Twentieth Century British History* 5, 1994, S. 183–205. Auch der Politikwissenschaftler Martin Holmes behauptete, ein Konsens habe zwischen 1945 und 1972, wenn überhaupt, dann nur dem Namen nach existiert; HOLMES, *Thatcherism*, S. 18.

¹⁹ Vgl. schon SAMUEL BEER, *Modern British Politics*, London 1965, S. 359. In diesem Sinne auch DENNIS KAVANAGH, *The Postwar Consensus*, in: *Twentieth Century British History* 3, 1992 (2), S. 175–89, PAUL ADDISON, *British Historians and the Debate about the Post-War Consensus*, Austin/Texas 1996; HARRISON.

einer Vorstellung vom wünschenswerten Zusammenhang zwischen Staat und Wirtschaft, Individuum und Gesellschaft, die sich nach 1945 mit unterschiedlichem Tempo überall in Nordamerika und Westeuropa durchsetzte. Man hat die Weltanschauung, die diesem Konvergenzprozeß zugrunde lag, „Konsensliberalismus“, ihre sozio-ökonomische Organisationsform „Konsenskapitalismus“ genannt und auf deren Wurzeln im angelsächsischen Liberalismus hingewiesen. „Die besondere Eigenart des Konsensliberalismus, die ihn vom früheren Liberalismus unterschied“, so Anselm Doering-Manteuffel, „lag auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Gesellschaftsplanung. Während der frühere amerikanische [und auch britische, D.G.] Liberalismus staatsfern war und dem *laissez faire* huldigte, verstand sich der Konsensliberalismus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg ausdrücklich als gemäßigt etatistisch. [...] Damit die Freiheit des Individuums gewährleistet werden könne, war der starke Staat erforderlich.“²⁰

Die Methoden, mit deren Hilfe dieses Ziel in den verschiedenen Staaten der westlichen Welt erreicht werden sollte, unterschieden sich – bei allen Differenzen im Detail – im Prinzip kaum voneinander. Gezielte Interventionen des Staates in die Wirtschaft, Ausbau des Wohlfahrtsstaates, makroökonomische Steuerung im Sinne von Keynes und die Überwindung des Klassenkampfes durch Kooperation zwischen Arbeitgebern, Gewerkschaften und Staat hießen die Stichworte. Beispiele aus der Geschichte der Bundesrepublik reichen von der Mitbestimmung, die Kanzler Adenauer 1951 im Einvernehmen mit der SPD und den Gewerkschaften durchsetzte, über die Rentenreform, die 1957 ebenfalls mit den Stimmen der oppositionellen Sozialdemokratie verabschiedet wurde, bis hin zum „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ von 1967, mit dem die Große Koalition aus Christ- und Sozialdemokraten auch in die westdeutsche Wirtschaftsverfassung keynesianische Steuerungselemente einführte.²¹

Ein wichtiger Unterschied zwischen Großbritannien und der Bundesrepublik bestand darin, daß jenseits des Kanals Mitte der siebziger Jahre eine Politikerin an die Spitze der Konservativen Partei gewählt worden war, die sich vorgenommen hatte, mit der konsensorientierten Ordnung der Nachkriegszeit zu brechen. Schon ihr Politikstil war ein Verstoß gegen alle

²⁰ ANSELM DOERING-MANTEUFFEL, *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999, S. 76.

²¹ Zur Mitbestimmung siehe zum Beispiel HANS-PETER SCHWARZ, *Die Ära Adenauer 1949–1957*, Stuttgart 1981, S. 127–30; immer noch grundlegend zur Rentenreform HANS GÜNTER HOCKERTS, *Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945–57*, Stuttgart 1980; zum Stabilitätsgesetz vgl. KLAUS HILDEBRAND, *Von Erhard zur Großen Koalition 1963–69*, Stuttgart 1984, S. 287–9.

politischen Benimmregeln der Nachkriegszeit. Thatcher setzte auf Führungskraft und Überzeugungsstärke statt auf Ausgleich und Mäßigung. Sie appellierte nicht an die verschiedenen Interessengruppen, sondern ganz bewußt an diesen vorbei an das Volk. In der Art eines Volkstribunen schlug sie sich auf die Seite der Bürger – gegen „die Politiker“, „die Regierung“, „das Establishment“. Sie kultivierte ihren Status als Außenseiterin, teilte und schürte das Mißtrauen breiter Bevölkerungsteile gegenüber Abmachungen im kleinen Kreis, hinter verschlossenen Türen. Auch ihre politischen Ziele widersprachen dem Status quo. Sie versuchte nicht, das bestehende System von Fehlern zu befreien und effektiver zu machen, sondern wollte gänzlich andere Parameter politischen Handelns etablieren. Ihre Neudefinition der Staatsaufgaben schloß eine Abkehr von der *mixed economy* ein, die sie als „mixed up economy“ verspottete. Vollbeschäftigung zu gewährleisten, war nicht das Ziel eines begrenzten Staates, wie sie ihn anstrebte. Nur der Markt konnte Arbeitsplätze schaffen. Das oberste wirtschaftspolitische Ziel des Staates war es statt dessen, für sichere Rahmenbedingungen, vor allem für eine stabile Währung zu sorgen. Die Kooperation mit den Gewerkschaftsführern gehörte zu jener Art der Insider-Politik, die sie anprangerte. Sie tendierte eher dazu, die Bevölkerung und die einfachen Gewerkschaftsmitglieder auf den Machtmißbrauch durch die Führung hinzuweisen und den Volkszorn gegen sie zu mobilisieren. Zum Wohlfahrtsstaat finden sich in den Jahren 1975 bis 1979 wenig konkrete Aussagen.²² Thatcher war zu vorsichtig, sich in diesem sensiblen Bereich allzu weit aus dem Fenster zu lehnen. Sie warnte jedoch davor, die Errungenschaften des Sozialstaates zu glorifizieren und mahnte eine kritische Überprüfung seiner Leistungen an.

Die Vision einer radikalen Reform von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, die brüsk mit allen Regeln der britischen Nachkriegsordnung brach, wäre zu Zeiten, als diese Ordnung problemlos funktionierte, politischer Selbstmord gewesen. Thatchers große Chance bestand jedoch darin, daß in den siebziger Jahren die meisten Gewißheiten der Nachkriegsordnung unter dem Eindruck äußerer und innerer Krisen infrage gestellt wurden. Der Verschleiß alter Erklärungsmodelle, die Diskreditierung überkommener Überzeugungen war das, was man Thatchers *negative resources* nennen könnte. Während die meisten anderen Politiker versuchten, den Einsturz der alten Ordnung abzuwenden, prangerte sie deren Konstruktionsfehler

²² Zur Politik der Thatcher-Regierungen auf diesem Gebiet in den achtziger Jahren siehe PAUL PIERSON, *Dismantling the Welfare State? Reagan, Thatcher and the Politics of Retrenchment*, Cambridge 1994.

an und plädierte dafür, etwas gänzlich Neues zu errichten. Auf diese Weise profitierte sie von der sich verschärfenden politischen und wirtschaftlichen Krise des Landes.

Bereits Ende der sechziger Jahre zeigten die vier Pfeiler der britischen Nachkriegsordnung gefährliche, sich vertiefende Risse. Viele der riesigen Staatsbetriebe arbeiteten zunehmend unrentabel und verschlangen ständig mehr Subventionen, während die Produktivitätszuwächse der Privatindustrie immer weiter hinter anderen westlichen Industrienationen zurückblieben. Gleichzeitig hatte sich das System der kommunizierenden Röhren zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit als Illusion erwiesen: Die britische Wirtschaft litt unter einer Kombination von steigender Inflation *und* steigender Arbeitslosigkeit (Stagflation). Die Kooperation zwischen Regierung und Gewerkschaften schon seit Ende der fünfziger Jahre zunehmend konfliktträchtig. Zum einen waren die mächtigen britischen Gewerkschaften in gewisser Hinsicht machtloser als etwa ihre westdeutschen Partnerorganisationen. Das lag vor allem daran, daß die britische Gewerkschaftsbewegung nicht wie in der Bundesrepublik nach Wirtschaftszweigen organisiert war, sondern in viele hundert, mitunter winzig kleine Einzelgewerkschaften zerfiel, die untereinander um Verhandlungsmacht konkurrierten und sich gegenseitig Mitglieder abwarben. So waren 1960 rund zehn Millionen Briten in 664 verschiedenen Gewerkschaften organisiert, von denen lediglich 183 dem TUC angehörten.²³ Der gewerkschaftliche Dachverband hatte in Großbritannien viel größere Schwierigkeiten als in der Bundesrepublik, eine für alle Einzelgewerkschaften verbindliche Politik durchzusetzen. Hinzu kam, daß die Kriegs- und Nachkriegsgeneration der mächtigen, kooperationswilligen Gewerkschaftsführer im Verlauf der fünfziger und frühen sechziger Jahre von intransigenteren Nachfolgern abgelöst worden war, die sich immer weniger kompromißbereit zeigten und die Zeit der Vollbeschäftigung zur Durchsetzung ihrer Lohnforderungen nutzten.²⁴ Außerdem war das Verhältnis der Gewerkschaften zum modernen Wohlfahrtsstaat der Nachkriegszeit von einer seltsamen Widersprüchlichkeit geprägt. Einerseits verstanden sich die britischen Gewerkschafter mehrheitlich als Sozialisten, die den Aufbau eines umfassenden Sozialstaates und ein progressives Steuersystem ebenso begrüßten wie die Verstaatlichung von Industrie und Bankwesen sowie weitreichende Kompetenzen der Regierung in der Wirtschaftsplanung und -lenkung. Andererseits jedoch wehrten sie sich vehement gegen jede Einmischung des Staates in die Tarifhoheit. Der

²³ Vgl. PELLING, S. 320.

²⁴ Siehe hierzu TAYLOR, S. 99–125; PELLING, S. 239–82.

Grundsatz des *free collective bargaining* blieb ihnen heilig, jede Form der Lohnpolitik oder anderer Einmischungen des Staates stieß auf erbitterten Widerstand.²⁵ Auch der Sozialstaat geriet immer stärker unter Druck. Das kräftige Wirtschaftswachstum der fünfziger und sechziger Jahren hatte Verteilungskonflikte zwischen Steuerzahlern auf der einen Seite und den Beziehern von Sozialleistungen sowie den verschiedenen staatlichen Institutionen, die sie bereitstellten, auf der anderen Seite abgefedert. Staatsausgaben, Bruttosozialprodukt und Reallöhne waren gleichermaßen angestiegen. Mit dem abflauenden Wirtschaftswachstum der sechziger und siebziger Jahre machten sich allerdings die wachsenden staatlichen Ausgaben für Sozialleistungen in steigenden Steuern und Abgaben bemerkbar. Hatte der Durchschnittsverdiener 1960 acht Prozent seines Einkommens als Steuern und Abgaben gezahlt, so war es 1975 ein Viertel.²⁶

B) DAS SCHEITERN VON HEATHS „STILLER REVOLUTION“

Edward Heath, der 1970 überraschend zum britischen Premierminister gewählt worden war, erkannte früher als die meisten, daß die Nachkriegsordnung baufällig geworden war. Er wollte die Risse im Fundament kitten, das Bauwerk renovieren, ohne jedoch seine gesamte Statik zu verändern, und als einer der großen Reformer in die Geschichte Großbritanniens eingehen, der die Wirtschaft modernisiert, Industrie und Handel wiederbelebt und sein Land eng mit den Staaten Westeuropas verbunden hatte.²⁷ Dem britischen Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der das Herzstück seines Reformprojekts bildete, kam dabei eine doppelte Bedeutung zu: außenpolitisch sollte Krieg zwischen den Nationen Westeuropas künftig unmöglich sein, und innenpolitisch, so hoffte Heath, würde Großbritannien durch den verschärften Wettbewerb mit den anderen westeuropäischen Volkswirtschaften ein moderneres, leistungsfähigeres Land werden. Sein ehrgeiziges Modernisierungsprogramm verstand er nicht zuletzt als Vorbereitung auf die europäische Zukunft. Bürokratische Hindernisse sollten aus dem Weg geräumt, die rapide ansteigende Inflation gestoppt, die

²⁵ „Let us face the reality“, erklärte Gewerkschaftsführer Jack Jones 1969 dem Labour-Kabinett, das über eine Reform der Gewerkschaftsgesetzgebung nachdachte. „The question isn't whether our scheme works or your scheme works. It is the fact that our people won't accept government intervention“; zit. nach HEALEY, S. 407. Vgl. TAYLOR, S. 339.

²⁶ Vgl. KAVANAGH, *Thatcherism*, S. 46–7.

²⁷ Eine ausgewogene Bilanz der Heath-Regierung zieht der Sammelband von BALL und SELDON (Hrsg.); kritischer ist: HOLMES, *Failure*. Vgl. auch Heaths eigene Darstellung in HEATH, *Course*, S. 325–520.

destruktive Macht der Gewerkschaften durch eine umfassende Gesetzgebung gebrochen und überall freier Unternehmergeist entfacht werden.²⁸

Das Schattenkabinett hatte sich gründlich auf die Reformvorhaben vorbereitet. Heath hatte seine Mannschaft dazu angehalten, weniger die Politik der Labour-Regierung zu torpedieren als vielmehr konkrete eigene Vorschläge zu erarbeiten.²⁹ Untermalt wurden die Reformpläne von einer wirtschaftsliberalen Rhetorik, die sich kaum vom Tenor späterer Thatcher-Reden unterschied. „We must create a Britain that is bold, in which the spirit of adventure and enterprise can be given full play“, hatte Heath schon 1966, kurz nach seiner Wahl zum Parteichef, verkündet.³⁰ Die wirtschaftsliberale Stoßrichtung der konservativen Modernisierungspolitik, die aus derartigen Sätzen zu sprechen schien, wurde nach einem Londoner Hotel unter dem Schlagwort *Selsdon Park* bekannt. Dort traf sich Ende Januar 1970 das konservative Schattenkabinett, um sein Wahlkampfprogramm zu erarbeiten, in dem viele Beobachter einen deutlichen Rechtsruck der Partei erblickten. Labour-Führer Wilson taufte Heath damals „Selsdon Man“, was Assoziationen an einen prähistorischen, barbarischen Urmenschen wecken und die Brutalität der konservativen Politik hervorheben sollte.³¹ Die Rhetorik des Wahlkampf-Manifests klang in der Tat ähnlich marktradikal wie spätere Thatcher-Reden.³² Im Zentrum der Auflistung detaillierter Vorschläge für eine konservative Regierungspolitik stand der Kampf gegen steigende Preise. Die Inflation müsse unter Kontrolle gebracht werden; diese Aufgabe genieße absolute Priorität. Die staatliche Kontrolle von Lohnerhöhungen, die unter Labour eingeführt worden war, um die Geldentwertung zu bremsen, habe versagt und werde unter einer Tory-Regierung nicht wie-

²⁸ Vgl. das konservative Wahlkampf-Manifest von 1970, das den Titel „A Better Tomorrow“ trug; siehe CRAIG, Manifestos, S. 113–20.

²⁹ So MARTIN BURCH, *Approaches to Leadership in Opposition: Edward Heath and Margaret Thatcher*, in: ZIG LAYTON-HENRY (Hrsg.), *Conservative Party Politics*, London 1980, S. 172.

³⁰ EDWARD HEATH, *The Great Divide*, London 1966, S. 11.

³¹ Auch in der Forschung hielt man „Selsdon Park“ längere Zeit für „a shift to the right. It marked the beginning of the call to ‚roll back the frontiers of government‘“, so etwa ALAN SKED und CHRIS COOK, *Post-War Britain. A Political History*, 4. Aufl. Harmondsworth 1993, S. 244. Eine genauere Lektüre der Konferenzprotokolle macht jedoch klar, daß die marktradikale Aufbruchsrhetorik, die es zweifelsohne gab, lediglich eine tiefgehende Unsicherheit und Zwiespältigkeit über die Leitlinien der zukünftigen Wirtschaftspolitik über-tünchte; siehe CPA/CRD 3/9/92 und CPA/CRD 3/9/93; in diesem Sinne argumentiert auch RAMSDEN, *Appetite*, S. 398–9.

³² „We want people to achieve the security and independence of personal ownership, greater freedom of opportunity, greater freedom of choice, greater freedom from government regulation and interference“, hieß es dort etwa; *Conservative Party Manifesto „A Better Tomorrow“*, 1970, zit. nach: CRAIG, Manifestos, S. 113.

derholt werden. Zudem werde man unverzüglich ein umfassendes Gesetz zur Reform der Gewerkschaften auf den Weg bringen, nicht zuletzt um den Gewerkschaften die Macht zu nehmen, inflationstreibende Lohnabschlüsse zu erzwingen.³³

Nach dem Wahlsieg vom Juni 1970 rief Heath auf einem Parteitag in Blackpool zu einer radikalen Reformpolitik auf, die nichts geringeres zum Ziel hatte als eine Änderung der Einstellungen und Werte der Briten. Die größte Aufgabe seiner Regierung, so Heath, bestehe darin, den Bürgern mehr Freiheit zurückzugeben, eine leistungs- und verantwortungsbewußte Gesellschaft zu schaffen:

Change will give us freedom and with freedom must go responsibility. The free society which we aim to create must also be the responsible society – free from intervention, free from interference, but responsible; free to make your own decisions, but responsible also for your own mistakes. [...] we will have to embark on a change so radical, a revolution so quiet and yet so total, that it will go far beyond the programme for a Parliament to which we are committed.³⁴

Die Fundamente der Politik, die Heath dem Parteitag publikum anpries, hielten freilich nicht so lange wie versprochen. Sie bröckelten schon nach wenigen Monaten. Im Laufe der Jahre 1971 bis 1973 vollzog die Regierung nicht weniger als drei Kehrtwendungen in zentralen Politikbereichen: in ihrer Haltung gegenüber staatlichen Subventionen für kränkelnde Industriezweige und der Frage, wieweit der Staat in die Wirtschaft eingreifen solle; in der Gewerkschaftsreform und dem damit zusammenhängenden Problem der Lohnpolitik; und schließlich in der Haushaltspolitik und dem Kampf gegen die Inflation.

Die erste jener Kehrtwendungen begann damit, daß die Firma *Rolls Royce*, die außer Autos auch Flugzeugmotoren herstellte, in der zweiten Hälfte des Jahres 1970 in finanzielle Schwierigkeiten geriet. Das konfrontierte die Regierung mit einem Dilemma. Auf der einen Seite hatte sie sich gegen Finanzhilfen für marode Betriebe ausgesprochen.³⁵ Auf der anderen Seite standen 80 000 Arbeitsplätze auf dem Spiel. Die Luxuswagen des Unternehmens symbolisierten den Glanz der großen Tradition des Königreichs, auch wenn sie inzwischen nur noch einen geringen Teil des Umsatzes

³³ Conservative Party Manifesto „A Better Tomorrow“, 1970, ebd., S. 119.

³⁴ Edward Heath auf dem Tory-Parteitag in Blackpool am 10. Oktober 1970; The National Union of Conservative and Unionist Associations: (88.) Annual Conference Blackpool, Oktober 1970 (Verbatim Report), S. 132.

³⁵ Vgl. die Äußerungen von Schatzkanzler Barber am 27. Oktober 1970 im Unterhaus; Hansard Vol. 805, Col. 38. Siehe auch die Stellungnahme von Handels- und Industrieminister John Davies in: *The Times*, 9. Oktober 1970.

ausmachen. Die Firma war außerdem ein potentieller Marktführer in einem jener High-Technology-Bereiche, in denen die Heath-Regierung Großbritannien wieder an die Weltspitze heranführen wollte. Um die Angelegenheit noch komplizierter zu gestalten, spielten auch Verteidigungs- und Bündnisüberlegungen eine Rolle. *Rolls Royce* belieferte nicht nur die *Royal Air Force*, sondern auch einige Nato-Verbündete. Zudem war die Firma vertraglich an den amerikanischen Flugzeughersteller *Lockheed* gebunden, dessen Maschinen mit Motoren von *Rolls Royce* ausgestattet wurden. All dies zusammengenommen, bewegte das Kabinett schließlich dazu, sich gegen seine Prinzipien und für eine Verstaatlichung des Konzerns zu entscheiden.³⁶

Konnte die Regierung ihren Richtungswechsel im Fall von *Rolls Royce* mit internationalen Verpflichtungen und Verteidigungsüberlegungen rechtfertigen, so lagen die Dinge wenige Monate später bei den Glasgower *Upper Clyde Shipbuilders* anders. Das riesige Schiffbaukonglomerat, das der damalige Labour-Industrieminister, knapp drei Jahre zuvor aus fünf Einzelunternehmen zusammengeschmiedet hatte, gehörte zu jener Sorte lebensunfähiger Großbetriebe, die Heath und sein Kabinett entschlossen waren, *nicht* zu retten. Die Regierung hatte deswegen verkündet, die unrentablen Teile des Unternehmens müßten schließen.³⁷ Dennoch änderte sie im Februar 1972 ihre Meinung und verkündete ein Soforthilfe-Programm in Höhe von 35 Millionen Pfund. Was war geschehen? Die Werftarbeiter hatten unter der Führung des kommunistischen Gewerkschaftsführers Jimmy Reid mit einigem Effekt *work ins* organisiert. Die Proteste trugen dazu bei, die Stimmung in Glasgow derart gegen die Regierung aufzupeitschen, daß sich der Polizeichef der Stadt ernsthaft um die innere Sicherheit zu sorgen begann und 5000 zusätzliche Polizisten anforderte. Außerdem gab es in der Region besonders viele Arbeitslose. 12 000 weitere, die nach einer Schließung der Werften hinzugekommen wären, glaubte sich die Regierung nicht mehr leisten zu können.³⁸ Die steigenden Arbeitslosenzahlen, die man von der Labour-Regierung geerbt hatte, bereiteten dem Kabinett ohnehin

³⁶ Freilich wurde die profitabel arbeitende Automobil-Herstellung des Unternehmens wenig später wieder privatisiert. Der Rest von Rolls-Royce blieb jedoch bis Ende der achtziger Jahre in staatlicher Hand. Zu den Gründen für die Rettungsaktion der Regierung siehe: HEATH, Course, S. 340.

³⁷ Der Premierminister selbst hatte mit Blick auf die Glasgower Werften im Juni 1971 gesagt, man könne keine gesunde, prosperierende Volkswirtschaft schaffen, wenn Steuergelder in Fässer ohne Boden geschüttet würden; vgl. *Daily Telegraph*, 19. Juni 1971.

³⁸ „Unemployment was the vital issue in the UCS rescue“, gab ein Minister später zu Protokoll, zit. nach HOLMES, Failure, S. 45; vgl. auch CAMPBELL, Heath, S. 442–3.

immer größere Kopfschmerzen. Im Januar 1972 wurde erstmals in der Nachkriegszeit die Marke von einer Million überschritten.³⁹

Heath war enttäuscht, daß die britische Industrie die Steuersenkungen seiner Regierung nicht unverzüglich für neue Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen genutzt hatte. Er fühlte sich verraten und zog daraus die Konsequenz, nun müsse die Regierung selbst investieren.⁴⁰ Er bezweifelte jedoch, daß einzelne, begrenzte Rettungsaktionen wie im Falle von *Rolls Royce* oder UCS in Zukunft ausreichen. Das Land brauche ein innenpolitisches Pendant zum Marshall-Plan, erklärte er auf einem Strategietreffen mit seinen wichtigsten Ministern am 3. November 1971 in Downing Street Nr. 10.⁴¹ Aus dieser Bemerkung entwickelte sich die *Industry Bill*, die er in der Folgezeit im kleinen Kreise und ohne die zuständigen Ministerien zu beteiligen, ausarbeiten ließ. Als das Gesetz im Mai 1972 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, verkündete der zuständige Minister, die Regierung dürfe nicht beiseite stehen, wenn Situationen entstünden, die Industrie und Finanzinstitutionen nicht allein meistern könnten.⁴² Das neue Gesetz versetzte das Kabinett in die Lage, planmäßig und großflächig strukturschwache Gegenden mit öffentlichen Geldern zu fördern. Eine neue Behörde wurde errichtet, die gezielt in bestimmte Unternehmen investieren sollte, um dort industrielles Wachstum zu fördern, wo es besonders viele Arbeitslose gab. Auch wenn der Premierminister darauf verwies, daß sich seine Partei in ihrem Wahlkampfprogramm ausdrücklich für eine effektive Regionalpolitik stark gemacht habe, paßte das Gesetz schlecht zu seinen Reden über Freiheit, Selbstverantwortung und Begrenzung der Staatsmacht.⁴³

³⁹ Zwar handelte es sich dabei lediglich um eine nicht saisonal bereinigte Zahl, die Schulabgänger und Studenten einschloß. Doch nahm dies der Meldung nichts von ihrer bedrohlichen politischen Wirkung. Oppositionsführer Wilson schlug denn auch Kapital aus dieser Entwicklung und warf Heath vor, seine größte politische Leistung bestehe darin, die höchste Arbeitslosigkeit seit den dreißiger Jahren geschaffen zu haben; vgl. *The Times*, 26. September 1971. Der Vorwurf war umso verheerender als er sich mit Heaths eigener Einschätzung deckte. Der Premierminister war überzeugt, daß Arbeitslosigkeit in den siebziger Jahren ein ebenso großes Problem darstellte wie in den dreißigern; vgl. etwa PRIOR, S. 73–4.

⁴⁰ JOCK BRUCE-GARDYNE, *Whatever Happened to the Quiet Revolution? The Story of a Brave Experiment in Government*, London 1974, S. 80.

⁴¹ HEATH, *Course*, S. 341.

⁴² Ebd., S. 400; CAMPBELL, Heath, S. 446–8.

⁴³ Zumal die neu gebildete „Industrial Development Executive“ im Kern jener „Industrial Reconstruction Corporation“ ähnelte, die von der Labour-Regierung eingeführt und von der Heath-Administration zu Beginn ihrer Amtszeit mit großem Getöse wieder abgeschafft worden war, weil sie angeblich bürokratisch, ineffektiv und wirtschaftsfeindlich sei; siehe STUART BALL, *The Conservative Party and the Heath Government*, in: BALL und SELDON (Hrsg.), S. 328–9.

Der zweite Kurswechsel betraf die Politik gegenüber den Gewerkschaften. Die Regierung war angetreten, deren Macht einzuschränken, und hatte dabei große Hoffnungen auf den *Industrial Relations Act* gesetzt, der zum 1. März 1972 in Kraft trat. Ziel des Gesetzes war es, die Probleme, die Großbritannien mit seinen militanten Gewerkschaften und deren ausgeprägter Neigung zu Streiks hatte, mit Hilfe einer umfassenden Gesetzgebung zu lösen.⁴⁴ Den Gewerkschaften sollten striktere rechtliche Rahmenbedingungen gesetzt werden, innerhalb derer sie zu agieren hatten. Das Gesetz beschnitt daher nicht nur die weitgehende Immunität der Gewerkschaften und deren Möglichkeit, *closed shops* durchzusetzen. Es rief auch einen neuen Gerichtshof, den *National Industrial Relations Court*, ins Leben, der auf Anraten des Arbeitsministers verpflichtende „Abkühlungsperioden“ ausrufen konnte, ehe Arbeiter streiken durften.⁴⁵

Aber die Regierung hatte ihre Rechnung ohne die Gewerkschaften gemacht, die sich von Beginn an gegen das Gesetz wehrten und es boykottierten, wo sie konnten.⁴⁶ Hinzu kam, daß im Verlaufe des parlamentarischen Verfahrens aus einem von Anfang an umfassenden, ehrgeizigen Projekt ein über alle Maße kompliziertes und detailliertes Gesetz wurde, das schließlich selbst seine Initiatoren nicht mehr durchblickten.⁴⁷ Als Folge dieser beiden Entwicklungen tat sich der neue Gerichtshof schwer, das Gesetz umzusetzen, zumal eines seiner ersten Urteile vom Revisionsgerichtshof, dem *Appeal Court*, sogleich wieder aufgehoben worden war. Nach dieser Entscheidung trauten auch die Arbeitgeber der neuen Regelung nicht mehr und

⁴⁴ 1969 gingen fast sieben Millionen Arbeitstage durch Streiks und Lohnkämpfe verloren; 1970 waren es beinahe elf Millionen; siehe PELLING, S. 321.

⁴⁵ Das Gericht hatte das Recht, Gewerkschaftsführer zu zwingen, geheime Abstimmungen durchzuführen, bevor sie einen Arbeitskampf begannen, und Strafgeelder über Gewerkschaften zu verhängen, die sich unfaire Streikpraktiken hatten zuschulden kommen lassen. Das neue Gesetz forderte die Gewerkschaften außerdem dazu auf, sich von einem landesweiten „Registrar of Trade Unions and Employees' Association“ registrieren zu lassen, um in den Genuß finanzieller Vergünstigungen zu kommen. Gleichzeitig erlaubte die Registrierung dem Staat, in die Satzungen der Gewerkschaften einzugreifen und bestimmte Rechte für die einzelnen Mitglieder festzuschreiben; siehe hierzu PELLING, S. 283–4. Allgemein zur Gewerkschaftspolitik der Heath-Regierung vgl. TAYLOR, S. 177–221; 290–1; DENIS BARNES und EILEEN REID, *Governments and Trade Unions. The British Experience 1964–79*, London 1980, S. 131–88.

⁴⁶ Näheres in: Symposium: *The Trade Unions and the Fall of the Heath Government*, in: *Contemporary Record* 2, 1988 (1), S. 38–9. Vgl. auch PELLING, S. 284–8.

⁴⁷ Siehe Symposium: *Trade Unions*, S. 40; vgl. auch die Schilderung bei HOWE, S. 60–5, der als „Solicitor General“ der zuständige juristische Fachmann innerhalb der Regierung war. Einen Überblick über die Gewerkschaftspolitik der Heath-Regierung gibt ROBERT TAYLOR, *The Heath Government and Industrial Relations: Myth and Reality*, in: BALL und SELDON (Hrsg.), S. 161–90.

boten den Gewerkschaften an, Einigungen außerhalb des gesetzlichen Rahmens zu erzielen.⁴⁸ Für die Regierung wurde das Gesetz, das eigentlich das „Juwel in der Krone ihrer Reformen“⁴⁹ hatte werden sollen, immer mehr zu einer Belastung. Es erwies sich in der Praxis als undurchführbar und schuf mehr Probleme als es löste.

Einen weiteren, entscheidenden Schlag erlitt das Selbstbewußtsein der Regierung durch den Bergarbeiterstreik vom Winter 1972. Bei diesem Streik ging es nicht direkt um das neue Gesetz, sondern um einen klassischen Lohnkonflikt, der wegen einer doppelten Fehleinschätzung der Regierung eskalierte: Sie unterschätzte auf der einen Seite die Entschlossenheit der Bergleute, die seit 1926 nicht mehr landesweit gestreikt hatten, und die Effektivität, mit der mobile Streikkommandos Kohlelieferungen an Kraftwerke zu verhindern wußten. Auf der anderen Seite überschätzte das Kabinett die Stärke der eigenen Verhandlungsposition, vor allem die Größe der angehäuften Kohlevorräte und damit die Chancen, einen längeren Streik ohne Versorgungsengpässe durchstehen zu können. Aufgrund dieser beiden Irrtümer sah sich die Regierung gezwungen, den Staatsnotstand auszurufen und sogar über eine Rationierung des Elektrizitätsverbrauchs nachzudenken. Doch die Streikenden saßen am längeren Hebel. Der Konflikt endete mit einem Sieg der Bergleute, deren Lohnforderungen die Regierung weitgehend erfüllen mußte.⁵⁰ Die Lage sah folglich im Sommer 1972 für Heath alles andere als rosig aus. Der *Industrial Relations Act* war zwar theoretisch weiterhin in Kraft, praktisch konnte man mit ihm jedoch größere Arbeitskonflikte weder vermeiden noch beilegen, wie sich gezeigt hatte. Im Gegenteil: Er vergrößerte die Spannungen.⁵¹ Auch als Mittel, übermäßige Lohnforderungen der Gewerkschaften zu begrenzen, hatte das Gesetz versagt. Vielmehr fürchtete das Kabinett, die überhöhten Abschlüsse der Bergleute hätten den Startschuß für weitergehende Forderungen anderer Berufssparten gegeben, mit all den negativen Konsequenzen, die das für die Preisentwicklung haben würde.⁵²

Vor diesem Hintergrund begann der Premierminister, seine wirtschaftspolitische Strategie zu überdenken. Ursprünglich hatte er geglaubt, eine um-

⁴⁸ Siehe *The Times*, 3. August 1972.

⁴⁹ So CAMPBELL, Heath, S. 457.

⁵⁰ Ebd., S. 412–3; PELLING, S. 288; TAYLOR, S. 196–9.

⁵¹ Zwischen 1964 und 1970 hatte die britische Volkswirtschaft im Jahresdurchschnitt weniger als vier Millionen Arbeitstage durch Streiks verloren; allein 1972 waren es rund 24 Millionen; siehe PELLING, S. 287–8.

⁵² Der durchschnittliche Anstieg des Wochenlohnes, der 1971 noch elf Prozent betragen hatte, belief sich 1972 und 1973 auf jeweils über 15 Prozent; vgl. TAYLOR, S. 385 (Appendix 5).

fassende Gewerkschaftsgesetzgebung und Appelle an die Arbeitnehmer, nur maßvolle Lohnerhöhungen anzustreben, würden ausreichen, um die steigende Inflation in den Griff zu bekommen. Nun mußte er einsehen, daß er sich geirrt hatte. Eine staatliche Festlegung von Löhnen und Gehältern, das klassische Mittel zur Inflationsbekämpfung im Großbritannien der Nachkriegszeit, kam jedoch nicht in Betracht, weil sich die Tories in ihrem Wahlkampfprogramm ausdrücklich gegen eine derartige Einkommenspolitik ausgesprochen hatten. Was blieb, waren Verhandlungen über freiwillige Lohnbeschränkungen zwischen Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Regierung, wie sie etwa in der Bundesrepublik regelmäßig stattfanden. Seit Mitte 1971 bemühten sich Heath und sein Schatzkanzler Barber darum, Gewerkschaftsvertreter mit Abgesandten des britischen Arbeitgeberverbandes CBI zu Verhandlungen an einen Tisch zu bringen. Am 18. Juli 1972 war es soweit: Unterhändler von TUC, Regierung und CBI trafen sich, um gemeinsam über den künftigen Kurs in der Wirtschaftspolitik zu beraten. Drei Monate intensiver Verhandlungen – zehn Treffen von insgesamt 52 Stunden Dauer – folgten.⁵³ Damit war die Kehrtwendung in der Gewerkschaftspolitik komplett: Der Premierminister, der angetreten war, um die Macht der Gewerkschaften zu beschränken, setzte sich mit ihren Führern an einen Tisch und gestattete ihnen, als gleichberechtigte Partner über den künftigen wirtschaftspolitischen Kurs des Landes mitzubestimmen.

Daß die Gespräche zwei Monate später scheiterten, lag nicht an der Hartleibigkeit des Regierungschefs, dem selbst der Gewerkschaftsfunktionär Jack Jones bescheinigte, er habe sich wie kein Premier vor oder nach ihm bemüht, die Gespräche in einem partnerschaftlichen Geist zu führen.⁵⁴ Man einigte sich, daß ein rasches Wirtschaftswachstum angestrebt, die Realeinkommen erhöht und die Stellung von Rentnern sowie Menschen mit niedrigen Löhnen verbessert werden sollten. Dennoch blieben die Positionen in einem Punkt unvereinbar: Die Gewerkschaften forderten als Gegenleistung für moderate Lohnabschlüsse staatliche Preiskontrollen. Das wollte die Regierung nicht zugestehen.⁵⁵ Nach dem Scheitern der Gesprächsrunde sah die Regierung keinen anderen Ausweg, als ihr Heil doch in einer staatlich verordneten Lösung zu suchen. Am 6. November 1972 verkündete der Premier, daß während der nächsten 90 Tage alle Löhne, Preise, Renten und

⁵³ HEATH, Course, S. 413.

⁵⁴ Vgl. JACK JONES, *Union Man*, London 1986, S. 259.

⁵⁵ HEATH, Course, S. 413–5; Jones behauptet, überdies habe die Regierung der von den Gewerkschaften geforderten Rücknahme des „Industrial Relations Act“ nicht zustimmen wollen, in: Symposium, *Trade Unions*, S. 41.

Gewinnausschüttungen eingefroren würden. In einem zweiten Schritt sollten im Februar sodann einige beschränkte Lohnerhöhungen – unter Beibehaltung strikter Preiskontrollen – möglich sein. Phase Drei, die im Herbst 1973 in Kraft trat, sah eine größere Flexibilität vor, hielt aber grundsätzlich an dem Prinzip fest, daß der Staat die Höhe von Gehältern und Preisen bestimmte.⁵⁶ Wieder wurde Heath beschuldigt, seine Politik um 180 Grad gewendet, diesmal sogar ein explizites Wahlversprechen gebrochen zu haben. Schlimmer noch: Der Opposition bot sich die Gelegenheit, ihm mangelnde Prinzipientreue vorzuwerfen und ihn gleichzeitig anzuklagen, eine unsoziale Politik gegen den Willen der Arbeitnehmer und Gewerkschaften zu betreiben.⁵⁷

Die dritte Kehrtwendung betraf die Haushaltspolitik der Regierung, die sich einer bis dahin unbekannten Mischung von wachsender Arbeitslosigkeit und steigender Inflation gegenüber sah. Diese Kombination widersprach der volkswirtschaftlichen Orthodoxie der Nachkriegszeit, die davon ausgegangen war, daß man steigende Arbeitslosigkeit jederzeit durch eine Erhöhung der Inflation kurieren könne und umgekehrt.⁵⁸ Großbritannien hatte jedoch Anfang der siebziger Jahre ein Stadium erreicht, in dem altbekannte Heilmittel nicht mehr anschlügen. Die Regierung mußte sich entscheiden, ob sie dem Kampf gegen Arbeitslosigkeit oder der Inflationsbekämpfung Priorität einräumen wollte. Zu Beginn fiel ihre Antwort auf diese Frage eindeutig aus. Schatzkanzler Macleod, der nach nur fünf Wochen im Amt gestorben war, hatte in einer seiner letzten Reden im Unterhaus verkündet: „There is no doubt that by far the most serious problem that we face, not just as a Government but as a country, is inflation.“⁵⁹ Auch sein Nachfolger Barber kündigte in seiner ersten Haushaltsrede an, der Kampf gegen die Inflation genieße Priorität. Freilich ließ er den Worten keine Taten folgen. Sein Budget war eher darauf ausgerichtet, die Nachfrage zu regulie-

⁵⁶ Eine solche Politik sei fair, argumentierte Heath, weil sie über die ganze Bandbreite von Einkommen, Preisen und Dividenden reiche, somit Arbeitnehmer wie Arbeitgeber, Rentner wie Berufstätige, Arme wie Reiche gleichermaßen treffe. Dennoch, räumte er ein, sei die neue Regelung weniger zufriedenstellend als es ein freiwilliges Übereinkommen mit den Gewerkschaften gewesen wäre. Man schließe daher zukünftige dreiseitige Gespräche nicht aus; vgl. *The Times*, 7. November 1972. Siehe auch HEATH, Course, S. 415.

⁵⁷ Vgl. etwa die Unterhausrede von Wilson am 6. November 1972: Hansard, Vol. 845, Cols. 628–9.

⁵⁸ Diesen Zusammenhang beschrieb die sogenannte Phillips-Kurve, die nach dem britischen Volkswirtschaftler Alban William Phillips benannt worden war. Dieser hatte die Relation zwischen der Zuwachsrate der Nominallöhne und der Arbeitslosenquote behauptet und empirisch untermauert. Später wurde der Zusammenhang auch auf die Inflationsrate bezogen.

⁵⁹ Am 7. Juli 1970; Hansard Vol. 803, Col. 504.

ren, in der Hoffnung, auf diese Weise werde die britische Volkswirtschaft ihr „produktives Potential“ voll entfalten können und die ersehnten Arbeitsplätze schaffen.⁶⁰ Im November bekannte er sich schließlich offen zu der veränderten Zielvorgabe, als er vor dem Hintergrund stetig steigender Arbeitslosenzahlen proklamierte: „Government’s first care will be to increase employment.“⁶¹ Nachdem die Arbeitslosenzahl im Januar 1972 die Milliongrenze überschritten hatte, entschieden Heath und er, daß kleinere Nachfrageanreize nicht länger ausreichten. Der nächste Haushalt sollte unverhohlen expansiv sein, damit die britische Industrie sich modernisieren und reorganisieren könne, um den Herausforderungen des internationalen Wettbewerbs gewachsen zu sein, wie Barber sagte.⁶² Diesmal ließ der Schatzkanzler den Worten Taten folgen und verkündete in seiner Haushaltsrede Steuersenkungen im Wert von insgesamt 1,2 Milliarden Pfund, zusätzlich erhöhte er die Verschuldung der öffentlichen Hand um fast 3,4 Milliarden Pfund.

Die Regierung konnte einen derartigen Kaufkraftschub in Zeiten steigender Inflation und Arbeitslosigkeit nur deshalb wagen, weil sie nicht länger durch eine strikte internationale Finanzordnung zu haushaltspolitischer Disziplin gezwungen wurde. Das System von Bretton Woods, das nach dem Zweiten Weltkrieg mehr als 25 Jahre lang die finanziellen Beziehungen der Staaten untereinander bestimmt und ihren Handlungsspielraum in der Wechselkurspolitik begrenzt hatte, löste sich in den Jahren 1971 bis 1973 in mehreren dicht aufeinanderfolgenden Krisen auf.⁶³ An die Stelle fester Wechselkurse und der damit zusammenhängenden Budgetverpflichtungen der Staaten trat die Möglichkeit, die Währungen frei gegeneinander floaten zu lassen. Das eröffnete den Regierungen zwar größere Freiräume, nahm ihnen gleichzeitig aber auch einen wichtigen Orientierungspunkt ihrer Haushalts- und Wirtschaftspolitik. Die britische Regierung begrüßte in

⁶⁰ Am 30. März 1971; Hansard Vol. 814, Col. 1370. Eine kritische Analyse der Haushaltspolitik von Heath und Barber findet sich bei EDMUND DELL, *The Chancellors. A History of the Chancellors of the Exchequer, 1945–90*, London 1996, S. 373–99.

⁶¹ Am 2. November 1971 im Unterhaus; Hansard Vol. 825, Col. 5. Siehe hierzu auch BRUCE-GARDYNE, *Quiet Revolution*, S. 76, der allerdings die Trendwende schon auf Juli 1971 datiert.

⁶² Er glaube nicht, daß sein Budget dem Kampf gegen die Inflation schade, fügte er hinzu. „On the contrary, the business community has repeatedly said that the increase in productivity and profitability resulting from faster growth of output is one of the most effective means of restraining price increases“; am 21. März 1972 im Unterhaus; Hansard Vol. 833, Cols. 1343, 1353.

⁶³ Siehe hierzu HAROLD JAMES, *Rambouillet*, 15. November 1975. Die Globalisierung der Wirtschaft, München 1997, S. 131–60.

ihrer Not und Ratlosigkeit die Entwicklung aus ganzem Herzen. Barber verkündete, es sei weder notwendig noch wünschenswert, die heimische Wirtschaft unter Druck zu setzen, um unrealistische Wechselkursraten aufrechtzuerhalten.⁶⁴ Die Möglichkeit, den Kurs des Pfundes fallen zu lassen, erschien dem Kabinett als Wink des Himmels. Auf diese Weise konnte sie ihre expansive Wirtschaftspolitik fortsetzen und gleichzeitig den Lohnforderungen der Gewerkschaften entgegenkommen.⁶⁵ Die inflationären Konsequenzen dieser Politik glaubte man in den Griff bekommen zu können. Doch die Hoffnung trog: Der sogenannte „Barber-Boom“ erwies sich als Seifenblase, die nach kurzer Zeit zerplatzte. Zurück blieben eine negative Zahlungsbilanz, drastisch gestiegene Regierungsausgaben, eine stagnierende Wirtschaft, Stundenlohnzuwächse von über 15 Prozent und eine Preissteigerung, die von 8,7 Prozent im Jahr 1973 auf 15,4 Prozent im Jahr darauf anstieg.⁶⁶

Wie konnte es zu einer derartig verheerenden Bilanz, zu drei so grundlegenden Richtungswechseln innerhalb von nicht einmal zwei Jahren kommen? Zunächst besaß die Heath-Regierung ein gerüttelt Maß an Pech und wurde von widrigen Umständen gebeutelt, die außerhalb ihrer Kontrolle lagen. Der erste Schicksalsschlag war der plötzliche Tod Iain Macleods nach nicht einmal fünf Wochen im Amt. Mit ihm verlor das Kabinett einen Schatzkanzler, der über genügend politisches Gewicht verfügt hätte, um seine Ansichten in der Ministerrunde erfolgreich durchzusetzen.⁶⁷ Sein Nachfolger Anthony Barber hatte sich, anders als Macleod, nicht auf sein Amt vorbereiten können.⁶⁸ Darüber hinaus besaß er keine eigene Machtbasis in der Partei, war politisch in hohem Maße vom Premierminister abhängig, der seinerseits das Schatzamt mit äußerstem Argwohn betrachtete. Daher fand die sprichwörtliche Vorsicht der *Treasury* unverhältnismäßig wenig Gehör und Stimme in den Kabinettsrunden.⁶⁹ Die innenpolitische

⁶⁴ Am 21. März 1972 im Unterhaus; Hansard Vol. 833, Col. 1354.

⁶⁵ „Oh well, if the unions will insist on excessive wage claims, it won't affect expansion“, soll ein zuversichtlicher Beamter damals behauptet haben. „We'll just let the exchange rate go“; zit. nach WILLIAM KEEGAN und RUPERT PENNANT-REA, *Who Runs the Economy? Control and Influence in British Economic Policy*, London 1979, S. 27.

⁶⁶ Die Preissteigerung in der Bundesrepublik erhöhte sich in dieser Zeit lediglich um 0,3 Prozentpunkte auf 7,3 Prozent. Siehe hierzu ALEC CAIRNCROSS, *The Heath Government and the British Economy*, in: BALL und SELDON (Hrsg.), S. 107–38 (S. 115).

⁶⁷ NIGEL FISHER, Iain Macleod, London 1973; ROBERT SHEPHERD, Iain Macleod, London 1994.

⁶⁸ Interview mit Peter Cropper vom 20. Januar 1999.

⁶⁹ Vgl. hierzu DELL, *Chancellors*, S. 373–99, der seinem Kapitel über Barber den Titel „Chancellor in Office but not in Power“ gegeben hat.

Lage war ebenfalls nicht günstig für die Regierung. Die Gewerkschaften befanden sich auf dem Höhepunkt ihrer Macht und hatten eine Möglichkeit entdeckt, wie sie auf gerichtlichem Wege die zentrale Reformmaßnahme der Regierung, den *Industrial Relations Act*, aushöhlen konnten. Auf der anderen Seite erwiesen sich die Arbeitgeber nicht als die erhoffte Stütze und versagten der Regierung mehrfach in kritischer Situation ihre Unterstützung. Die wachsende Inflation hatte die Heath-Regierung von ihrer Labour-Vorgängerin ebenso geerbt wie die steigende Arbeitslosigkeit, die Zukunftsangst, Mutlosigkeit und soziale Unruhen schürte.⁷⁰ Kopfzerbrechen bereiteten der britischen Regierung schließlich auch die Turbulenzen in der Weltwirtschaft. Der Kollaps des Dollars, der rapide Anstieg der Rohstoffpreise, der Zusammenbruch der Vereinbarungen von Bretton Woods zwang auch stärkere Volkswirtschaften als die britische zu schmerzhaften Anpassungen, die nicht ohne innenpolitische Auswirkungen blieben.⁷¹

All dies kann jedoch die Kurswechsel nur unzureichend erklären. Entscheidend war daneben, daß die Heath-Mannschaft in der Oppositionszeit detaillierte Programme entworfen hatte, ohne darauf zu achten, ob die Wunschliste der Einzelmaßnahmen in sich stimmig war.⁷² Der neue Premierminister scherte sich wenig um Prinzipien und Grundsätze. „It wasn't about fundamental values with him“, erinnerte sich ein Mitarbeiter. „It was about how we can run our affairs better.“⁷³ Ideologien und Dogmen waren nach Heaths Ansicht etwas, woran die Labour-Partei krankte. Seiner Überzeugung nach reichten Pragmatismus, politischer Wille und Einfallsreichtum aus, um das Land wieder blühen und gedeihen zu lassen. Der politischen Philosophie, die dem Programm der Konservativen zugrunde lag, war kaum Beachtung geschenkt worden. Die Fragen etwa, ob die Tories für oder gegen Staatsinterventionen in die Wirtschaft, für oder gegen eine korporatistische Form der Zusammenarbeit mit Arbeitgebern und Gewerkschaften waren, wurden nicht grundsätzlich diskutiert und entschieden, sondern taktischen Erwägungen überlassen. Auch in der Frage der Einkommenspolitik wollte Heath sich nicht festlegen. Als Oppositionsführer hatte er 1968 in einer Rede verkündet: „[C]ompulsory controls are wrong in

⁷⁰ Vgl. ANTHONY SELDON, *The Heath Government in History*, in: BALL und SELDON (Hrsg.), S. 11–2.

⁷¹ Für Deutschland siehe JENS HOHENSEE, *Der erste Ölpreisschock 1973/74*, Stuttgart 1996.

⁷² Man müsse dem Parteichef deutlich machen, „that the public want to know where he wants to go as much as how he means to get there“, schrieb bereits 1967 ein besorgter Berater an einen Vertrauten des Parteichefs; Brendan Sewill an Michael Fraser; zit. nach RAMSDEN, *Appetite*, S. 394.

⁷³ Zit. nach RANELAGH, S. 96.

principle“, in derselben Ansprache aber auch angekündigt: „I am quite prepared for a tough incomes policy.“⁷⁴ Erst 1970 scheint sich das Schattenkabinett eingehender mit dem Problem befaßt zu haben. Aber auch jetzt entschied man die Frage im Sinne kurzfristig-taktischer Ziele, nicht mit Blick auf eine langfristige Strategie.⁷⁵

Heath war Pragmatiker. Weder die Einkommenspolitik noch grundsätzliche Erwägungen über den Sinn oder Unsinn staatlicher Subventionen für Großbetriebe trieben ihn um. Ob es eine Regionalpolitik geben sollte oder nicht, war ihm egal, solange die Wirtschaft florierte. Selbst über den Einfluß, den Gewerkschaften in einer Gesellschaft besitzen sollten, konnte man reden. Wenn es nicht möglich war, die Gewerkschaften zu schwächen, dann sollte eben ein machtvoller, zentral gesteuerter Gewerkschaftsverband zusammen mit einer einflußreichen Arbeitgebervereinigung und einer starken Regierung die Wirtschaftspolitik zum Wohle des Landes bestimmen. Wenn etwas nicht funktionierte, mußte es geändert werden, lautete seine Maxime. Darin glich er eher einem französischen Technokraten wie Raymond Barre oder Edouard Balladur als dem typischen Parteipolitiker angelsächsischer Prägung.⁷⁶ Wachstum, Vollbeschäftigung und europäische Integration hießen die Fixsterne am Firmament seiner politischen Überzeugungen. Der Rest war verhandelbar.

Hinzu kam, daß es gegen die Politik der Heath-Regierung weder innerhalb der Tory-Partei noch in den großen überregionalen Zeitungen oder bei anderen Meinungsführern nennenswerte Widerstände gab. Die Konservative Partei, die traditionell auf ihren Pragmatismus, auf ihre Anpassungsfähigkeit an sich wandelnde Umstände stolz war, trug die Drehungen und Wendungen der Regierungspolitik linientreu und ohne nennenswerten Widerspruch mit. Zudem nahm der Glaube an Autorität, Verantwortung und die segensbringenden Wirkungen der Staatsmacht eine so zentrale Stelle im konservativen Weltbild ein, daß viele Tories ohnehin überzeugt waren, der Staat könne in wirtschaftlichen Krisenzeiten nicht tatenlos beiseite stehen. Die meinungsbildenden Zeitungen und Zeitschriften, allen voran die *Times* und der *Economist*, unterstützten den Regierungskurs ebenfalls.⁷⁷

⁷⁴ Notes on Current Politics, 8. April 1968, zit. nach JOHN RAMSDEN, The Prime Minister and the Making of Policy, in: BALL und SELDON (Hrsg.), S. 29–30.

⁷⁵ Vgl. WALKER, Staying Power, S. 52.

⁷⁶ Vgl. KENNETH O. MORGAN, One of Us, in: *New Statesman*, 2. Juli 1993.

⁷⁷ „There is no reason to suppose that shipbuilding is a declining industry“, schrieb die *Times* im Hinblick auf die Werftensubventionen und konstatierte: „In practice, the Government had little option but to put up the necessary money for Upper Clyde“; *The Times*, 9. Februar 1972.

Wenn die Zeitungen vorsichtige Kritik übten, dann weil die Regierung bei ihren Kehrtwendungen nicht kühn genug vorging. Schatzkanzler Barber etwa habe mit seinem, beispiellos expansiven, Haushalt vom März 1972 noch nicht genug getan, fand der Leitartikler der *Times*, „on either economic or social grounds“.⁷⁸ Hier gebe es endlich einmal eine Regierung, lautete die Redaktionslinie beim *Economist*, die unter einem engagierten Führer entschlossen sei, die Inflation zu bekämpfen und den wirtschaftlichen Durchbruch zu erreichen.⁷⁹ Auch das wirtschaftswissenschaftliche Establishment Großbritanniens verteidigte den Regierungskurs. Noch im November 1973, als Barber unter dem Druck der Ereignisse längst zu einer Sparpolitik übergegangen war, schrieb die *National Institute Economic Review*, die reflationäre Politik der Regierung scheine auf der ganzen Linie erfolgreich gewesen zu sein.⁸⁰

Es ist eine Ironie des Schicksals, daß die Heath-Regierung nicht beim Vollzug eines ihrer politischen Richtungswechsel zu Fall kam, sondern in dem Moment, als sie sich weigerte, den drei Kehrtwendungen eine vierte folgen zu lassen. Auslöser waren die Zwillingsprobleme Inflation und Gewerkschaftsmacht. Die Lohn- und Preispolitik war gerade in ihre dritte Phase getreten, als sich die OPEC-Länder im Oktober 1973 angesichts des Jom-Kippur-Krieges entschlossen, Erdöllieferungen an die Staaten des Westens einzuschränken und damit den Preis für Erdöl in die Höhe zu treiben. In Großbritannien sanken daraufhin die Ölimporte um 15 Prozent. Viele Autofahrer gerieten in Panik, so daß die Regierung einen Augenblick lang mit dem Gedanken spielte, Coupons für den Benzinverbrauch auszugeben. Schließlich entschied man sich, auf freiwillige Sparmaßnahmen zu vertrauen. Trotz beachtlicher Erfolge der Einsparungen stiegen die britischen Zahlungen für Erdöl beinahe auf das Vierfache.⁸¹

Der Preisanstieg hatte nicht nur desaströse Folgen für die ohnehin schlechte Zahlungsbilanz des Landes, auch das akkurat austarierte System der staatlich festgesetzten Löhne und Preise geriet zusätzlich unter Druck. Denn die Bergarbeiter erblickten in der Energiekrise die einmalige Chance, ihren Lohnforderungen durch Streiks wirkungsvoll Nachdruck zu verleihen. Wenn sich der Preis für Rohöl vervierfachte, wieso sollte dann nicht auch der Kohlepreis drastisch ansteigen – und mit ihm die Löhne derjenigen, die Kohle förderten? Die *National Union of Mineworkers* entschied im

⁷⁸ *The Times*, 22. März 1972.

⁷⁹ Siehe hierzu zum Beispiel DELL, *Chancellors*, S. 394–6.

⁸⁰ NIER, November 1973, S. 3–5.

⁸¹ Vgl. HOHENSEE; siehe auch SKED und COOK, S. 279–85.

November 1973, Lohnzuwächse zu fordern, die weit über dem lagen, was die Regierung dem Fahrplan ihrer Lohnpolitik gemäß zugestehen konnte. Um ihren Ansprüchen Nachdruck zu verleihen, rief die Gewerkschaft dazu auf, künftig weder Überstunden zu machen noch am Wochenende zu arbeiten. Der Regierungschef weigerte sich, seine sorgfältig ausgetüftelte Einkommenspolitik ruinieren zu lassen. Ein zweites Mal sollten ihn die Bergleute nicht in die Knie zwingen. Doch die Bergarbeiter waren ebenfalls entschlossen, das Schlachtfeld als Sieger zu verlassen. Trotz eines Vermittlungsangebotes des TUC und obwohl die Regierung den Forderungen (innerhalb des von ihrer Einkommenspolitik gesteckten Rahmens) weit entgegenkam, gaben die Bergleute nicht nach. Der Druck auf den Premierminister wuchs, vorgezogene Wahlen auszurufen und mit der Frage „Wer regiert das Land – die Regierung oder die Bergarbeiter?“ in den Wahlkampf zu ziehen. Heath zögerte, glaubte lange an die Möglichkeit, doch noch einen Kompromiß mit den Bergarbeitern aushandeln und gleichzeitig an der Einkommenspolitik festhalten zu können. Erst Anfang Februar sah er keinen anderen Ausweg mehr als jene Neuwahlen, die zuerst zum Ende seiner Regierung und knapp ein Jahr später auch zu seiner Abwahl als Parteichef führten.

Als Bildungsministerin rebellierte Thatcher nicht gegen die Politik ihres Parteichefs und Premierministers. Vielmehr trug sie alle Kehrtwendungen und Richtungswechsel loyal mit. Die Verstaatlichung von *Rolls Royce* verteidigte sie noch zwanzig Jahre später in ihren Memoiren mit dem Hinweis auf übergeordnete Sicherheitsinteressen. Hinsichtlich der Rettungsaktion für die Glasgower Werften hätten sie größere Zweifel geplagt, schrieb sie. Doch offenen Widerspruch vernahm man von ihr nicht. Allenfalls in Hintergrundgesprächen mit Journalisten gab sie zu verstehen, daß ihr manche Maßnahmen des Kabinetts, dem sie angehörte, nicht behagten.⁸² Die Anti-Inflationspolitik der Regierung gehörte nicht dazu. In dieser Hinsicht unterstützte sie Heath mit voller Überzeugung. Niemand im Kabinett habe damals eine schlüssige Theorie über den Zusammenhang von Geldentwertung und Lohnabschlüssen besessen, räumte sie später ein. In Ermangelung einer derartigen Theorie sei man dem Aberglauben erlegen, Inflation als unmittelbare Folge von Lohnsteigerungen und Gewerkschaftsmacht zu verstehen.⁸³ Sie selbst verteidigte die Preis- und Einkommenskontrollen der Regierung als absolut notwendig. „[T]he only way inflation could be contained was by bringing in a prices and incomes policy“, erklärte sie im

⁸² Vgl. etwa *The Times*, 17. Mai 1972.

⁸³ Vgl. THATCHER, Erinnerungen, S. 236.

Frühjahr 1973.⁸⁴ Auch von der Gewerkschaftspolitik der Regierung distanzierte sie sich nicht. Den korporatistischen Ansatz, Lösungen im Einvernehmen mit Arbeitgeber und Gewerkschaften zu erreichen, billigte sie noch im Februar 1974 ausdrücklich. Damals erklärte sie in ihrer persönlichen Wahlkampfklärung, wenn der Wähler die Tory-Regierung im Amt bestätige, würde man den gescheiterten *Industrial Relations Act* reformieren – „in the light of experience after consultation with both sides of industry“.⁸⁵

In ihren Erinnerungen rechtfertigte Thatcher ihren mangelnden Widerstand teils mit dem Argument, sie sei vollauf mit ihrem eigenen Ressort beschäftigt gewesen, teils mit dem Hinweis, sie hätte sich im Kabinett mit ihrer Meinung ohnehin nicht durchsetzen können. „Hätte ich zurücktreten sollen?“, fragte sie. „Vielleicht. Aber jene unter uns, denen ganz und gar nicht gefiel, was geschah, hatten eine Alternative weder bedacht noch gar vorbereitet. Zudem hätte mein Rücktritt, realistisch betrachtet, nicht viel bewirkt.“⁸⁶ Das ist sicherlich richtig. Doch vermag Thatchers Rechtfertigung nicht vollends zu überzeugen, wenn man bedenkt, daß sie auch als Bildungsministerin ein starkes Interesse an ökonomischen Zusammenhängen zeigte. Außerdem wußte sie sich schon damals durchaus gegen Widerstände durchzusetzen, wenn ihr eine Angelegenheit wichtig war.⁸⁷

Daß sie bei den wirtschaftspolitischen Kurswechseln der Heath-Regierung nicht einmal den Versuch unternahm, gegen den Stachel zu löcken, deutet auf andere Ursachen ihres Stillschweigens hin. Die einfachste Erklärung ist darin zu sehen, daß ihre Unzufriedenheit bis Anfang 1974 nicht mehr war als ein vages, unbestimmtes Gefühl. Heaths Politik stieß im Kabinett und in der Partei auf Zustimmung, wurde von den führenden Zeitungen des Landes verteidigt.⁸⁸ Eine ehrgeizige Politikerin wie Thatcher hatte keinen Anlaß, sich als Kritikerin eines Kurses zu profilieren, der lange Zeit allgemein für erfolgversprechend und richtig gehalten wurde. Erst nach den beiden verlorenen Unterhauswahlen und dem Aufstieg an die Parteispitze änderte sich ihre Einstellung. Vor die Aufgabe gestellt, den Kurs ihrer Partei neu zu bestimmen, begann sie, die konservative Politik der Jahre 1970 bis 1974 zu überdenken und sich zu fragen, was in Zukunft anders, besser zu machen sei. Die Lehren, die sie aus dem Scheitern von Heaths „stiller Revolution“ zog, lassen sich in zwei Punkten zusammenfassen:

⁸⁴ *Finchley Press*, 16. Februar 1973; zit. nach CAMPBELL, Thatcher, S. 246.

⁸⁵ Februar 1974: Mrs Thatcher's Election Address, *Finchley*.

⁸⁶ THATCHER, Erinnerungen, S. 264.

⁸⁷ Vgl. dazu CAMPBELL, Thatcher, S. 211–59.

⁸⁸ Zur Meinungslage im Kabinett siehe WALKER, *Staying Power*, S. 123–4.

Erstens erkannte sie, daß Heaths technokratischer, pragmatischer Regierungsstil und die abrupten Politikwechsel, die mit ihm einhergingen, entscheidende Nachteile hatten. Er sorgte für Orientierungslosigkeit und Konfusion in der Partei, stieß konservative Aktivisten vor den Kopf, die sich voller Überzeugung für die anfangs proklamierten Ziele eingesetzt hatten. Überdies setzte er den Parteichef dem Vorwurf aus, führungsschwach und wenig weitsichtig zu sein, die Kontrolle über den Gang der Ereignisse zu verlieren, nur noch auf immer neue Krisen zu reagieren, aber nicht mehr selbstbestimmt und zielgerichtet politisch zu handeln. Thatcher war zunehmend davon überzeugt, daß es zur Überwindung der Krise ihrer Partei und ihres Landes notwendig war, eine für richtig gehaltene politische Strategie über einen längeren Zeitraum hinweg durchzuhalten, auch wenn der eingeschlagene Kurs vorübergehend unpopulär erschien. Thatchers *conviction politics* entsprachen somit nicht nur ihrem Temperament, sondern auch einem Gespür für Stimmungen an der Parteibasis und der Einsicht in die Notwendigkeit, eine langfristige politische Strategie zu entwickeln und anschließend umzusetzen. Der feste Vorsatz, jeden Anschein zu vermeiden, sie könne ähnliche politische *U-Turns* vollführen wie Heath, wurde zu einer Art Leitsatz ihrer Politik. Am unmißverständlichsten brachte sie diese Maxime auf dem Tory-Parteitag vom Oktober 1980 zum Ausdruck, als der Druck, den Kurs zu ändern, besonders groß war. In Anspielung auf ein berühmtes Theaterstück von Christopher Fry mit dem Titel „The Lady’s not for Burning“ rief sie den Delegierten zu: „You turn if you want to. The lady’s not for turning.“⁸⁹

Zweitens begriff sie, daß Heath nicht gestürzt war, weil seine Politik unpopulär war oder mangelnde Unterstützung erfuhr. Der Grund seines Scheiterns lag in ihren Augen vielmehr darin, daß er seine Partei in ein Dilemma hineinmanövriert hatte, aus dem es keinen schmerzlosen Ausweg gab: Indem er die Kooperation mit den Gewerkschaften zum Dreh- und Angelpunkt seiner Politik gemacht hatte, hatte er sein Schicksal und dasjenige seiner Regierung einer Interessengruppe überantwortet, die den Konservativen traditionell feindlich gegenüberstand. Thatcher glaubte, daß dieses Dilemma im Kern auf die Überdehnung der Staatsaufgaben zurückzuführen war, die unter Heath ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht hatte. Der Premierminister hatte die Kontrolle über den Gang der Ereignisse paradoxerweise gerade deshalb verloren, weil er allzu viel kontrollieren wollte. Er brachte den Staat in allen möglichen Bereichen ins Spiel, die einmal außerhalb seiner Zuständigkeit gelegen hatten, sei es bei der Festset-

⁸⁹ Am 10. Oktober 1980 auf dem Parteitag in Brighton, abgedruckt in: THATCHER, Collected Speeches, S. 109–20 (S. 116).

zung von Löhnen und Preisen, bei der Rettung maroder Großbetriebe, bei der regionalen Wirtschaftsförderung oder beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Und gerade deshalb mußte er erleben, wie die Regierung ein immer schwächerer Mitspieler wurde, der vom guten Willen anderer Teilnehmer abhing. Seine Nachfolgerin hingegen vertraute auf die Tugenden des liberalen Nachtwächterstaates, der in seinen zentralen Aufgabengebieten stark sein konnte, weil er sich aus vielem anderen heraushielt: Nur wenn sich die Regierung nicht für jedes Ansteigen der Arbeitslosigkeit, für jeden Bankrott eines britischen Unternehmens verantwortlich machen ließ, konnte sie ihre Legitimationskraft und Handlungsfähigkeit bewahren.⁹⁰

Die Tory-Chefin stand vor der schwierigen Aufgabe, ihre Partei auf einen neuen Kurs zu bringen, ohne offen mit der Vergangenheit zu brechen und damit die Anhänger ihres Vorgängers vor den Kopf zu stoßen. Sie konnte deswegen an den gemäßigten Kräften innerhalb der eigenen Partei und an dem, was sie als die Fehlleistungen der Heath-Ära ansah, nicht so unverhohlen Kritik üben, wie sie es gern getan hätte.⁹¹ Doch auch in den geglätteten Formulierungen ihrer Reden aus der Oppositionszeit finden sich genügend Hinweise auf ihre neu gewonnene Distanz zur konservativen Politik der Jahre 1970 bis 1974. Schon am 5. März 1975, wenige Wochen nach ihrer Wahl zur Parteiführerin, wandte sie sich in einer Radioansprache an „all our people [...] who may have felt in the past that there was not all that difference between the parties, that it didn't really matter who was in office – I say to you, come back into the fight. There's all the difference in the world.“⁹² Die Zuhörer mußten diese Worte als Vorwurf an die Adresse ihres Vorgängers verstehen, er habe die Tory-Partei in sozialistisches Fahrwasser geführt – oder zumindest dem der britischen Nachkriegsgeschichte innewohnenden Trend hin zum Sozialismus keinen ausreichenden Widerstand entgegengesetzt. Jedesmal wenn die Politikerin von der „sozialistischen Nachkriegsära“ sprach, behauptete sie implizit, daß ihre Vorgänger, die konservativen Premierminister Macmillan, Home und Heath ebenfalls verkappte Sozialisten gewesen seien.⁹³ Erst Jahre später erhob sie diesen

⁹⁰ Vgl. hierzu CAMPBELL, Thatcher, S. 258–9.

⁹¹ Vgl. etwa die mehr als deutlichen Bemerkungen in ihren beiden Memoirenbänden, in denen sie die Jahre 1970 bis 1974 als „die radikalste Form des Sozialismus“ bezeichnete, „die je von einer gewählten Regierung in Großbritannien erwogen wurde“; THATCHER, Downing Street, S. 17. Vgl. auch THATCHER, Erinnerungen, S. 235.

⁹² Am 5. März 1975 auf BBC Radio 4 (maschinenschriftliches Transskript im CPA).

⁹³ Vgl. etwa die Rede vom 8. September 1977 vor der British American Chamber of Commerce im Ballsaal des Hotel Pierre in New York: News Service 873/77, S. 1, in der sie sagte: „I believe we are entering a new phase in British politics. The post-war period has come to an end, the post-Socialist period is about to begin.“ Vgl. auch THATCHER, Downing Street, S. 17.

Vorwurf in ihren Memoiren explizit, als sie das Scheitern der eigenen Partei in den Jahren 1970 bis 1974 auf „den Sozialismus“ zurückführte. Heaths Regierung habe den Nachweis geführt, urteilte sie nun, „daß eine von konservativen Politikern betriebene sozialistische Politik, wenn überhaupt, noch katastrophaler ist als eine von Labour-Politikern betriebene.“⁹⁴

C) DIE LABOUR-PARTEI IN DER KRISE

Dies war jedoch eine rückblickende Erkenntnis. Während ihrer Zeit als Oppositionsführerin blieb die wichtigste Zielscheibe von Thatchers Angriffen die Labour-Partei, die im Februar 1974 von den britischen Wählern unverhofft wieder zur Regierungspartei gemacht worden war. Labour zeigte der Öffentlichkeit in den folgenden Jahren drei verschiedene Gesichter: erstens das gewohnte Antlitz einer keynesianischen Sozialdemokratie, die fest im Boden der Nachkriegsordnung wurzelte; zweitens die bislang unbekannten Züge einer Reformpartei, die den Wählern Sparappelle, Haushaltskürzungen und Abstriche beim Sozialetat zumutete; und drittens schließlich einen radikalen Sozialismus, der die revolutionäre Veränderung der britischen Wirtschaft und Gesellschaft zum Ziel hatte.⁹⁵ Alle drei stießen zwischen 1975 und 1979 auf die eine oder andere Weise an ihre Grenzen, ermöglichten es der Tory-Chefin, von der Krise des „Sozialismus“ zu sprechen und von den verschiedenartigen Schwierigkeiten der Labour-Partei zu profitieren.

Das keynesianische Gesicht gehörte der Parteimitte, den pragmatischen Regierungspolitikern, die im Kabinett vom Frühjahr 1974 die wichtigsten Posten innehatten. Premierminister Wilson und Außenminister Callaghan zählten ebenso zu dieser Gruppe wie Umweltminister Crosland, anfangs auch Schatzkanzler Healey.⁹⁶ Die Hinwendung der Labour-Partei zum

⁹⁴ THATCHER, Erinnerungen, S. 235.

⁹⁵ Vgl. Tagebucheintrag vom 22. Mai 1975, in: BENN, Tide, S. 379, der diese Dreiteilung ebenfalls vornimmt.

⁹⁶ Obwohl der Keynesianismus Mitte der siebziger Jahre fest in der Labour-Partei verwurzelt war, hatte er dort keine lange Tradition. Keynes' erste Bewunderer waren der Liberale David Lloyd George und Oswald Mosley, der 1931 Labour verließ und zur Führungsfigur der britischen Faschisten wurde. Die Labour-Regierung, die 1945 den Umbau von Wirtschaft und Staat in Angriff nahm, orientierte sich konzeptionell wie programmatisch nicht an Keynes, sondern an den Vorstellungen, die man während der Zwischenkriegszeit entwickelt hatte. Darin glichen Attlee und Bevin den deutschen Sozialdemokraten und Gewerkschaftern, die zunächst auch lieber an der Idee einer Sozialisierung der Schlüsselindustrien festhielten als auf Keynes' Nachfragemanagement und die Reformierung des Kapitalismus zu vertrauen, vgl. MORGAN, Labour.

Keynesianismus hatte Ende der fünfziger Jahre begonnen, als jüngere Revisionisten anfangen, sich von den Verstaatlichungsideen der Zwischen- und unmittelbaren Nachkriegszeit abzuwenden. Der Marxismus erschien ihnen durch den Stalinismus der Sowjetunion diskreditiert, der Kapitalismus durch den Wirtschaftsboom und steigende Lebensstandards in der westlichen Welt rehabilitiert. Zugleich hielt die Verstaatlichungspolitik der Attlee-Regierung nicht alles, was sich die Labour-Partei von ihr versprochen hatten. Marx habe heute wenig zu bieten, behauptete Anthony Crosland in seiner einflußreichen, 1956 erschienenen Schrift *The Future of Socialism*, weder hinsichtlich praktischer Politik noch im Hinblick auf die korrekte Analyse der Gesellschaft oder die richtigen konzeptuellen Rahmenbedingungen.⁹⁷

Crosland vertrat die Ansicht, das wichtigste Ziel des Sozialismus sei die Gleichheit der Bürger, nicht die Abschaffung des Privateigentums; Verstaatlichungen seien lediglich Mittel zu diesem Zweck. Die größten Erfolge der Nachkriegszeit verdankte die Labour-Partei seiner Meinung nach nicht ihrer Verstaatlichungspolitik, sondern dem Wohlfahrtsstaat. Er plädierte für einen Abschied vom Sozialismus Marx'scher Prägung und eine Hinwendung zu den Zielen sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit mit Hilfe eines keynesianischen Wohlfahrts- und Umverteilungsstaats.⁹⁸ Im Verlauf der sechziger Jahre wurde diese Außenseiteransicht zur herrschenden Lehre. Wenn Crosland auch nie ein Wirtschaftsprogramm für seine Partei formulierte, avancierte er doch zur intellektuellen Führungsgestalt der keynesianischen Sozialdemokraten. Und obwohl es ihm und seinen Anhängern im Gegensatz zu ihren westdeutschen Gesinnungsgenossen nie gelang, den Kurswechsel auch programmatisch fest in der Partei zu verankern, dominierten sie seit der ersten Hälfte der sechziger Jahre das ökonomische Denken ihrer Partei.⁹⁹ Prosperität und stetes Wachstum der Volkswirtschaft setzte der wohlfahrtsstaatlich ausgebaute Keynesianismus Crosland'scher Prägung als selbstverständlich voraus.¹⁰⁰

⁹⁷ SUSAN CROSLAND, Tony Crosland, London 1982, S. 20–1.

⁹⁸ „The objective is not wholly to destroy private ownership but to alter its distribution“; ANTHONY CROSLAND, *The Future of Socialism*, London 1956; Neuaufl. London 1994 als: *Theories of the Mixed Economy*. Bd. 7, hrsg. von DAVID REISMAN, S. 496.

⁹⁹ Vgl. CROSLAND, Crosland; zur Geschichte der Wilson-Regierungen 1964–70 siehe DAVID HOWELL, *British Social Democracy. A Study in Development and Decay*, London 1976; CLIVE PONTING, *Breach of Promise. Labour in Power 1964–70*, London 1993; RICHARD COOPER et al., *The Wilson Governments 1964–70*, London 1993.

¹⁰⁰ Im Schlußwort von *The Future of Socialism* schrieb Crosland hoffnungsfroh „I no longer regard questions of growth and efficiency as being, on a long view, of primary importance to socialism“; CROSLAND, *Future*, S. 515.

Über die Bedingungen von Wachstum und Produktivität machte sich die Labour-Partei in den folgenden beiden Jahrzehnten wenig Gedanken. Umso schwerer tat sich die Regierung von Harold Wilson, die am 4. März 1974 ihre Amtsgeschäfte aufnahm, mit der ökonomischen Notlage, die sie vorfand: Im Lande herrschten immer noch die Beschränkungen der von Heath ausgerufenen Dreitagewoche; die Inflationsrate lag bei deutlich mehr als zehn Prozent; es gab rund 600 000 Arbeitslose; die Ausgaben der öffentlichen Hand waren außer Kontrolle geraten; und die Zahlungsbilanz befand sich in einem chronischen Defizit.¹⁰¹ Wilson und sein Kabinett reagierten auf die Krise mit einer reflationären Wirtschaftspolitik. Der neue Arbeitsminister Michael Foot gestand den Gewerkschaften die Lohnerhöhungen zu, die sie verlangten, und machte den „Industrial Relations Act“ der Konservativen rückgängig.¹⁰² Schatzkanzler Healey hob in seinem ersten Haushaltsgesetz im März 1974 die Renten, die Arbeitslosenunterstützung und andere Sozialleistungen drastisch an. Außerdem gab er 500 Millionen Pfund mehr für Lebensmittelsubventionen und 70 Millionen Pfund mehr für Wohngeldzuschüsse aus als sein konservativer Vorgänger im Haushaltsjahr zuvor. Obwohl er gleichzeitig die Grundrate der Einkommensteuer um drei Prozentpunkte auf 33 und die Unternehmenssteuer auf 52 Prozent erhöhte, gelang es ihm nicht, den Staatshaushalt unter Kontrolle zu bringen. Die Regierung mußte gewaltige Kredite im Ausland aufnehmen. Sie habe in den ersten Monaten Geld ausgegeben, das sie gar nicht besaß, schrieb rückblickend der Staatssekretär im Schatzamt, Joel Barnett.¹⁰³ Ende 1974 sah Großbritanniens Zukunft düster aus: Die Inflationsrate würde seriösen Vorhersagen zufolge bald 20 bis 25 Prozent erreichen. Die Löhne waren landesweit um acht bis neun Prozent rascher gestiegen als die Preise, die ihrerseits um katastrophale zwanzig Prozent im Jahr anstiegen.¹⁰⁴ Schon sprach man von Lohnabschlüssen, die vierzig bis 45 Prozent höher liegen sollten als im Vorjahr.¹⁰⁵

Zur Erklärung der katastrophalen Bilanz nach dem ersten Jahr der Regierung kann man verschiedene Gründe anführen. Schatzkanzler Healey berief sich später darauf, er habe ursprünglich beabsichtigt, einen neutralen, ja

¹⁰¹ Vgl. HOLMES, Labour, S. 1–6.

¹⁰² Zur Gewerkschaftspolitik der Labour-Regierung siehe etwa TAYLOR, S. 222–64; PELLING, 291–300; BARNES und REID, S. 191–228.

¹⁰³ JOEL BARNETT, *Inside the Treasury*, London 1982, S. 23. Vgl. auch HOLMES, Labour, S. 7–9.

¹⁰⁴ Die Zahlen gehen zurück auf Angaben Healeys im Unterhaus am 15. April 1975, Hansard Vol. 889, Col. 281.

¹⁰⁵ Vgl. DELL, Chancellors, S. 413.

sogar leicht deflationären Haushalt einzubringen.¹⁰⁶ Die reflationäre Wirkung seines Haushalts sei die Folge einer fehlerhaften Prognose seiner Beamten gewesen. Diese hatten für das Haushaltsjahr 1974/1975 einen Kreditbedarf der öffentlichen Hand in Höhe von 2,7 Milliarden Pfund prognostiziert – beinahe fünf Milliarden Pfund zu wenig, wie sich später herausstellte. Healey als gewiefter Politiker machte aus der Not eine Tugend und verteidigte sein reflationäres Budget in den folgenden Monaten als bewußte politische Entscheidung.¹⁰⁷ Ein zweiter Grund für die Politik der Regierung war der knappe Wahlausgang, der Labour lediglich einen hauchdünnen Vorsprung vor den Konservativen beschert hatte. Wilson sah sich gezwungen, möglichst bald Neuwahlen auszuschreiben, die ihm eine arbeitsfähige parlamentarische Mehrheit bringen sollten. Daß er und sein Schatzkanzler den Weg dorthin mit Wahlgeschenken pflasterten, überrascht nicht.¹⁰⁸

Die Labour-Regierung mußte nicht nur auf die Wähler Rücksicht nehmen. Ebenso wichtig war ihre Haltung gegenüber den Gewerkschaften, an deren Widerstand Heath gescheitert war. Das Wilson-Kabinett setzte darauf, daß die enge Verflechtung mit der Gewerkschaftsbewegung ihm bessere Chancen eröffnete, Einvernehmen mit deren mächtigen Bossen herzustellen, Streiks zu vermeiden und maßvolle Lohnabschlüsse zu erzielen. Allerdings konnte die Labour-Partei nicht mehr blind auf die Hilfe der Gewerkschaften vertrauen, seit sie sechs Jahre zuvor mit ihrem Versuch gescheitert war, die Macht der Gewerkschaften gesetzlich einzudämmen. „We could no longer assume a relationship between the government and the unions“, erinnerte sich ein Minister später, „so we had to do a deal.“¹⁰⁹ Dieser „Deal“, den man bereits 1973 als Oppositionspartei mit den Gewerkschaften abgeschlossen und *Social Contract* genannt hatte, lief darauf hinaus, daß eine Labour-Regierung Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften mit wirtschafts- und sozialpolitischen Zugeständnissen und einer kontinuierlichen Beteiligung der Gewerkschaftsführer an politischen Entscheidungen bezahlen würde. Healey löste mit der kostspieligen Ausgabenpolitik seiner ersten beiden Haushaltsgesetze seinen Teil des Abkommens ein. Weil jedoch die gewerkschaftliche Gegenleistung maßvoller Lohnabschlüsse auf einen späteren Zeitpunkt vertagt wurde, befand sich der *Social*

¹⁰⁶ Tatsächlich hatte er angekündigt: „My judgement is that this Budget should be broadly neutral on demand, with a bias, if any, on the side of caution“; am 26. März 1974 im Unterhaus, Hansard Vol. 888 Col. 294.

¹⁰⁷ HEALEY, S. 380–1; DELL, Chancellors, S. 408.

¹⁰⁸ Vgl. ebd., S. 410.

¹⁰⁹ Albert Booth zit. nach HOLMES, Labour, S. 6.

Contract von Anfang an in einer beträchtlichen Schieflage: „To my mind“, klagte Barnett in seinen Erinnerungen, „the only give and take in the contract was that the government gave and the unions took.“¹¹⁰

Der wichtigste Grund für die Wirtschaftspolitik der Labour-Regierung in ihrem ersten Amtsjahr ist aber darin zu sehen, daß sie mit ihren Maßnahmen treu auf den ausgetretenen Pfaden keynesianischer Orthodoxie wandelte. Ihre Strategie, in Zeiten von Rezession, Weltwirtschaftskrise und steigender Arbeitslosigkeit mit *deficit spending* und einer Ankurbelung der Nachfrage zu reagieren, befand sich im Einklang mit der Politik der britischen Nachkriegsregierungen im allgemeinen und der konservativen Vorgängeradministration im besonderen. Donald MacDougall, ökonomischer Chefberater zuerst im Schatzamt, dann beim CBI, erklärte kurz vor Weihnachten 1973, deflationäre Maßnahmen der Industriestaaten seien die falsche Antwort auf den Anstieg der Ölpreise. Healeys konservativer Vorgänger Barber argumentierte ähnlich, dem Rat entsprechend, den ihm die keynesianischen Ökonomen im Schatzamt gegeben hatten. Es sei zwischen den beiden Parteien unstrittig, daß man Kredite aufnehmen müsse, um für die steigenden Ölpreise zu bezahlen, führte er in seiner letzten Unterhausrede als Schatzkanzler aus.¹¹¹ Nicht nur britische Experten rieten, keine deflationäre Politik zu betreiben. Auch der Internationale Währungsfond appellierte angesichts der weltweiten Ölkrise an die westlichen Industrienationen, eine Kettenreaktion von Sparmaßnahmen zu vermeiden, die die Weltwirtschaft weiter in die Rezession zu treiben drohten.¹¹²

Das Problem für die britische Regierung bestand darin, daß sich der Rest der Welt nicht an die Ratschläge der Keynesianer in Whitehall und den Büros des IWF hielt. Statt dessen bemühten sich vor allem die Regierungen Japans und der Bundesrepublik, mit Abstrichen auch der Vereinigten Staa-

¹¹⁰ BARNETT, Treasury, S. 49.

¹¹¹ „Inevitably we shall run some balance-of-payments deficit apart from oil; and we shall also, as [Healey] agrees, need to borrow to cover part of that [...] action which might increase the risk of a world recession must be avoided“; am 6. Februar 1974 im Unterhaus, Hansard Vol. 868, Col. 1230.

¹¹² Sein Zwanziger-Ausschuß, der sich mit der Reform des internationalen Währungssystems nach dem Zusammenbruch von Bretton Woods beschäftigte, gab im Januar 1974 eine Presseerklärung heraus, in der es hieß: „In these difficult circumstances the Committee agreed that in managing their international payments, countries must not adopt policies which would merely aggravate the problems of other countries. Accordingly, they stressed the importance of avoiding competitive depreciation and the escalation of restrictions on trade and payments. They further resolved to pursue policies that would sustain appropriate levels of economic activity and employment, while minimizing inflation“; zit. nach MARGARET GARRITSEN DE VRIES, *The International Monetary Fund 1972–78. Cooperation on Trial*. Bd. 1, Washington 1985, S. 199. Vgl. HEALEY, S. 422; DELL, *Chancellors*, S. 406.

ten und Frankreichs, ihre Zahlungsbilanz ausgeglichen zu halten. Die Sparmaßnahmen, die sie zu diesem Zweck verabschiedeten, führten dazu, daß britische Exporte auf eine verminderte Nachfrage trafen, während umgekehrt die künstlich auf Hochtouren gehaltene britische Wirtschaft Importe aus Deutschland, Japan, den USA und anderen Ländern weiterhin begierig aufzog. Healey hatte nicht unrecht, wenn er in seinen Memoiren schrieb, die USA, Deutschland und Japan „deflated their economies so as to reduce their deficits at our expense“.¹¹³ Aus dem Blickwinkel der deutschen oder japanischen Regierung nahm sich die Situation freilich anders aus: Sie sahen ihre wichtigste Aufgabe darin, die Kontrolle über Inflation und Zahlungsbilanz ihrer Länder zurückzugewinnen, selbst wenn dies nur auf Kosten erhöhter Arbeitslosigkeit möglich war. Ihre Neigung, durch eine inflations-treibende Wirtschaftspolitik die nationale Stabilität zu gefährden, um britische Arbeitsplätze zu sichern, war gering.¹¹⁴

Unter den keynesianischen Sozialdemokraten machten sich angesichts der mannigfachen Krisenszenarien Orientierungs- und Mutlosigkeit breit. Den Tagebüchern Barbara Castles und Tony Benns kann man entnehmen, wie hilflos sie sich fühlten. Man könne lediglich versuchen, auf alle Knöpfe zu drücken, die zu finden seien, bemerkte Crosland. „We do not know which, if any, of them will have the desired result.“ James Callaghan, der Wilson im Frühjahr 1976 als Premierminister abgelöst hatte, gab hinter verschlossenen Türen ebenfalls zu, ratlos zu sein. Er habe keine Lösung, sagte er in einer Kabinettsitzung und fügte hinzu, wenn er ein junger Mann wäre, würde er auswandern.¹¹⁵ Je länger er Premierminister sei, erklärte Callaghan seinen Ministern bei anderer Gelegenheit, desto weniger wisse er, was richtig und was falsch sei.¹¹⁶

Je deutlicher der Keynesianismus an seine Grenzen stieß, desto dringender wurde die Suche nach politischen und wirtschaftlichen Alternativen. Besonders im Schatzamt konnte man die ökonomischen Realitäten kaum länger ignorieren. Nicht zufällig waren es der Schatzkanzler und sein Stellvertreter, die von Sachzwängen getrieben nach neuen Wegen Ausschau

¹¹³ HEALEY, S. 423.

¹¹⁴ Vgl. etwa die Position von Bundeskanzler HELMUT SCHMIDT, *Die Deutschen und ihre Nachbarn. Menschen und Mächte* Bd. 2, Berlin 1990, S. 141. Der Erfolg gab der Bundesregierung recht. In Westdeutschland sank die Preissteigerungsrate von 7,3 Prozent 1974 auf 6,1 Prozent im folgenden Jahr, während sie in Großbritannien zur gleichen Zeit von 15,4 auf 22 Prozent anstieg.

¹¹⁵ Beide Zitate nach dem Tagebucheintrag vom 17. November 1974 in: CASTLE, *Diaries* 1974–76, S. 223, 221.

¹¹⁶ Tagebucheintrag vom 7. Oktober 1976, in: BENN, *Tide*, S. 622.

hielten. Die Erfahrungen des Jahres 1974 hatten sie davon überzeugt, daß es nötig war, einen neuen wirtschaftspolitischen Kurs einzuschlagen, dessen Leitstern nicht länger das Ziel der Vollbeschäftigung war, sondern die Verbesserung der britischen Zahlungsbilanz und der Abbau der Staatsverschuldung.

Drei Überlegungen diktierten diesen Sinneswandel. Zum einen machte Healey sich Sorgen um die Kreditwürdigkeit seines Landes. „We are living 5 to 6 per cent above our earnings“, erklärte er seine Kabinettskollegen im Februar 1975. „It will be very much harder to borrow 3 billion pounds this year; maybe we will have to go to the IMF or the OECD and suffer supervision.“¹¹⁷ Die Vorstellung eines möglichen Bittgangs zum Internationalen Währungsfond, dem *creditor of last resort*, auf den gewöhnlich nur Entwicklungsländer angewiesen waren, peinigte ihn. Die Briten müßten die Kontrolle über ihre eigene Politik behalten, betonte er in einer Rede vor dem Unterhaus knapp zwei Monate später. Wenn man sich nur auf ausländische Kreditgeber verlasse, riskiere man, deren politische und ökonomische Bedingungen aufgezwungen zu bekommen, was einen unerträglichen Souveränitätsverlust bedeute.¹¹⁸ Ferner fürchtete er die wachsende Last der Staatsverschuldung. Wenn das Land seine Zahlungsbilanz für 1978 nicht ausgeglichen gestalte, sagte er in einer Kabinettsitzung im November 1975, würden die Zins- und Tilgungszahlungen sämtliche Gewinne aus den neuentdeckten Öl- und Gasvorkommen in der Nordsee auffressen.¹¹⁹ Drittens schließlich beunruhigte ihn die Preissteigerung, die im Frühjahr 1975 fast 25 Prozent erreicht hatte. Sie drohte nicht nur die Ersparnisse der Mittelschicht zu vernichten, sondern barg auch das Risiko, daß ausländische Anleger im großen Stil ihr Kapital aus Großbritannien abzogen, das man zur Finanzierung des Defizits und zur Stabilisierung des Pfundkurses dringend benötigte. Der Schatzkanzler sah nur einen Ausweg, die Geldentwertung in den Griff zu bekommen: Man mußte dem Kampf gegen sie Priorität vor allen anderen Zielen einräumen, indem man entweder die Steuereinnahmen erhöhte oder die Staatsausgaben senkte, die in den Jahren 1972 bis 1975 um beinahe zwanzig Prozent angestiegen waren, während zugleich der Produktivitätszuwachs nur zwei Prozent betragen hatte.¹²⁰ In seinem Haushalt vom Frühjahr 1975 beschritt Healey zunächst den politisch leichteren Weg der Steuererhöhung, ehe er im Sommer den zermürbenden

¹¹⁷ Zit. nach Tagebucheintrag vom 25. Februar 1975, ebd., S. 325.

¹¹⁸ Am 15. April 1975 im Unterhaus, Hansard Vol. 889, Col. 284.

¹¹⁹ Vgl. CASTLE, Diaries 1974–76, S. 682.

¹²⁰ BARNETT, Treasury, S. 81.

Kampf um Sparmaßnahmen mit seinen Ministerkollegen aufnahm. Bei dieser Auseinandersetzung hatte er nicht nur die Parteilinke und die Minister der ausgabenintensiven Ressorts gegen sich, sondern auch Crosland, der wie Healey eigentlich dem rechten Flügel angehörte. Da Crosland aber der Ansicht war, das Wesen des Sozialismus sei Umverteilung durch Staatsausgaben, wehrte er sich bis zu seinem plötzlichen Tod 1977 heftig gegen den Sparkurs, in dem er einen Verrat an seinen Überzeugungen erblickte.¹²¹

Tatsächlich bedeutete Healeys Kurswechsel eine bewußte Abkehr von der keynesianischen Orthodoxie der Nachkriegsjahrzehnte. „I abandoned Keynesianism in 1975“, schrieb er im Rückblick und begründete seine Entscheidung mit zwei entscheidenden Schwächen von Keynes' Theorien: Sie blendeten den ökonomischen Einfluß gesellschaftlicher Organisationen wie der Gewerkschaften aus; deswegen könne eine keynesianische Wirtschaftspolitik nicht ohne strikte Kontrolle der Löhne und Gehälter auskommen. Außerdem ignorierten sie die weltwirtschaftlichen Verflechtungen der modernen Volkswirtschaften. Ein vergleichsweise kleines exportabhängiges Land wie das Großbritannien der siebziger Jahre müsse in einer Welt flexibler Wechselkurse anderen Regeln gehorchen als die britische Weltmacht im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Keynes konnte in dieser Situation nicht weiterhelfen, schrieb er später. Dessen Konzept des Nachfragemanagements sei unzuverlässig geworden.¹²²

Letztlich gelang es Healey, sich mit seinen Forderungen nach Einsparungen durchzusetzen. Doch stimmte das Kabinett im November 1975 nur Kürzungen in Höhe von drei Milliarden Pfund für das Haushaltsjahr 1977/1978 zu, nicht den vom Schatzamt geforderten 3,75 Milliarden. Selbst das verkleinerte Sparpaket brachte die Regierung an den Rand des Abgrunds. Als die Maßnahmen im Frühjahr 1976 im Unterhaus zur Abstimmung anstanden, konnte sie sich gegen die rebellierende Parteilinke nur durchsetzen, indem Wilson die Vertrauensfrage stellte.¹²³ Healeys zaghafte Versuche einer Konsolidierung des Haushalts blieben auf halbem Wege stecken. Daher kam es 1976 trotz des glücklich begonnenen Kurswechsels zu der von ihm befürchteten Währungskrise, in deren Verlauf die Regierung sich gezwungen sah, den IWF um einen Kredit zu bitten und dafür strenge Auflagen in Kauf zu nehmen. So komplex und kompliziert die Geschichte

¹²¹ Die Parteilinke sah das genauso. Einer ihren prominenten Verteter erklärte später: „Once we said we could bring down inflation by cutting public expenditure and the welfare state, it was a betrayal of socialism;“ Dennis Skinner, zit. nach HOLMES, Labour, S. 68; siehe auch DELL, Chancellors, S. 419.

¹²² Vgl. HEALEY, S. 379.

¹²³ Siehe HOLMES, Labour, S. 67–73.

der Krise im einzelnen war, läßt sie sich letztlich auf einen einfachen Nenner bringen: Die vielfältigen und anscheinend dauerhaften Krisensymptome der britischen Volkswirtschaft – steigende Arbeitslosigkeit, ein chronisches Zahlungsbilanzdefizit, anhaltende Inflation, ein zunehmend schwacher Pfundkurs, offenkundig außer Kontrolle geratene Staatsausgaben und stetig wachsende Haushaltsdefizite – alarmierten schließlich die Anleger. Die internationalen Kreditgeber, die erstaunlich lange und sorglos Geld in London angelegt hatten, zogen ihr Kapital ab und verweigerten weitere Kredite. Schließlich blieb nur noch der IWF als letzter zahlungswilliger Kreditgeber.¹²⁴

Schon bei einem Treffen Anfang August 1975 wurden sich Healey und seine Mitarbeiter klar, daß eine Finanzierung der Haushaltslücken für das Jahr 1975 durch private Kapitalgeber unwahrscheinlich sei. Zum ersten Mal dachte man über eine Kreditanfrage beim IWF nach.¹²⁵ Vier Monate später bat der Schatzkanzler offiziell um eine Kreditvereinbarung, die ihm ohne weitere Auflagen gewährt wurde.¹²⁶ Der Kredit reichte jedoch nicht aus, um das Vertrauen des Marktes in die britische Kreditwürdigkeit wiederherzustellen. Anfang März lösten drei völlig voneinander unabhängige Ereignisse – Spekulationen über einen bevorstehenden Kursverlust des Pfundes, eine Ankündigung der nigerianischen Regierung, ihre Auslandsguthaben nicht mehr vorrangig in Pfund anzulegen, sowie die von Wilson im Unterhaus gestellte Vertrauensfrage – eine Kettenreaktion aus: Die internationalen Anleger begannen, Pfund zu verkaufen, der Kurs verfiel dramatisch, und alle Versuche der *Bank of England*, den freien Fall der Währung zu bremsen, blieben erfolglos. Bis Anfang Juni sank der Wert des Pfundes, der zu Jahresbeginn bei 2,05 Dollar gelegen hatte, auf 1,70 Dollar. Um die nun deutlich unterbewertete britische Währung zu stützen, organisierten die europäischen Zentralbanken im Juni einen *stand by*-Kredit über insgesamt 5,3 Milliarden Dollar, zu dem die amerikanische *Federal Reserve Bank* zwei Milliarden beitrug. Diese Beteiligung erlaubte es den Amerikanern, die sich besorgt über die britische Entwicklung zeigten und weltweite Auswirkungen fürchteten, Bedingungen zu stellen. Präsident Fords Bevollmächtigter in den Verhandlungen, Ed Yeo, und US-Finanzstaatssekretär William Simon, von dem Healey später meinte, er sei „far to the right of Genghis

¹²⁴ Siehe KATHLEEN BURK und ALEC CAIRNCROSS, „Goodbye, Great Britain“. The 1976 IMF Crisis, New Haven, London 1992; EDMUND DELL, A Hard Pounding. Politics and Economic Crisis 1974–76, London 1991; MIDDLEMAS, Power, S. 150–6.

¹²⁵ DELL, Pounding, S. 193.

¹²⁶ Vgl. BURK und CAIRNCROSS, S. 16–9; DELL, Pounding, S. 193–9; GARRITSEN DE VRIES, S. 343–9.

Khan¹²⁷, beharrten darauf, daß der Kredit nur einmal verlängert werden konnte und spätestens bis zum 9. Dezember 1976 zurückzuzahlen war. Sollte dies nicht möglich sein, mußte die britische Regierung den IWF um einen längerfristigen *stand by*-Kredit bitten, der – soviel war inzwischen klar – nur unter strengen Auflagen gewährt werden würde.¹²⁸

Der Regierung Callaghan blieb somit ein knappes halbes Jahr, um die Finanzmärkte von der Solidität ihrer Politik zu überzeugen. Konkret bedeutete dies eine neue zermürende Runde von Kürzungsverhandlungen im Kabinett, die wieder mit einem Kompromiß endete. Statt der von Healey geforderten zwei Milliarden Pfund, wurden die Staatsausgaben um eine Milliarde gekürzt; Zugewinne in Höhe einer weiteren Milliarde erzielte man durch Steuererhöhungen sowie einen zweiprozentigen Aufschlag auf den Arbeitgeberbeitrag zur Sozialversicherung.¹²⁹ Die Märkte ließen sich durch diese Maßnahmen, die man weiterhin als halbherzig einschätzte, nicht überzeugen. Schon im September kam es zu einer neuen Sterling-Krise. Das Pfund stürzte von 1,77 Dollar im August auf 1,64 Dollar am 28. September. Healey, der sich am Morgen dieses Tages auf dem Weg zum Flughafen befand, um von dort zur IWF-Jahreskonferenz nach Manila zu fliegen, machte auf dem Absatz kehrt, berief eine Sondersitzung des Schatzamtes ein und entschied nach Absprache mit dem Premierminister, mit der Ankündigung eines Kreditantrags beim IWF an die Öffentlichkeit zu treten.¹³⁰ Die Kreditsumme von 3,9 Milliarden Pfund, die er vorschlug, war die höchste, die bis dahin jemals beim Währungsfond beantragt worden war. Da dessen Mittel nicht ausreichten, um sie bereitzustellen, mußten die Bundesrepublik und die Vereinigten Staaten gebeten werden, Teile der Summe beizusteuern. Beide Länder erhielten dafür ein Mitspracherecht bei der Aushandlung der Vergabebedingungen. Als das IWF-Team, das die Verhandlungen über diese Bedingungen mit der britischen Regierung führen sollte, Anfang November in London eintraf, ließ es verlauten, es halte zusätzliche Ausgabenkürzungen in Höhe von drei Milliarden Dollar 1977/78 und vier Milliarden Dollar 1978/79 für notwendig.¹³¹

¹²⁷ HEALEY, S. 419–20.

¹²⁸ Yeo erklärte: „The trouble with Britain was that people had a higher standard of living than the country was earning. The Tories had lost control of monetary policy and after 1974 Labour lost control of budgetary policy. [...] Our role was to persuade the British that the game was over“; zit. nach STEPHEN FAY und HUGO YOUNG, *The Day the Pound Nearly Died*, London 1978, S. 12–3.

¹²⁹ Siehe LEO PLIATZKY, *Getting and Spending: Public Expenditure, Employment and Inflation*, Oxford 1982, S. 149; BURK und CAIRNCROSS, S. 47–50; DELL, *Pounding*, S. 228–30.

¹³⁰ Ebd., S. 234–9; BURK und CAIRNCROSS, S. 53–8.

¹³¹ PLIATZKY, S. 53.

Crosland, der wichtigste Kritiker dieser Bedingung innerhalb der Regierung, beharrte auf seinem Standpunkt, weitere Sparmaßnahmen bedeuteten einen Ausverkauf des Sozialismus: „Even if the Government survives, does it make such a difference if Labour measures can't be implemented?“ Darüber hinaus glaubte er, Kürzungen schaden der britischen Volkswirtschaft. Sie würden den Kreditbedarf der öffentlichen Hand nicht senken, sondern steigern, erklärte er im Kabinett. Kürzungen würden zu steigender Arbeitslosigkeit führen, die ihrerseits höhere Ausgaben im Sozialetat und geringere Steuereinnahmen zur Folge hätte. Außerdem seien die Sparmaßnahmen für die Gewerkschaften, insbesondere im öffentlichen Dienst, vollkommen inakzeptabel und würden den bereits brüchigen „Social Contract“ völlig zum Einsturz bringen. Das einzige ernstzunehmende Argument sah Crosland im Vertrauen der internationalen Märkte. „But what would happen to confidence if the Government bowed down and accepted the package, and as a result the Social Contract broke, and the smouldering resentment of the PLP meant that the Government could not deliver its cuts in the House of Commons?“, fragte er.¹³² Er plädierte statt dessen dafür, alle Forderungen des IWF abzulehnen, die Nerven zu bewahren und darauf zu vertrauen, daß man den Kredit auch ohne Bedingungen erhalten werde.¹³³

Der Schatzkanzler hingegen glaubte nicht daran, daß sich der IWF, die Vereinigten Staaten oder die Bundesrepublik bluffen ließen. Er verwies in der entscheidenden Kabinettsitzung am 2. Dezember darauf, daß in wenigen Tagen der *stand by*-Kredit über 1,6 Milliarden Dollar zurückgezahlt werden müsse. Alles andere als die von ihm vorgeschlagenen Kürzungen würde nicht ausreichen, um das Vertrauen der Märkte zurückzugewinnen, selbst wenn der IWF einer anderen Lösung zustimmte.¹³⁴ Nach langen, teilweise hitzigen Beratungen schlug sich der anfangs zögernde Premierminister auf Healeys Seite, und die Ministerrunde stimmte mehrheitlich der Forderung des Schatzamtes zu, die inzwischen modifizierten Vorschläge des IWF zu akzeptieren. Daraufhin schickte der Schatzkanzler am 15. Dezember einen vom Kabinett abgesegneten *Letter of Intent* an den IWF, in dem er unter anderem eine deutliche Reduzierung der Staatsausgaben sowie eine Verringerung der Neuverschuldung ankündigte. Um diese Ziele zu errei-

¹³² CROSLAND, Crosland, S. 376–8.

¹³³ Den Amerikanern und Deutschen wollte Crosland drohen, andernfalls die britische Rheinarmee abzuziehen, aus der EG auszutreten oder sich nicht länger in Zypern zu engagieren; siehe Tagebucheintragungen vom 23. November und 1. Dezember 1976, in: BENN, Tide, S. 654, 667.

¹³⁴ Vgl. DELL, Pounding, S. 269. Vgl. auch Tagebucheintragung vom 2. Dezember 1976, in: BENN, Tide, S. 470–1.

chen, versprach die Regierung, die Ausgaben der öffentlichen Hand 1977/78 um zusätzliche 1,5 Milliarden Pfund und 1978/79 um weitere zwei Milliarden zu kürzen.¹³⁵

Im Hinblick auf den Zusammenbruch der britischen Nachkriegsordnung und die Entstehung des Thatcherismus sind drei Auswirkungen der IWF-Krise wichtig. Erstens wurde sie zum Inbegriff des britischen Niedergangs und zur einprägsamen Mahnung, daß Vergleichbares nicht noch einmal geschehen dürfe.¹³⁶ In einem Land, das wie kaum ein zweites die nationale Unabhängigkeit glorifizierte und Souveränitätsverluste verabscheute, wurde der Umstand, daß die Regierung ihrer Majestät eine nicht-britische Institution wie den IWF um Hilfe bitten und sich deren Politik aufzwingen lassen mußte, als tiefe Demütigung empfunden.¹³⁷ Zweitens markierte die IWF-Krise einen Gezeitenwechsel in der britischen Wirtschaftsgeschichte der Nachkriegszeit, wie Kathleen Burk und Alec Cairncross in ihrer Studie der Krise schrieben.¹³⁸ Der Herbst 1976 erlebte den endgültigen Bankrott von Croslands Vision eines sorgenfreien, sozialdemokratischen Keynesianismus'. Immer mehr Labour-Politiker begannen, dies offen zuzugeben. Selbst Croslands enger politischer Freund Callaghan, keineswegs ein Befürworter harscher Sparpläne, sah sich auf dem Höhepunkt der Sterlingkrise Ende September gezwungen, den Delegierten des Labour-Parteitags zu verkünden:

For too long, perhaps ever since the war, we postponed facing up to fundamental choices and fundamental changes in our society and in our economy. That is what I mean when I say we have been living on borrowed time [...] We used to think that you could spend your way out of a recession and increase employment by cutting taxes and boosting government spending. I tell you in all candour that that option no longer exists, and insofar as it ever did exist, it only worked on each occasion since the war by injecting a bigger dose of inflation into the economy, followed by a higher level of unemployment as the next step.¹³⁹

¹³⁵ Der „Letter of Intent“ ist abgedruckt in: BURK und CAIRNCROSS, S. 229–36 (S. 231); zu den Details des Briefes siehe DELL, *Pounding*, S. 272–5.

¹³⁶ „No single event“, schrieb der amerikanische Historiker Charles Dellheim, „provided more dramatic proof of the extent and consequences of the eclipse of British power than the IMF loan“; CHARLES DELLHEIM, *The Disenchanted Isle. Mrs. Thatcher's Capitalist Revolution*, New York 1995, S. 105.

¹³⁷ Im Jahr zuvor hatte Großbritannien im Zusammenhang mit dem Referendum über den Austritt aus der Europäischen Gemeinschaft einen Wahlkampf erlebt, in dem die Frage der Souveränität eine herausragende Rolle spielte; vgl. DAVID BUTLER und UWE KITZINGER, *The 1975 Referendum*, London, Basingstoke 1976, neuerdings auch HUGO YOUNG, *This Blessed Plot. Britain and Europe from Churchill to Blair*, London, Basingstoke 1998, S. 293–6.

¹³⁸ BURK und CAIRNCROSS, S. XI.

¹³⁹ Zit. nach CALLAGHAN, S. 425–6. Bis Anfang Dezember blieb offen, ob Callaghan die tiefere Bedeutung seiner Rede, die in weiten Passagen von seinem Schwiegersohn Peter Jay verfaßt

Drittens zeitigte die Krise endlich Erfolge bei der Konsolidierung des Haushalts, beim Kampf gegen die Inflation und den Kursverfall des Pfundes. Die entsprechenden Daten verbesserten sich in den folgenden Monaten rapide.¹⁴⁰ Die britische Volkswirtschaft erholte sich so rasch, daß die Regierung Ende 1977 einer Anfrage des IWF zustimmen konnte, den Rest des Kredites, der ihr noch zustand, nicht in Anspruch zu nehmen.¹⁴¹

Die britischen Wähler honorierten dies zunächst kaum. Nach der IWF-Krise sackte die Labour-Partei in Umfragen auf ein Rekordtief nach dem anderen. Außerdem verlor sie entscheidende Nachwahlen, die sie im April 1977 ihrer Mehrheit im Parlament beraubten. Callaghan gelang es nur, Premierminister zu bleiben, indem er eine informelle Koalition mit der Liberalen Partei einging, die zu diesem Zeitpunkt Neuwahlen noch mehr fürchteten als Labour.¹⁴² Auch innerhalb der Partei brachte das Ende der Krise Healey keinen Beifall. Nicht der Aufschwung der britischen Wirtschaft war für die Mehrzahl der Aktivisten wichtig, sondern die Aufgabe überkommener Positionen. Nicht die Überwindung der Krise prägte sich ein, sondern die Tatsache, daß ein Labour-Schatzkanzler seinen Nacken unter das Joch des IWF gebeugt hatte. In einem ungewöhnlichen Schulterschluß prangerten die extreme Linke der Partei und die keynesianischen Sozialdemokraten die Sparmaßnahmen als Verrat sozialistischer Ideale an. Auf diese Weise trug die Krise dazu bei, die Labour-Partei auf ihrem Weg nach links, der Jahre zuvor begonnen hatte, noch ein Stück weiter zu treiben.¹⁴³

Die Linke innerhalb der Labour-Partei, die sich aus Intellektuellen der Mittelschichten, klassenbewußten Arbeitern und radikalen Gewerkschaftsfunktionären zusammensetzte, befand sich seit der Wahlniederlage vom

worden war, wirklich begriffen hatte; der Premierminister schlug sich erst im allerletzten Moment eindeutig auf die Seite seines Schatzkanzlers; vgl. DELL, Pounding, S. 237, 277–80.

¹⁴⁰ Der Diskontsatz sank zwischen Oktober 1976 und Oktober 1977 von 15 auf fünf Prozent. Das Pfund gewann dramatisch an Wert: Anfang 1977 erreichte es bereits wieder die Marke von 1,70 Dollar, am Ende des Jahres war es 1.90 Dollar wert. Die Währungsreserven vermehrten sich im selben Zeitraum von 4,1 auf 20,6 Milliarden Pfund. Die Inflationsrate, die 1975 noch bei fast 25 Prozent gelegen hatte, betrug 1976 nur noch 15 Prozent und sank 1977 auf zehn Prozent. Auch andere Wirtschaftsdaten stimmten optimistisch. Die Zahl der Arbeitslosen, die 1975 um 500 000 zugenommen hatte, stieg im Jahr darauf nur noch um 170 000 und 1977 um weitere 100 000; im Jahr 1978 zeigte die Kurve der Statistik zum erstenmal wieder nach unten, während gleichzeitig die industrielle Produktion zunahm. 1978 lag die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts bei etwas über drei Prozent; vgl. DELL, Pounding, S. 281, 285–6.

¹⁴¹ Im Rückblick betrachtet muß man allerdings feststellen, daß die Krise nicht den Beginn der Konsolidierung markierte, sondern lediglich deren Durchbruch. In dieser Hinsicht erwies sich Croslands Position als richtig; so auch BURK und CAIRNCROSS, S. 15–6.

¹⁴² Vgl. ALISTAIR MICHIE und SIMON HOGGART, *The Pact*, London, New York 1978.

¹⁴³ Vgl. DELLHEIM, S. 106.

Juni 1970 auf dem Vormarsch. „[W]hat is needed is a strong shift leftwards“, faßte der Labour-Politiker Michael Foot in einem Artikel für die Zeitschrift *Tribune* die Lehren zusammen, die seine Partei aus der Wahlniederlage ziehen müsse.¹⁴⁴ Er und andere Vertreter des linken Flügels gewannen im Verlauf der siebziger Jahre immer mehr Einfluß auf die Programmatik der Partei und prägten zunehmend ihr Gesicht.¹⁴⁵ Sie waren sich keineswegs in allen politischen Fragen einig, teilten jedoch die Überzeugung, daß die Labour-Regierungen der Vergangenheit versagt hatten und auch in Zukunft scheitern würden, wenn es ihnen nicht gelänge, einen grundlegenden Wandel der britischen Wirtschaft und Gesellschaft herbeizuführen. Keynes war ihrer Ansicht nach ebenso tot wie der angebliche parteiübergreifende Konsens, der seine wirtschafts- und sozialpolitischen Ideen während der vorausgegangenen zwei Jahrzehnte in die Praxis umgesetzt hatte.

Daß diese Ansicht innerhalb der Partei an Boden gewann, lag nicht zuletzt an der verbreiteten Enttäuschung über die Leistungen der Labour-Regierungen in den sechziger Jahren. Anstatt das Land in eine Zeit wirtschaftlicher Stabilität und Prosperität zu führen, die Klassenschranken durch Umverteilung zu überwinden und ein neues Zeitalter des Überflusses anbrechen zu lassen, mußten die Wilson-Administrationen zwischen 1964 und 1970 mit ökonomischer Stagnation, sinkenden Wachstumsraten, steigenden Arbeitslosenzahlen und häufigen Streiks kämpfen. Labour hatte als Regierungspartei eine pragmatische Politik gemacht, glaubte die Linke, die sich kaum von derjenigen ihrer konservativen Vorgänger unterschied und auch nicht spürbar erfolgreicher war. Das bewies in ihren Augen, wie begrenzt die Möglichkeiten waren, den Kapitalismus durch graduelle Reformen zu verändern.¹⁴⁶ Begünstigt wurde der Vormarsch der Linken durch den Umstand, daß Klassenkampfbegriffe in der britischen Arbeiterbewegung stärker verwurzelt waren als etwa in der Bundesrepublik. Auch wenn die marxistisch-revolutionäre Tradition in Großbritannien keine so große Rolle spielte wie in Deutschland, war es dem gemäßigten Flügel um Crosland dennoch nie gelungen, seine reformerisch-sozialdemokratischen Ansichten in einem Parteiprogramm festzuschreiben. Ihr „Godesberg“ sollte die Labour-Partei erst in den neunziger Jahren erleben.

¹⁴⁴ Zit. nach MICHAEL HATFIELD, *The House the Left Built. Inside Labour Policy-Making*, London 1978, S. 39.

¹⁴⁵ Dazu zählten der Marxist Ian Mikardo, Eric Heffer aus Liverpool, der marxistische Wirtschaftstheoretiker Stuart Holland, vor allem aber der frühere Technologieminister Tony Benn.

¹⁴⁶ STUART HOLLAND, *Keynes and the Socialists*, in: ROBERT SKIDELSKY (Hrsg.), *The End of the Keynesian Era. Essays on the Disintegration of the Keynesian Political Economy*, New York 1977, S. 67–77 (S. 75); vgl. auch HATFIELD, S. 19.

Überdies strömten in den sechziger Jahren in Großbritannien, ähnlich wie in anderen westeuropäischen Ländern, auch in der Bundesrepublik, junge Menschen in die Partei, die nicht aus Arbeiterfamilien stammten, häufig akademisch gebildet und an theoretischen Fragen interessiert waren. Durch diese „Neue Linke“ erhielt der linke Labour-Flügel Zulauf, während die Mitgliederzahl der Partei *insgesamt* seit den fünfziger Jahren abnahm.¹⁴⁷ Die neuen Parteimitglieder brachten oft eine intellektuelle Begeisterungsfähigkeit – man kann auch sagen: ein Ideologiebedürfnis – mit, das vom Pragmatismus der keynesianischen Sozialdemokratie nicht befriedigt wurde. Eine Generation sozialistischer Intellektueller, die weder die Schrecken der Stalinzeit noch die Reformen und die Mangelverwaltung der Attlee-Regierung bewußt miterlebt hatte, entdeckte Marx' Schriften neu.¹⁴⁸

Auftrieb erhielt die Parteilinke auch durch die Politik der Heath-Regierung. Die Konfrontation der Tories mit den Gewerkschaften machte es ihr möglich, sich in den zum Teil gewalttätigen Auseinandersetzungen demonstrativ auf die Seite der Arbeiter zu schlagen. Insbesondere dem ehemaligen Technologieminister Tony Benn gelang es auf diese Weise, sich als Volkstribun zu profilieren.¹⁴⁹ Aus den Kehrtwendungen der Heath-Regierung schlug er ebenfalls politisches Kapital. Er deutete ihre Kurswechsel als Ausdruck unausweichlicher ökonomischer und politischer Trends. Der Zwang zu staatlicher Intervention und die Notwendigkeit zentraler Planung, argumentierte er im März 1973 in einem Artikel in der *Sunday Times*, „have been accepted as necessary despite a genuine political reluctance which Heath and his colleagues somehow have had to overcome“. In der Zukunft mußten sich Unternehmer zunehmend am Willen der Regierung orientieren und immer weniger an den Kräften des Marktes. Die Debatte über das Für und Wider des Interventionismus sei zugunsten einer Politik staatlicher Eingriffe entschieden. In dieser Entwicklung sah er einen entscheidenden Gewinn für die sozialistische Sache. „Heath has performed a very important historical role in preparing for the fundamental and irreversible transfer in the balance of power and in wealth which has to take place“, schrieb er.¹⁵⁰

¹⁴⁷ Siehe etwa JENKINS, S. 108–9.

¹⁴⁸ Siehe STUART HOLLAND, Keynes and the Socialists, in: SKIDELSKY (Hrsg.), Keynesian Era, S. 67–77 (S. 75).

¹⁴⁹ Seine Teilnahme am „Work in“ streikender Werftarbeiter und seine Unterstützung der sogenannten „Pentonville Five“, jener fünf Dockarbeiter, die wegen ihres Widerstands gegen die Gewerkschaftsgesetzgebung der Konservativen inhaftiert wurden, waren spektakuläre Erfolge; vgl. JAD ADAMS, Tony Benn, 1992, S. 323–4.

¹⁵⁰ *Sunday Times*, 27. März 1973.

Je deutlicher gegen Mitte der siebziger Jahre die Schwäche der britischen Wirtschaft zutage trat, desto offenkundiger erschien den marxistischen Intellektuellen der Bankrott nicht nur des Kapitalismus, sondern auch des Reformkapitalismus à la Keynes. „Not until the past few months“, schrieb ein Kommentator 1975 im *New Statesman*, „have I come to believe that we are really living through the last days of capitalism. But I begin to be convinced of it now.“¹⁵¹ Etwa zu derselben Zeit stellte Stuart Holland, ein führender Kopf der „Neuen Linken“, in seiner einflußreichen Schrift *The Socialist Challenge* fest, zehn Jahre keynesianischer Orthodoxie unter Labour und Tories hätten die Wirtschaft nicht gerettet, sondern tiefer in die Krise gestürzt.¹⁵² Zwei Jahre später legte er unter dem Eindruck von Healeys Sparpolitik dar, wie der Druck des Weltmarktes und des internationalen Kapitals jeden weiteren Anstieg öffentlicher Ausgaben und damit eine Fortsetzung des keynesianischen Sozialdemokratismus Crosland'scher Prägung unmöglich mache. In einer bemerkenswerten Parallele zu den Forderungen Thatchers, verlangte auch Holland, die Politik müsse sich wieder stärker der Angebotsseite der Volkswirtschaft zuwenden. Freilich dachte er dabei nicht wie die Tory-Politikerin an die Förderung freier Unternehmer, sondern an den Übergang von der keynesianisch-indirekten zu einer direkten staatlichen Intervention ins Wirtschaftsleben.¹⁵³

Konkret bedeutete dies, daß überwunden geglaubte Themen wie umfassende Verstaatlichungen und zentrale Planungsstrategien wieder in den Debatten der Labour-Partei, auf den Tagesordnungen ihrer Parteitage und in den Diskussionen ihrer Gremien auftauchten. Praktische Bedeutung gewannen diese Ideen, die sich zunächst eher an der Parteibasis als in der Unterhausfraktion ausbreiteten, über das *National Executive Committee*, das zwischen den Parteitagen als höchstes Parteiorgan fungierte, politische Stellungnahmen formulierte und Resolutionen verfaßte.¹⁵⁴ Schon während der sechziger Jahre verschoben sich die Gewichte innerhalb der Kommission zugunsten der Linken, die im Gegensatz zu ihren innerparteilichen

¹⁵¹ *New Statesman*, 6. Juni 1975.

¹⁵² STUART HOLLAND, *The Socialist Challenge*, London 1975, S. 14.

¹⁵³ „[T]he crisis of British capitalism“, schrieb er, „needs wider-ranging economic, social and political change than ever Keynes considered necessary. It arguably demands fundamental and effectively revolutionary reforms in the balance of public and private power which only new public enterprise and social planning could ensure;“ STUART HOLLAND, *Keynes and the Socialists*, in: SKIDELSKY (Hrsg.), *Keynesian Era*, S. 67–77 (S. 77).

¹⁵⁴ Ihm gehörten außer dem Parteiführer und seinem Stellvertreter zwölf Gewerkschafter, sieben Repräsentanten der verschiedenen regionalen Parteigliederungen, fünf Vertreterinnen der sozialistischen Frauen, ein Mitglied der „Socialist Societies“, der Schatzmeister sowie seit 1972 ein Vertreter der Jungsozialisten an.

Gegnern regelmäßig und aktiv an den Sitzungen teilnehmen.¹⁵⁵ Auf diese Weise gelang es ihr während der Jahre 1970 bis 1974, die programmatische Arbeit in den verschiedenen Unterkommissionen zu dominieren. Wichtigste Ergebnisse der Bemühungen war *Labour's Programme for Britain* von 1973 und das Wahlkampfmanifest vom Februar 1974, die zum Entsetzen der gemäßigten Mehrheit des Schattenkabinetts zur offiziellen politischen Linie der Partei erhoben wurden. Sie verpflichteten eine spätere Labour-Regierung auf eine Politik, die außer umfassenden Verstaatlichungen auch Planungsvereinbarungen des Staates mit Großbetrieben sowie eine weitreichende neue Industriegesetzgebung umfaßte.¹⁵⁶

Nach Labours überraschendem Wahlsieg im Februar 1974 triumphierte der linke Flügel der Partei. In seinen Augen bewies der Sieg, daß ein extremes Programm die Wahlchancen der Partei verbesserte, nicht beeinträchtigte.¹⁵⁷ Die sogenannte harte Linke war in Wilsons Kabinett durch Tony Benn vertreten, zunächst Handels- und Industrie-, später Energieminister. Während des Jahres 1974 investierten er und seine Anhänger ihre Energie in die Umsetzung jener wirtschaftspolitischen Strategie, die sie in den Oppositionsjahren ausgearbeitet hatten. Dabei waren sie so sehr mit Planungsvereinbarungen, Arbeiterkooperativen und Verstaatlichungsplänen beschäftigt, daß sie die neue Herausforderung durch Inflation, Haushaltsdefizit und Arbeitslosigkeit zunächst gar nicht bemerkten.¹⁵⁸ Erst Anfang 1975 fingen sie an, sich Gedanken über mögliche politische Strategien zur Bekämpfung der Krise zu machen. Bei einem Treffen in Benns Ministerium im Januar 1975 diskutierten sie erstmals Gegenmodelle zum Sparkurs, den man zur gleichen Zeit im Schatzamt auszuarbeiten begann. Benn präsentierte ein Diskussionspapier, in dem er die Grundlinien eines Alternativkurses skizzierte.¹⁵⁹ Darin räumte er die Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit einer schweren weltweiten Rezession, fortbestehender Zahlungsbilanz- und Haushaltsdefizite, einer Serie von Insolvenzen und Firmenschließungen sowie steigender Arbeitslosigkeit und Inflation ein. Um dieser Krise Herr zu werden, schlug der Politiker ein Maßnahmenbündel vor, dessen Schwer-

¹⁵⁵ Vgl. HATFIELD, S. 22–3, der auch die Entwicklung der programmatischen Arbeit in den verschiedenen Unterkommissionen nachzeichnet.

¹⁵⁶ Vgl. HOLMES, Labour, S. 35–8.

¹⁵⁷ „I find my differences with the Communist Party nowadays [...] negligible“, schrieb etwa der Abgeordnete Syd Bidwell, der der „Tribune Group“ innerhalb der Labour-Fraktion angehörte; in: *Morning Star*, 28. Juni 1977.

¹⁵⁸ „[T]he left didn't have a policy line on inflation“, erinnerte sich einer von ihnen später. „We had a negative reaction to it“; Ian Mikardo zit. nach HOLMES, Labour, S. 12.

¹⁵⁹ Tagebucheintrag vom 16. Januar 1975, in: BENN, Tide, S. 302.

punkt auf der Rettung von Arbeitsplätzen und dem Schutz der britischen Industrie liegen sollte und das dafür bewußt eine langsamere Verbesserung der Zahlungsbilanz in Kauf nahm.¹⁶⁰

Aus dem Diskussionspapier entwickelte sich während der folgenden Monate die sogenannte *Alternative Economic Strategy*, die Benn im Kabinett als radikalen Gegenentwurf zu Healeys Sparkurs verfocht, nachdem er den keynesianischen Mittelweg als illusorisch abgetan hatte. Es gebe zwei grundsätzliche Optionen, erklärte er, Healeys und seine eigene. „[T]here is a very big choice to make.“¹⁶¹ Der Minister verhehlte nicht, daß sein Lösungsvorschlag beträchtliche Risiken in sich barg. Er werde die Außenbeziehungen des Landes belasten, möglicherweise zu wirtschaftlichen Vergeltungsmaßnahmen führen. Wahrscheinlich würde die Mittelschicht rebellieren und das Verhältnis zur Arbeiterbewegung belastet werden.¹⁶² Dennoch sah er in seiner Linie die einzige Möglichkeit für die Labour-Partei, ihre Glaubwürdigkeit und die Chancen auf einen Sieg bei den nächsten Unterhauswahlen zu wahren. Man könne den Arbeitern nicht unbegrenzt neue Lasten aufbürden, ohne Gefahr zu laufen, irgendwann ihre Unterstützung zu verlieren – insbesondere wenn die Erfolge der Sparpolitik auf sich warten ließen. Die einzige Chance des britischen Sozialismus bestand in Benns Augen darin, das Land von den Zwängen des Weltmarktes abzuschotten, sich im Schutze hoher Zölle und Importbeschränkungen zu regenerieren und auf bessere Zeiten zu warten. „[P]rotectionism is a perfectly respectable course of action“, erklärte er. „You withdraw behind walls and reconstruct and re-emerge.“¹⁶³ Benn gelang es nicht, seine Pläne innerhalb des Kabinetts durchzusetzen. Schon die weitreichenden Verstaatlichungspläne des Jahres 1974 scheiterten am inhaltenden Widerstand des Premierministers und der pragmatischen Kabinettsmehrheit.¹⁶⁴ Der Politiker verlor im Sommer 1975 seinen Posten als Industrie- und Handelsminister und mußte sich mit dem weniger einflußreichen Energieressort zufrieden geben.¹⁶⁵ Seine *Alternative*

¹⁶⁰ Zu den wichtigsten Einzelmaßnahmen der Strategie zählten „selective assistance to industry on a larger scale [...], selective import restrictions through quotas and high tariffs [...]; rationing and allocation of some imported materials and fuel; [...] tax increases on the basis of real equality of sacrifice, e. g. by surcharges on net income and on capital; [...] controls on banks and other financial institutions“; siehe Appendix IV: The Alternative Economic Strategy in Outline, in: BENN, Tide, S. 725–7.

¹⁶¹ Tagebucheintrag vom 2. Dezember 1976, ebd., S. 663.

¹⁶² Tagebucheintrag vom 25. Februar 1975, ebd., S. 325.

¹⁶³ Tagebucheintrag vom 7. Oktober 1976, ebd.; S. 621.

¹⁶⁴ Vgl. HOLMES, Labour, S. 54.

¹⁶⁵ Zum Hintergrund von Benns Absetzung vgl. WILSON, S. 143–4; BENN, Tide, S. 393–6; CASTLE, Diaries 1974–76, S. 410–1.

Economic Strategy lehnte das Kabinett im Dezember 1976 ab, als es sich entschied, Healeys Sparkurs und die Kreditbedingungen des IWF zu akzeptieren.¹⁶⁶

Trotz dieser Kette von Mißerfolgen verpufften die Aktivitäten der sozialistischen Linken keineswegs ohne Wirkung. So erfolglos sie innerhalb des Kabinetts agierte, so mächtig war sie auf den Parteitage und im NEC, wo ihr Einfluß beständig wuchs. Gerade aus ihren Niederlagen im Kabinett gewann sie Kraft. „[T]hings will have to get worse before they get better“, vertraute Benn im Juli 1977 seinem Tagebuch an. „In fact the big reforms I am interested in are mid-Eighties reforms and can't be implemented before then because the Government doesn't believe in them“.¹⁶⁷ Die Stimmungsentwicklung an der Parteibasis gab ihm recht. Je unzufriedener die Parteiaktivisten mit der Sparpolitik der Regierung wurden, umso attraktiver erschienen ihnen Benns Rezepte. Nicht nur Industriepolitik und Verstaatlichungspläne wurden populärer, auch die anderen Lieblingsthemen der Linken dominierten zunehmend die Beschlüsse der Parteitage. Ob es um das Versprechen einseitiger nuklearer Abrüstung ging, die Abschaffung des Oberhauses oder den Austritt aus der Europäischen Gemeinschaft – an der Parteibasis setzten sich die Positionen der extremen Linken immer stärker durch.¹⁶⁸

Je einflußreicher die Linke wurde, desto häufiger dachten gemäßigte Labour-Politiker und prominente Anhänger der Partei darüber nach, sich von ihr zu trennen, ins liberale oder konservative Lager überzuwechseln.¹⁶⁹ Schon im Dezember 1972 schrieb der frühere Außenminister und Vize-Parteichef George Brown, der seit 1970 als Lord George-Brown dem Oberhaus angehörte, in der *Times*: „We have been taken over. And we have been taken over by a collection of people who call themselves 'activists'. But they are for the most part people who do not believe in our way of life or in our social democratic outlook.“¹⁷⁰ Christopher Mayhew, Junior-Minister in den Regierungen von Attlee und Wilson, verließ Labour im Sommer 1974 und schloß sich der Liberalen Partei an. In einem Leserbrief an die *Times* begründete er seinen Entschluß ebenfalls mit dem Vormarsch der Linken.¹⁷¹ Reg

¹⁶⁶ Vgl. dazu Tagebucheintragen vom 1. und 2. Dezember 1976, in: BENN, Tide, S. 661–80.

¹⁶⁷ Tagebucheintrag vom 18. Juli 1977, in: BENN, Conflict, S. 196.

¹⁶⁸ Siehe etwa DAVID und MAURICE KOGAN, *The Battle for the Labour Party*, London 1983, S. 26–72.

¹⁶⁹ Siehe hierzu etwa HARRISON, Rise, S. 307.

¹⁷⁰ *The Times*, 9. Dezember 1972.

¹⁷¹ „The Left has advanced sharply in the Party in recent years“, so Mayhew. „The trend is shown plainly in the Party's changed attitudes towards nationalization, Europe, trade union

Prentice, bis 1975 Erziehungsminister im Wilson-Kabinett, danach Entwicklungshilfeminister, folgte zwei Jahre später. Nach heftigem Streit mit der Parteigliederung seines Wahlkreises trat er im Dezember 1976 von seinem Ministeramt zurück und schloß sich neun Monate danach der konservativen Unterhausfraktion an. Kurz darauf erläuterte er in einer Presseerklärung die Gründe für seinen Übertritt:

The Labour Party has been moving away from its traditional ideals. There has been a growing emphasis on class war and Marxist dogma. Some of us have tried to swim against the tide. But we have watched too many of our fellow moderates making deals and compromises with the Left. [...] Britain has paid a heavy price for all the surrenders by Labour Ministers to the militant elements of the so-called Labour Movement.¹⁷²

Lord Chalfont, zwischen 1964 und 1970 Staatsminister im Außenministerium, danach für Labour im Oberhaus, verließ die Partei bereits im September 1974. Vier Jahre später legte auch er seine Beweggründe dar. „The balance of influence in the government has changed dramatically“, schrieb er. Gemäßigte Politiker wie Wilson, Jenkins, Crosland und George Brown seien entweder tot, nicht mehr in Großbritannien aktiv oder hätten sich von der Partei abgewandt. „The voices which are now beginning to be raised most insistently in the councils of the government are those of the collectivists, the populists and extremists of the Left.“ Die marxistische *Tribune Group* habe Mitglieder und Einfluß gewonnen; etwa dreißig Unterhausabgeordnete seien mehr oder weniger offen kommunistisch.¹⁷³ Er malte das Schreckbild einer kommunistischen Zukunft Großbritanniens an die Wand. Am Ende des Weges, den die Labour-Partei eingeschlagen habe, liege „a political system chillingly different from the one we enjoy today, one in which there is no respect for individual freedom. Under that system, membership of the Common Market and the Western Alliance would be inconceivable; we would have less in common with France, West Germany and Italy than with Poland, Czechoslovakia and East Germany.“¹⁷⁴ Der Publi-

power, the supremacy of Parliament, the media, the supremacy of the law, the independence of the Parliamentary Party, membership of Communist Front organizations, Chilean Marxism, picketing, law and order and so on“; *The Times*, 18. Juli 1974.

¹⁷² Presseerklärung vom 9. Dezember 1977, zit. nach RANELAGH, S. 68.

¹⁷³ LORD CHALFONT, *Our Security Menaced*, in: PATRICK CORMACK (Hrsg.), *Right Turn*, London 1978, S. 44. Ähnlich argumentiert WOODROW WYATT, *What's Left of the Labour Party?*, London 1977, S. 161–5.

¹⁷⁴ LORD CHALFONT, *Our Security Menaced*, in: CORMACK (Hrsg.), S. 48. Bereits zwei Jahre zuvor hatte er einen Fernsehdokumentarfilm gedreht, der den Titel trug: „Who Says It Can Never Happen Here?“. Darin vertrat er die These, das Kommunistische Manifest werde Stück für Stück in Großbritannien in die Tat umgesetzt. Der Film endete mit dem Hinweis,

zist Woodrow Wyatt, auch er ein ehemaliger Labour-Abgeordneter, beschrieb den Zustand der Partei in ähnlich düsteren Farben. *Labour's Programme for Britain 1976* sei ein furchteinflößendes Dokument, dessen Ziel darin bestehe, dem Staat immer mehr Macht über das Leben der Bürger zu verleihen, schrieb er 1977. „[It] is a Marxist and Trotskyist plan to extend the power of the State to a detailed control of the individual's activities. [...] the aim is to leave the individual with nothing besides a little pocket money which he may be allowed to spend on cigarettes, drink, motoring and going to football matches.“¹⁷⁵

Einen anderen Akzent setzte der Ökonom John Vaizey, der seit den vierziger Jahren sowohl auf lokaler als auch nationaler Ebene für die Labour-Partei aktiv gewesen war. Bald nach Thatchers Wahl zur Parteiführerin schrieb er ihr in einem privaten Brief:

[T]he nation is not divided by class or by sex or by race, but it is divided between the people who want to serve the nation by earning their own living, by giving voluntary services to the Community, and those who for purely selfish interests, in the trade unions or property developers, seek to make money for themselves and let the rest go to hell. It is divided between those who prudently wish to preserve their savings which they have seen, like myself, absolutely taken away by inflation and by penal taxation, and whose careful plans for their careers are utterly wrecked by the fact that things are changed overnight.¹⁷⁶

Vaizey zögerte lange, seinen Gesinnungswandel öffentlich zu machen. Noch 1978 erhielt er auf Wilsons Vorschlag einen Sitz im Oberhaus. Bald darauf trat er jedoch aus der Partei aus und wechselte nach Thatchers Wahlsieg im Frühjahr 1979 in die konservative Fraktion über. Erst im Dezember 1980 kurz vor einer lebensgefährlichen Herzoperation rang er sich dazu durch, die Gründe für seinen Übertritt offenzulegen. Die grundlegenden Prinzipien des sozialdemokratischen Keynesianismus seien gescheitert, schrieb er in einem Leserbrief an die *Times*:

There is no longer a set of social democrat ideas that will work. Keynesianism is intellectually dead. With our trade unions no incomes policy can ever work. With our state industries productivity will always be abysmal. Nobody [...] has the faintest idea how to redistribute income: the tax and benefit system is far too complex and arbitrary to yield a simple progressive result free from major anomalies. Social democratic theory is just plain wrong.¹⁷⁷

von den zehn Punkten des Manifests seien schon sieben verwirklicht; vgl. MIDDLEMAS, Power, S. 39, aber auch den Tagebucheintrag vom 20. Januar 1976, in: BENN, Tide, S. 501.

¹⁷⁵ WYATT, Left, S. 126–7.

¹⁷⁶ Zit. nach RICHARD COCKETT, *Thinking the Unthinkable. Think-Tanks and the Economic Counter-Revolution 1931–83*, London 1994, S. 228–9.

¹⁷⁷ *The Times*, 2. Dezember 1980.

Thatcher profitierte von den Schwierigkeiten der Labour-Regierung auf verschiedene Weise. Sie nutzte die ökonomischen Turbulenzen der Jahre 1974 bis 1979, um den Briten wieder und wieder zu erklären, wie schädlich der „Sozialismus“ sei, den sie pauschal für alle Krisenphänomene verantwortlich machte. Inflation, Arbeitslosigkeit und die dramatische Währungskrise des Jahres 1976 dienten ihr als Anschauungsmaterial für die These, der Sozialismus sei die Wurzel allen Übels. Wenn der Keynesianismus der Sozialdemokraten innerhalb der Labour-Partei an seine Grenzen stieß, so deshalb, weil er auf sozialistischen Grundannahmen beruhte, behauptete sie. Wenn Healey sich innerhalb seiner Partei nicht durchsetzen konnte, lag das ihrer Ansicht nach daran, daß sein Sparkurs nicht mit den sozialistischen Zielen und Visionen der Labour-Partei in Einklang zu bringen war. Die radikale marxistische Alternative, für die die „Neue Linke“ eintrat, habe wenigstens den Vorzug, unverblümt zu zeigen, was in den anderen Spielarten nur verbrämt und verschämt zugestanden wurde.

Thatchers Kunstgriff bestand darin, die Unterschiede zwischen den disparaten Strömungen und Tendenzen zu leugnen. In ihren Reden verschwammen die Grenzen zwischen den einzelnen Richtungen. Labour-Partei, Sozialismus, Sozialdemokratie, Keynesianismus, Korporatismus, Kollektivismus, Kommunismus, Bolschewismus, Marxismus, traditionelle und „Neue“ Linke wurden mehr oder weniger gleichgesetzt. Dagegen setzte die Politikerin die Wiederbelebung des Lagerdenkens aus der Zeit des Kalten Krieges: einen „Konsens“ mit den Feinden der Freiheit gab es nicht; die alles entscheidende Trennlinie verlief zwischen Sozialisten und Anti-sozialisten. „We are, as it were, today on a ridge“, erklärte sie,

from which streams flow down to different seas. The ridge-path itself is narrow, so that the springs of the streams are close together, as close, let us say, as those whom it is customary to call the 'social democrats' seem to be on some important matters to the Conservatives. But actually the streams flow down in different directions: one stream flows to a dark cold sea of further collectivization, the other to the warm and bright sea of the Open Society.¹⁷⁸

Thatchers Ansicht nach gab es „only two political philosophies, only two ways of governing a country“, wie sie auf dem CDU-Parteitag in Hannover im Mai 1976 erklärte: auf der einen Seite „den Sozialismus“, in dem der Staat vor den Interessen des Individuums rangierte, und auf der anderen Seite die freiheitliche Auffassung von Konservativen und Christdemokraten, bei

¹⁷⁸ Am 6. Mai 1978 vor der Bow Group in der Royal Commonwealth Society in London, abgedruckt in: THATCHER, *Revival*, S. 71–82 (S. 81–2).

denen die Rechte, Pflichten und Fähigkeiten des einzelnen im Mittelpunkt stünden.¹⁷⁹

Wenn man sich dies vor Augen hält, wird klar, warum die konservative Parteiführerin den Positionen der extremen Linken der Labour-Partei größere Bedeutung beimaß als den gemäßigten Kräften. Politiker wie Benn formulierten die Zielperspektive des Sozialismus, denen sich nach und nach auch Sozialdemokraten vom Schlage eines Healey annähern würden, ob sie wollten oder nicht.¹⁸⁰ Die radikale Programmatik der Labour-Partei war in Thatchers Augen wichtiger als ihre pragmatische Regierungspolitik. Spätestens mit dem Parteiprogramm von 1976 habe sich die Partei dem Marxismus verschrieben, meinte sie: „It advocated nationalisation of banks, insurance companies, the ports, parts of the construction industry, food manufacturing, brewing and the pharmaceutical industries – and others. Now that’s a Marxist programme if I ever saw one.“¹⁸¹ Diese Forderungen hätten mehr mit der Programmatik der britischen Kommunisten gemeinsam als mit den Vorstellungen kontinentaleuropäischer Sozialdemokraten, behauptete sie.¹⁸² Ziel der Labour-Linken sei es, Großbritannien in einen totalitären sozialistischen Staat umzuwandeln.¹⁸³

Die zahlreichen Überläufer aus dem Labour-Lager, die entsetzt auf die zunehmende Radikalisierung ihrer Partei reagierten, verstärkten den Eindruck, diesmal arbeite der „Genosse Trend“ für die Rechte, der Zeitgeist sei auf Seiten der Konservativen. Thatcher erkannte, welche Chance sich ihr bot. Sie nahm die Überläufer mit offenen Armen auf und versuchte, auf diese Weise den Eindruck zu untermauern, die Tories seien die wahre Partei des Volkes, die Erben der positiven Traditionen der Arbeiterbewegung. „Today we are all working people“, erklärte sie den Delegierten des Tory-Parteitag im Oktober 1976. „Today it is the Conservatives and not the

¹⁷⁹ Am 25. Mai 1976 auf dem CDU-Parteitag in Hannover: News Service 544/76, S. 2–3.

¹⁸⁰ Die einzige Möglichkeit für desillusionierte Labour-Anhänger bestand ihrer Ansicht nach darin, die Seite zu wechseln und sich der Tory-Partei anzuschließen; vgl. Thatchers Neujahrsbotschaft in: *Conservative Monthly News* vom Dezember 1977; Auszüge in: News Service 1350/77.

¹⁸¹ Am 11. Februar 1978 im Polygon Hotel in Southampton, News Service 161/77, S. 2.

¹⁸² „It is a programme which is quite literally more extreme than the manifesto on which the Italian Communists fought their last election“, erklärte sie am 4. Februar 1978 auf der Conservative Local Government Conference in der Caxton Hall in London: News Service 143/78, S. 9.

¹⁸³ „Britain, beware! The signpost reads: This way to the total Socialist State“, erklärte sie den Delegierten der konservativen Parteikonferenz in Blackpool am 14. Oktober 1977: The National Union of Conservative and Unionist Associations, 94th Annual Conference Blackpool, 11th–14th October 1977, London 1977, S. 131–6 (S. 133).

Socialists who represent the true interests and hopes and aspirations of the working people.¹⁸⁴

Umgekehrt erleichterte der Umstand, daß Thatcher an der Spitze der Konservativen Partei stand, vielen ehemaligen Labour-Anhängern den Übertritt ins andere Lager – vor allem weil sie selbst ein Außenseiter, kein Mitglied des Parteiestablishments war. „She did not seem much like a Tory“, schrieb Wyatt, „but she had the Tory Party to work for her, which was a useful start.“¹⁸⁵ Zudem trieben sie ähnliche Sorgen um wie viele der enttäuschten Labour-Anhänger. „[She] struck a chord which was waiting to be struck“, erinnerte sich Lord Chalfont später. „All those fears of bureaucracy, of too much government, of the erosion of the freedom of the individual, fears of anarchy [...] she just came at a time when all these fears began to coalesce.“¹⁸⁶ Prentice erinnerte sich später daran, wie feinfühlig Thatcher seinen Seitenwechsel im Unterhaus arrangieren ließ. Die Details von seinem ersten Auftritt als konservativer Abgeordneter wurden sorgfältig im voraus geplant. „She was concerned that the Conservative whips should organise some Members to be there“, berichtete er, „and she asked me which row I would go and sit in so that there would be a number of them there and they could give a cheer as I came in.“¹⁸⁷ Auch Vaizey wurde von ihr geduldig und einfühlsam überredet, seinen Gesinnungswandel öffentlich zu machen. „I realise that it will be difficult for you“, schrieb sie ihm im Oktober 1978, „but in a way the Labour Party has left you because it has changed so much from its former beliefs.“¹⁸⁸ Am wichtigsten erschien vielen der sozialistischen Renegaten, daß die Tory-Chefin keinen Standesdünkel an den Tag legte, entschieden für ihre Überzeugungen eintrat und – in Hugh Thomas' Worten – „the need for a broad and philosophical basis for democratic action“ besser begriffen hatte als die meisten ihrer Kollegen.¹⁸⁹

Schließlich wurden während der Regierungszeit der Labour-Partei 1974 bis 1979 auch wichtige wirtschaftspolitische Weichenstellungen vorgenommen, von denen Thatcher profitierte. Weder der Abschied von der Idee einer keynesianischen Globalsteuerung der Wirtschaft noch der Übergang zu strengerer Haushaltsdisziplin, zu Kürzungen im Sozialetat und anderen Sparmaßnahmen wurden unter ihrer Regierung begonnen. Sie brauchte nur

¹⁸⁴ Am 8. Oktober 1976 auf dem Tory-Parteitag in Brighton, zit. nach *The Times*, 9. Oktober 1976.

¹⁸⁵ WOODROW WYATT, *Confessions of an Optimist*, London 1985, S. 343.

¹⁸⁶ Zit. nach WHITEHEAD, S. 216.

¹⁸⁷ Zit. nach YOUNG und SLOMAN (Hrsg.), S. 62.

¹⁸⁸ Zit. nach COCKETT, S. 229.

¹⁸⁹ HUGH THOMAS, *A Letter to a Social Democrat*, in: CORMACK (Hrsg.), S. 103.

das Instrumentarium zu übernehmen, das bereits unter Healey im Schatzamt entwickelt worden war. Im Hinblick auf die thatcheristische Umwälzung der Wirtschaftspolitik bewahrheitete sich somit de Tocquevilles Diktum, daß Revolutionen meist in dem Augenblick stattfinden, wenn das *ancien régime* mit Reformen beginnt. Im Grunde habe Healey mit seiner Sparpolitik ihre eigenen Reformen zum Teil vorweggenommen, gab Thatcher später zu, und damit „diejenigen meiner Schattenkabinettsmitglieder rechts [überholt], die sich noch immer an die überholten Patentrezepte der keynesianischen Nachfragesteuerung klammerten“.¹⁹⁰

Thatchers Vorteil gegenüber dem Labour-Schatzkanzler bestand darin, daß sie nicht nur – wie er – von der Notwendigkeit dieser Schritte überzeugt war, sondern in ihnen eine Tugend erblickte. Was Healey halbherzig, mit schlechtem Gewissen, gegen den Widerstand und die Traditionen seiner Partei begann, konnte sie aus freien Stücken und mit der vollen Überzeugung fortführen, sich dabei im Einklang mit Tradition und Instinkten ihrer Partei zu befinden. „If you want a Conservative government“, erklärte sie im Januar 1976 in einem Radio-Interview, „you’d better have a Conservative government and not a half-hearted Labour government practising Conservative politics.“¹⁹¹ Sie ließ keine Gelegenheit aus, darauf hinzuweisen, daß Healey lediglich konservative Rezepte kopiere und allzu zaghaft in die Tat umsetze.¹⁹² Er mochte zwar in Ansätzen die richtige Politik verfolgen, versäume es jedoch, offensiv für sie einzutreten und die britischen Wähler von der Notwendigkeit schmerzhafter Schnitte zu überzeugen, erklärte sie. „[T]he Chancellor may be arguing this case clearly and cogently in private. But so far he does not seem to be doing so sufficiently in public.“¹⁹³

Gleichzeitig warf sie Healey und seinen Gesinnungsgenossen vor, sie hätten sich viel zu lange schweigend in ihr Schicksal gefügt, den Linksruck ihrer Partei nicht aufzuhalten versucht. „[T]he road to Damascus is always open“, spottete sie, „but where have these newly doubting Socialists been while all the damage they now deplore has been done? [...] They have been

¹⁹⁰ THATCHER, Erinnerungen, S. 380–1.

¹⁹¹ Am 31. Januar 1978 im Jimmy Young Programme auf BBC Radio 2, abgedruckt in: THATCHER, Complete Public Statements.

¹⁹² „Labour have been carrying out the bare minimum of the things we told them to do“, erklärte sie im Februar 1978. „[T]hey should know our policies better than most. They have been starting to carry them out for the past year. [...] Never enough. Never in time. But the first glimmerings of Conservative policies. [...] So we shouldn’t be surprised that there’s been some improvement“; am 4. Februar 1978 auf der Conservative Local Government Conference in der Caxton Hall in London: News Service 143/78, S. 6–8.

¹⁹³ Am 22. Juni 1977 beim City of London and Westminster South Annual Luncheon: News Service 665/77, S. 2.

sitting in Mr Wilson's Cabinet meekly acquiescing in the onward march of socialism.“ Anstatt Labours Kurs zu bestimmen, befanden sich die gemäßigten Kräfte auf dem Rückzug. Zu schwach, der Partei ihren Stempel aufzudrücken, dienten sie nur noch dazu, ihr ein harmloses, gemäßigtes Image zu beschaffen. „They are invaluable to the Left, these spaniels of the Socialist Party“, lautete ihr ätzendes Fazit. „They provide them with their window-dressing. They look and seem so harmless. They sound so ‚safe‘.“ Doch könnten auch die gemäßigten Kräfte nicht verbergen, daß sie ebenfalls Sozialisten seien: „There is no such thing as ‚safe‘ Socialism. If it's safe, it's not Socialism. And if it's Socialism, it's not safe.“¹⁹⁴

2. DAS WACHSENDE KRISENBEWUSSTSEIN

A) DIE DISKUSSION ÜBER DIE BRITISCHE KRANKHEIT

Nicht nur die politische und ökonomische Krise der siebziger Jahre war in Großbritannien ausgeprägter als in jedem anderen westeuropäischen Land. Auch das Krisenbewußtsein in der Öffentlichkeit war wacher als anderswo. Die Diskussion über die Misere des Landes und den Zusammenbruch der Nachkriegsordnung blieb nicht auf die politischen Parteien beschränkt. Politikwissenschaftler schrieben Studien über die Unregierbarkeit Großbritanniens. Historiker forschten nach den Gründen für den britischen Niedergang. Schriftsteller griffen das Thema auf und verarbeiteten es literarisch.¹⁹⁵ In den Buchgeschäften stapelten sich Publikationen mit apokalyptischen Titeln wie *The Death of British Democracy*, *The Future That Doesn't Work*, *What's Wrong With Britain?* oder *Is Britain Dying?*¹⁹⁶ Das

¹⁹⁴ Am 20. März 1976 auf dem Central Council Meeting Norwich: News Service 317/76, S. 4–5.

¹⁹⁵ Zur Diskussion über „Ungovernability“ vgl. ALASTAIR BURNET, *Is Britain Governable?*, London 1975; MICHEL CROZIER et al., *The Crisis of Democracy. Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission*, New York 1975; ANTHONY KING, *Overload. Problems of Governing in the 1970s*, in: *Political Studies* 23, 1975 (2, 3), ANTHONY H. BIRCH, *Overload, Ungovernability and Delegitimation, The Theories and the British Case*, in: *British Journal of Political Science* 14, 1984, S. 135–60. Historische Studien über den britischen Niedergang sind CORRELLI BARNETT, *The Collapse of British Power*, London 1972, MARTIN J. WIENER, *English Culture and the Decline of the Industrial Spirit 1850–1980*, New York 1981. Überblicke über den Forschungsstand geben PAUL WARWICK, *Did Britain Change? An Inquiry into the Causes of National Decline*, in: *Journal of Contemporary History* 20, 1985, 99–133; WOLFGANG KRIEGER, Die britische Krise in historischer Perspektive, in: *HZ* 247, 1988, 585–602 und BRUCE COLLINS und KEITH ROBBINS (Hrsg.), *British Culture and Economic Decline*, London 1990. Eine literarische Variation zum Thema ist MARGARET DRABBLE, *The Ice Age*, London 1977.

¹⁹⁶ STEPHEN HASELER, *The Death of British Democracy*, London 1976; R. EMMET TYRRELL

Schlagwort von der „britischen Krankheit“ tauchte in den Feuilletons der Zeitungen auf und wurde ausgiebig diskutiert. Zunächst bezog es sich lediglich auf die chronisch schlechten Beziehungen zwischen britischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, auf wilde Streiks, Bummelei und häufiges Krankfeiern.¹⁹⁷ Seit Mitte der siebziger Jahre faßte man in einem weiteren Sinne alle Schwierigkeiten der britischen Wirtschaft unter der Bezeichnung *British Disease* oder *English Sickness* zusammen. Großbritannien verfüge über die niedrigste Wachstumsrate in der westlichen Welt, schrieb der amerikanische Journalist R. Emmett Tyrrell Jr., über eine mehr als dürftige Produktivität und heruntergekommene Produktionsanlagen. Es gebe dort eine hohe Inflation und Arbeitslosigkeit sowie ein erstaunlich großes Potential sozialer Unruhe, kurz: „The United Kingdom has become the latest version of the Sick Man of Europe“.¹⁹⁸ Gegen Ende des Jahrzehnts weitete sich die Bedeutung des Begriffs über den ökonomischen Bereich hinaus aus und bezog auch die politischen Schwierigkeiten des Landes ein, wie der britische Publizist Patrick Hutber 1978 schrieb: „The English Sickness‘ is a phrase that evokes instant recognition and it is no longer used exclusively in an economic context.“¹⁹⁹

Die Wurzeln der Krisenstimmung reichten bis in die frühen sechziger Jahre zurück, als der Optimismus der fünfziger Jahre allmählich umzuschlagen begann. „In the last year the sense of *malaise*, as Whitehall calls it, has become suddenly much more acute“, schrieb 1962 der Publizist Anthony Sampson in seiner Studie *The Anatomy of Britain*. Bereits ein Jahr zuvor hatte ein anderer Journalist, Michael Shanks von der *Financial Times*, ein Buch mit dem Titel *The Stagnant Society* veröffentlicht.²⁰⁰ Hugh Gaitskell, der Führer der Labour-Partei, prophezeite etwa zur selben Zeit: Ausländische Besucher würden in Zukunft nicht mehr nach Großbritannien kommen, um Ideen für die Zukunft kennenzulernen, sondern nur noch um eine glorreiche Vergangenheit zu studieren.²⁰¹ Das Land gleiche der russischen Romanfigur Oblomov, konstatierte vier Jahre später Sampson in der

(Hrsg.), *The Future That Doesn't Work. Social Democracy's Failures in Britain*, Garden City/NY 1977; PATRICK HUTBER (Hrsg.), *What's Wrong With Britain?*, London 1978; ISAAC KRAMNICK (Hrsg.), *Is Britain Dying? Perspectives on the Current Crisis*, Ithaca/NY 1979.

¹⁹⁷ Vgl. PAUL EINZIG, *Decline and Fall*, London 1969, S. 74; SAMPSON, *New Anatomy*, S. 669.

¹⁹⁸ TYRRELL (Hrsg.), S. 1–2.

¹⁹⁹ HUTBER (Hrsg.), S. 11.

²⁰⁰ ANTHONY SAMPSON, *The Anatomy of Britain*, London 1962, S. 634; MICHAEL SHANKS, *The Stagnant Society*, Harmondsworth 1961.

²⁰¹ „They will see that somehow the British have lost their dynamic, are sunk in complacency, are far too snobbish, and have carried on a pattern of social relationships that is disappearing elsewhere in the world“, Gaitskell zit. nach SAMPSON, *Anatomy*, S. 634.

Neuaufgabe seines Buches, „a tired, impoverished aristocrat, lying in bed, speculating and worrying about his condition, but never actually getting out of bed.“²⁰²

Die Abwicklung des britischen Empire und de Gaulles Weigerung, Großbritannien in die Europäischen Gemeinschaften aufzunehmen, trug zu dem Stimmungsumschwung ebenso bei wie die wachsende Unzufriedenheit mit den schon mehr als zehn Jahre regierenden Konservativen.²⁰³ Vor allem aber erkannten die Briten, daß sie während der fünfziger Jahre zwar in absoluten Zahlen wirtschaftlich erfolgreicher gewesen waren als vor dem Zweiten Weltkrieg, im Vergleich mit anderen großen Industrienationen jedoch Boden verloren hatten. Zwischen 1951 und 1962 sank der britische Anteil am Welthandel von 22 auf 15 Prozent, während der westdeutsche von zehn auf zwanzig Prozent stieg. In ungefähr demselben Zeitraum wuchsen die britischen Exporte nur um dreißig Prozent, diejenigen der sechs EG-Länder um insgesamt 190 Prozent.²⁰⁴ Großbritannien als Mutterland der Industriellen Revolution schien den Anschluß an die Entwicklung der Weltwirtschaft zu verlieren. „[T]he youngsters have not only caught up with, but are rapidly outgrowing us“, schrieb Arthur Koestler 1963. Im Hinblick auf die Produktivitätsraten sei das Land von den USA schon in den 1880er Jahren überholt worden, von Kanada noch vor dem ersten Weltkrieg, „and in the last few disastrous years we have been left behind by Sweden, Denmark, Norway, Germany, and France.“²⁰⁵ Die Juli-Nummer der Zeitschrift *Encounter*, in der Koestlers Artikel erschien, trug den bezeichnenden Titel *Suicide of a Nation?*. Sie enthielt neben Koestlers Text eine Reihe weiterer Beiträge mit ähnlich pessimistischem Grundton. Großbritannien befinde sich inmitten einer Krise, schrieb zum Beispiel der Publizist Goronwy Rees, die zum endgültigen Niedergang führen werde, wenn man sie nicht bald überwinde. Der Ökonom John Vaizey gelangte zu einer ähnlichen Schlußfolgerung und verglich den britischen Niedergang mit dem Zusammenbruch anderer Weltreiche wie Spanien und Österreich-Ungarn.²⁰⁶

Wenige Monate später nahm sich auch die Linke des Themas an. In der Zeitschrift *New Left Review* erschien im Frühjahr 1964 eine Artikelserie,

²⁰² ANTHONY SAMPSON, *The Anatomy of Britain Today*, London 1965, S. 678.

²⁰³ Vgl. etwa HUGH SETON-WATSON, *Commonwealth, Common Market, Common sense*, in: *Encounter*, Juli 1963, S. 65–73.

²⁰⁴ Vgl. ARTHUR KOESTLER, *The Lion and the Ostrich*, in: *Encounter*, Juli 1963, S. 5–8 (S. 6–7).

²⁰⁵ Ebd., S. 7.

²⁰⁶ GORONWY REES, *Amateurs and Gentlemen*, ebd., S. 20–5 (S. 24); JOHN VAIZEY, *The Tragedy of Being Clever*, ebd., S. 107–10 (S. 110).

die sich ebenfalls mit dem Niedergang des Landes beschäftigte – diesmal aus marxistischem Blickwinkel. Großbritanniens kapitalistisches System, so lautete die Grundthese, zahle einen hohen Preis für die Pionierrolle des Landes bei der Industriellen Revolution und für seinen Erfolg beim Aufbau eines weltumspannenden Kolonialreiches. Seine Herrschaftsinstitutionen seien immer noch von einem vormodernen Ethos geprägt. Seine industrielle Entwicklung werde durch die beherrschende Position der großen Landbesitzer, der Finanz- und Handelseliten bis in die Gegenwart hinein gebremst. Während anderswo Krieg und Revolution Wellen der Modernisierung ausgelöst hätten, habe in Großbritannien das *ancien régime* bis in die Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts überlebt.²⁰⁷

Freilich blieb die These vom britischen Niedergang nicht unwidersprochen. In dem 1964 erschienenen Agententhriller *You only live twice* ließ Ian Fleming seinen Helden James Bond trotzig behaupten:

England may have been bled pretty thin by a couple of World Wars, our Welfare State politics may have made us expect too much for free, and the liberation of our colonies may have gone too fast, but we still climb Everest and beat plenty of the world at plenty of sports and win Nobel prizes. Our politicians may be a feather pated bunch [...] All politicians are. But there's nothing wrong with the British people.²⁰⁸

Viele nahmen an, Großbritanniens Wachstumsrate sinke lediglich früher als diejenige anderer Länder, weil hier die Industrialisierung auch früher begonnen habe. Über kurz oder lang würden alle Industriestaaten das britische Schicksal teilen. Deutschlands, Frankreichs und Italiens Wirtschaftswunder nach dem Zweiten Weltkrieg erklärte man damit, daß diese Länder nur wiedergutmachten, was sie durch Krieg und Depression verloren hatten.²⁰⁹ Der Journalist Henry Fairlie verspottete die Flut von Artikeln, Büchern und Spezialausgaben, die sich mit Niedergang und Krise Großbritanniens beschäftigten. „[W]hat ought to be matters of interest change their character when they become obsessions. Problems which are real and manageable become part of a Problem which can never be tackled but only constantly written about.“²¹⁰ Auch der Historiker Marcus Cunliffe hielt die Sorgen über die Zukunft Großbritanniens für übertrieben. Das Land leide

²⁰⁷ Vgl. u. a. TOM NAIRN, The British Political Elite, in: *New Left Review* 23, Januar/Februar 1964, S. 19–25; PERRY ANDERSON, Origins of the Present Crisis, ebd., S. 26–53; TOM NAIRN, The English Working Class, in: *New Left Review* 24, März/April 1964, S. 43–57.

²⁰⁸ IAN FLEMING, *You Only Live Twice*, London 1964, S. 77–8.

²⁰⁹ Vgl. WILLIAM B. GWYN, Jeremiahs and Pragmatists: Perceptions of British Decline, in: DERS. und RICHARD ROSE (Hrsg.), *Britain: Progress and Decline*, London 1980, S. 5.

²¹⁰ HENRY FAIRLIE, On the Comforts of Anger, in: *Encounter*, Juli 1963, S. 9–13 (S. 9).

weniger an wirklichen Übeln als an einer allgemeinen Hypochondrie, schrieb er im *Encounter*.²¹¹

Erst im Verlauf der siebziger Jahre wuchsen sich die beginnenden Selbstzweifel zu einer regelrechten Depression aus. Die ständigen Turbulenzen der Weltwirtschaft, das Scheitern der konservativen Regierung unter Heath, die Dauerkrise der Labour-Administrationen von Wilson und Callaghan schärften das Krisenbewußtsein. Nicht mehr nur eine Handvoll Intellektueller machte sich Sorgen um die Zukunft des Landes, sondern eine weit- aus größere Gruppe in Politik, Medien und Wirtschaft. In der auflagen- starken Sonntagszeitung *Sunday Times* begannen die beiden Oxforder Wirtschaftswissenschaftler Walter Eltis und Robert Bacon eine Artikelserie, in der sie den Gründen für Großbritanniens wirtschaftliche Zerrüttung nachspürten. Drei Jahre später publizierte der *Sunday Telegraph* eine Reihe von Beiträgen über den Niedergang des Landes. Diese Aufsätze wurden im Gegensatz zu den Essays im *Encounter* und in der *New Left Review* zehn Jahre zuvor von einem Massenpublikum wahrgenommen.²¹² Der Tonfall der Klagen war schriller als in den sechziger Jahren. Die Prognosen klangen apokalyptischer, die Ursachenforschung ratloser. Die Briten seien ein verwirrtes und unglückliches Volk, stellte der Publizist Peter Jay fest: „We are unhappy because the foundations of our prosperity seem to be eroding faster and faster and because we can neither find nor agree upon any sure remedy for this decay. We are confused because we do not clearly understand why all this is happening to us“.²¹³ Sein Kollege Peter Jenkins schrieb Mitte September 1978 im *Guardian*, kein Staat habe bisher den Weg vom Industrie- zum Entwicklungsland beschritten. Großbritannien könnte das erste Land sein, das diese Erfahrung mache, wenn es demnächst von seinem hundert Jahre alten Prozeß des relativen Niedergangs in das Stadium eines absoluten Niedergangs überwechsele.²¹⁴

²¹¹ Er schrieb: „In comparison with most societies of the world we are extremely well off – economically, politically, socially. The point is that we once exaggerated our prowess, our freedom of will, we now exaggerate our incapacity, our predestined downfall“; MARCUS CUNLIFFE, *The Comforts of the Sick-Bay*, ebd., S. 96–9 (S. 99).

²¹² „From a vantage point in the future, some Gibbon will no doubt write of the decline and fall of Great Britain and the British Empire“, konstatierte Frank MacFadzean, der Vorstandsvorsitzende von *British Airways*. „In the life span of some of us still alive Great Britain has, rung by rung, fallen from a pre-eminent position in both the political and industrial fields to second- or even third-rate status“; die Artikel sind abgedruckt in HUTBER (Hrsg.). Das Zitat stammt aus SIR FRANK MACFADZEAN, *The British Public as Victims*, ebd., S. 35–40 (S. 35).

²¹³ PETER JAY, *Englanditis*, in: TYRRELL (Hrsg.), S. 167.

²¹⁴ Zit. nach SKED und COOK (Hrsg.), S. 327.

Im Gegensatz zur Debatte der sechziger Jahre standen nicht mehr schlechte Handelsbilanzen, geringe Wachstums- und Produktivitätsraten im Zentrum, sondern Geldentwertung und Arbeitslosigkeit.²¹⁵ 1965 habe man an der Universität Oxford Wirtschaftsstudenten die Examensfrage gestellt, ob Volkswirtschaften gleichzeitig Nullwachstum, galoppierende Inflation, beträchtliche Arbeitslosigkeit und ein Zahlungsbilanzdefizit aufweisen könnten, schrieben 1976 die beiden Volkswirte Bacon und Eltis. Die richtige Antwort hätte damals gelaute, dies sei nur in einem Entwicklungsland möglich. Jetzt aber gebe es auch in Großbritannien eine derartige Kombination von Übeln.²¹⁶ Eine Reihe von Autoren sorgten sich neben den wirtschaftlichen Folgen der Geldentwertung vor allem um deren moralische und politische Konsequenzen. Die Hauptgefahr der Inflation bestehe nicht so sehr darin, daß sie einige reich mache und andere verarmen lasse, konstatierte Patrick Hutber vom *Sunday Telegraph*, sondern daß sie den Zusammenhalt der Gesellschaft in Frage stelle. Sie sei unberechenbar in ihren Auswirkungen, befördere Neid, Haß, Mißgunst und Selbstsucht und mache es auf diese Weise schwierig, Respekt für ein politisches und wirtschaftliches System zu bewahren, das ihr Entstehen begünstige. Das beste Beispiel dafür, wohin Inflation führen könne, sei das Schicksal Deutschlands in der Zwischenkriegszeit.²¹⁷

Insbesondere Tory-Politiker und Intellektuelle aus dem Dunstkreis der Konservativen Partei verarbeiteten den Schock, den bei ihnen das Schlingern und schließlich das Scheitern der Heath-Regierung auslöste, zu düsteren Untergangsszenarien. Im Bergarbeiterstreik von 1972 erblickten viele ein Menetekel von Chaos und Bürgerkrieg. Brendan Sewill, ein langjähriger führender Mitarbeiter im *Conservative Research Department*, bemerkte: „At the time many of those in position of influence looked into the abyss and saw only a few days away the possibility of the country being plunged into a state of chaos not so very far removed from that which might prevail after a minor nuclear attack.“²¹⁸ In einem Entwurf für ein konservatives Wahlkampfmanifest schrieb der junge Abgeordnete Nigel Lawson im

²¹⁵ „[T]he unemployment rate reached at the *peak* of the 1973 boom was the same as that reached in the *trough* of the 1958 recession“, schrieb 1978 Samuel Brittan von der *Financial Times* und bemerkte, in Zukunft müßten sich Politiker von der Idee verabschieden, es gebe einen automatischen Ausgleich zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation; SAMUEL BRITTAN, *The Economic Tensions of British Democracy*, in: TYRRELL (Hrsg.), S. 126–43 (S. 126–7).

²¹⁶ ROGER BACON und WALTER ELTIS, *Britain's Economic Problems: Too Few Producers*, New York 1976, S. 5.

²¹⁷ HUTBER (Hrsg.), S. 11.

²¹⁸ BRENDAN SEWILL und RALPH HARRIS, *British Economic Policy 1970–74*, London 1975, S. 50.

Dezember 1973, nicht weniger als das Fortbestehen der Gesellschaft stehe auf dem Spiel: Der Augenblick der Wahrheit für das britische Volk sei gekommen.²¹⁹ Lord Rothschild, der Leiter des *Central Policy Review Staff*, einer von Heath eingerichteten Denkfabrik, warnte etwa zur selben Zeit: „From the vantage point of the Cabinet Office it seems to me that unless we take a very strong pull at ourselves and give up the idea that we are one of the wealthiest, most influential countries in the world – in other words that Queen Victoria is still reigning – we are likely to find ourselves in serious trouble.“²²⁰ Ein unzufriedener konservativer Hinterbänkler fand, seine Heimat sei zu einer unhygienischen, kopflastigen Kopie Schwedens verkommen.²²¹ Zwei Jahre später veröffentlichte einer der großen alten Männer der Tory-Partei, Lord Hailsham, ein Buch mit dem Titel *The Dilemma of Democracy*, in dem er ein trostloses Bild von Großbritanniens Gegenwart malte und bedrückende Zukunftsprognosen aufscheinen ließ:

For some years now, and especially since February 1974, I have been oppressed by a sinister foreboding. [...] We are living in the City of Destruction, a dying country in a dying civilization, and across the plain there is no wicket gate offering a way of escape [...] if we go on as we are, I can see nothing but disaster ahead, though I am quite unable to predict when, or exactly how, it will overtake us.²²²

Im *Civil Service* herrschte ähnliche Ratlosigkeit und Frustration. Ein Spitzenbeamter bemerkte 1973, das einzige, was man sich für Großbritanniens Zukunft erhoffen könne, sei die ordentliche Verwaltung des Niedergangs.²²³ Diesem Urteil stimmten die meisten seiner Kollegen zu. „From senior officials comes a chorus of fateful foreboding remarkable in its unison“, schrieb der Publizist Peter Jenkins im Sommer 1974 im *Guardian*. „Uncontrollable inflation and political disintegration are subjects of no longer purely academic discussion [...] Nobody knows what to do, few any longer pretend to know what to do.“²²⁴ Benn stellte ein Jahr später in einer Kabinettsitzung fest, das britische Establishment sei inzwischen von derselben Geisteshaltung befallen wie Frankreich im Sommer 1940: „the Vichy spirit

²¹⁹ Zit. nach STUART BALL, *The Conservative Party and the Heath Government*, in: BALL und SELDON (Hrsg.), S. 315–50 (S. 346). Letztlich wurde Lawsons Entwurf als zu dramatisch angesehen und nicht verwandt.

²²⁰ Vgl. LORD ROTHSCHILD, *Meditations on a Broomstick*, London 1977, S. 90–1.

²²¹ JOHN BIGGS-DAVISON, *Towards the Counter-Revolution*, in: *Spectator*, 31. Juli 1976, S. 12–3 (S. 13).

²²² LORD HAILSHAM (ehemals: QUINTIN HOGG), *The Dilemma of Democracy*, London 1978, S. 15.

²²³ Lord Armstrong, *Head of the Home Civil Service*; zit. nach RANELAGH, S. 82.

²²⁴ *The Guardian*, 21. Juni 1974.

of complete capitulation and defeatism. It is that which is going finally to destroy us“.²²⁵

Besonders pessimistisch urteilten britische Diplomaten, die von Berufs wegen aufmerksam die Stellung ihres Landes in der Welt im Vergleich mit anderen Staaten beobachteten. Schon im Oktober 1966 hatte Con O'Neill, Chef der britischen Verhandlungsdelegation bei der EWG in Brüssel, in einem Memorandum konstatiert, seit zwanzig Jahren drifte Großbritannien ziellos dahin. Insgesamt gesehen, habe man es mit einer Periode des Niedergangs britischer Macht und britischen Einflusses in der Welt zu tun, die in der Nation eine Stimmung von Frustration und Unsicherheit geschürt habe. „We do not know where we are going and have begun to lose confidence in ourselves.“²²⁶ Nicholas Henderson, lange Jahre britischer Botschafter in Bonn und Paris, beschrieb mehr als zwölf Jahre später anlässlich seiner Pensionierung in einem umfangreichen Abschiedsbericht an den Außenminister, wie sehr Großbritanniens internationales Ansehen während seiner Dienstzeit verfallen sei. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, so Henderson, war Großbritannien eine von drei Weltmächten, wenn auch die schwächste. „[T]oday we are not only no longer a world power, but we are not in the first rank as a European one.“ Man müsse nur durch Westeuropa reisen, um festzustellen, wie arm und heruntergekommen das Land im Vergleich mit seinen Nachbarn sei. Man sehe es am Zustand der Städte, der Flughäfen, Krankenhäuser und lokalen Einrichtungen sowie des Eisenbahnnetzes, das noch eine Generation zuvor dem kontinentaleuropäischen deutlich überlegen gewesen sei.²²⁷ O'Neill und Henderson standen mit ihren pessimistischen Einschätzungen nicht allein.²²⁸ Bitter bemerkten die Diplomaten die Mischung aus Mitleid und Geringschätzung, mit der Groß-

²²⁵ Tagebucheintrag vom 15. Juli 1975, in: BENN, Tide, S. 595.

²²⁶ Zit. nach YOUNG, Blessed Plot, S. 190.

²²⁷ Hendersons vertraulicher Bericht wurde der Presse zugespielt und erschien in *The Economist*, 2. Juni 1979.

²²⁸ Ein Kollege schrieb: „The ‚question of Britain‘, the ‚long decline‘ was in all our minds. Sir Nicholas Henderson's leaked despatch from Paris was only the most celebrated example. And, as the United Kingdom slipped down the league-table, as the crises and IMF missions succeeded each other, we had sometimes a sense of performing in mid-air, Indian rope-trick-fashion, without any base at all“; CRADOCK, S. 28. Der damalige britische Botschafter im Iran bemerkte später, gegen Ende der siebziger Jahre sei ihm immer deutlicher bewußt geworden, „that, in the overseas countries, with which I was involved, our influence was based on the wasting asset of past glory rather than present performance, in which we were being outstripped by the majority of our European partners, not to mention Japan. [...] In a nutshell Britain's standing world-wide had drifted downwards“; ANTHONY PARSONS, *Britain and the World*, in: DENNIS KAVANAGH und ANTHONY SELDON (Hrsg.), *The Thatcher Effect. A Decade of Change*, Oxford 1989, S. 154–65 (S. 155).

britannien im Ausland betrachtet wurde. Sein Land werde gegenwärtig in Frankreich mit Verfall und Niedergang identifiziert, schrieb Henderson, „as closely as in the old days we were associated with success. In many public statements Britain is mentioned as a model not to follow if economic disaster is to be avoided“.²²⁹

Ähnliches galt für die Sicht der Vereinigten Staaten auf Großbritannien. „Goodbye Britain, it was nice knowing you“, titelte das *Wall Street Journal* im Mai 1975. Drei Monate später erschien an gleicher Stelle ein Bericht, in dem es hieß: „Hardly anyone needs to be told now, that Britain is the sick man of Europe.“ Wohin man blicke, liege der Beweis auf der Hand. Nicht eine Kriegsniederlage, Erdbeben, Pest, Trockenheit oder sonst eine Naturkatastrophe hätten das Land in diesen Zustand versetzt. Der Verfall sei selbstverschuldet.²³⁰ Immer wieder wurde den Amerikanern Großbritannien als abschreckendes Beispiel vor Augen geführt. Es wäre tragisch für die USA, bemerkte Präsident Ford 1976 in einem Abschiedsinterview, wenn sie die gleiche Entwicklung nähmen und die gleichen Probleme bekämen wie Großbritannien.²³¹

Die Krise wurde als derart tiefgreifend empfunden, daß man bei der Suche nach Erklärungen nicht mehr an der Oberfläche tagespolitischer Aktualitäten oder konjunktureller Phänomene stehen blieb, sondern tiefer bohrte und Grundsätzliches in Frage stellte. Zunehmend bezweifelten Publizisten, Wissenschaftler und Politiker die Tragfähigkeit der Fundamente der Nachkriegsordnung. Besonders deutlich zeigte sich diese Entwicklung an der Diskussion über den Keynesianismus. Seit Mitte der siebziger Jahre häuften sich die Stimmen, die Keynes und seine Lehre (oder zumindest das, was mit seinem Namen allgemein verbunden wurde²³²) für die Malaise der bri-

²²⁹ *The Economist*, 2. Juni 1979.

²³⁰ *Wall Street Journal*, 12. Mai und 20. August 1975.

²³¹ Zit. nach RICHARD ROSE und GERALD PETERS, *Can Governments Go Bankrupt?*, London 1978, S. 16.

²³² Da Keynes bereits 1946 gestorben war, müssen alle Antworten auf die seinerzeit heiß diskutierten Fragen, wie der Ökonom selbst auf die Krise reagiert hätte, ob sein Konzept in sich fehlerhaft oder lediglich ergänzungsbedürftig war, hypothetisch bleiben; vgl. etwa TERENCE WILMOT HUTCHINSON, *Keynes versus the Keynesians ...? An Essay in the Thinking of J. M. Keynes and the Accuracy of its Interpretation by its Followers*, London 1977; ALEX LEIJONHUFUND, *Keynes and the Classics*, London 1969. Auch die später aufgekommenen Zweifel, ob es so etwas wie eine „keynesianische Revolution“ in der Wirtschaftsgeschichte der britischen Nachkriegszeit überhaupt gegeben habe, sind im Zusammenhang mit der Frage nach den Entstehungsbedingungen des Thatcherismus zweitrangig; siehe zu diesem Themenkomplex zum Beispiel JIM TOMLINSON, *Why Was There Never a Keynesian Revolution in Economic Policy?*, in: *Economy and Society* 19, 1981, S. 72–87; NEIL ROLLINGS,

tischen Wirtschaft verantwortlich machten. „The Keynesian Revolution was one of these revolutions of kindness“, schrieb 1975 William Rees-Mogg, der Herausgeber der *Times*, „he took the fine old Rolls-Royce of nineteenth-century economics and rebuilt it with every modern sophistication, but without the brakes. He associated brakes with suffering. We have reason now to associate not having brakes with suffering.“²³³ Etwa zur gleichen Zeit äußerte der Historiker Max Beloff in der Zeitschrift *New Society*, seiner Ansicht nach habe Keynes seinem Land geschadet wie kein zweiter.²³⁴ Beloffs Kollege Robert Blake ließ sich ähnlich vernehmen. „The great high priest of deficit finance and of spending or borrowing our way out of depression is losing his posthumous ascendancy“, schrieb er 1976, „the Keynesian image is no longer being worshipped“.²³⁵ Auch in der Politik begann sich ein Meinungsumschwung bemerkbar zu machen. Keith Joseph gab einem Aufsatz, in dem er sich mit den Ursachen der britischen Krankheit beschäftigte, 1978 den Titel *Proclaim the Message: Keynes is Dead*.²³⁶

Die Liste der Vorwürfe, die gegen den Keynesianismus erhoben wurden, war lang. Im *Spectator* erschien zwischen Mai 1976 und Januar 1977 eine Serie von 13 Artikeln, die mit den unterschiedlichsten Begründungen das Ende der keynesianischen Ära prophezeiten.²³⁷ Keynes habe die Fähigkeit demokratischer Regierungen überschätzt, die Volkswirtschaft rational, losgelöst von Partikularinteressen und parteipolitischen Zielen zu lenken, behauptete der Londoner Historiker Robert Skidelsky. Politische Überlegungen hätten sich zunehmend gegen die ökonomische Vernunft durchgesetzt: „[O]nce economic life became a matter for continuous political decision, economic rationality (however defined) would be subordinated to

British Budgetary Policy 1945–1954: A „Keynesian Revolution“?, in: *Economic History Review* 41 (2. Folge), 1988, S. 283–98.

²³³ WILLIAM REES-MOGG, *The Reigning Illusion: The Crisis of World Inflation*, London 1974, S. 105. Drei Jahre später stellte der Geschäftsmann Tim Congdon, der zuvor als Wirtschaftsjournalist für die *Times* gearbeitet hatte, fest: „[T]he responsibility for Britain’s economic difficulties rests with Keynes himself“; siehe TIM CONGDON, *Monetarism*, London 1978, S. 70.

²³⁴ MAX BELOFF, *The Future of the State: Why It Should Wither Away*, in: *New Society*, 13. Oktober 1973.

²³⁵ ROBERT BLAKE, *A Changed Climate*, in: DERS. und JOHN PATTEN (Hrsg.), *The Conservative Opportunity*, London 1976, S. 4.

²³⁶ KEITH JOSEPH, *Proclaim the Message Keynes is Dead*, in: HUTBER (Hrsg.), S. 99–106.

²³⁷ Siehe *Spectator*, 1. Mai 1976, S. 14–6; 29. Mai 1976, S. 20–2; 19. Juni 1976, S. 15–7; 17. Juli 1976, S. 16–8; 7. August 1976, S. 8–9; 28. August 1976, S. 8–9; 18. September 1976, S. 20–1; 16. Oktober 1976, S. 17–8; 6. November 1976, S. 14–5; 27. November 1976, S. 15–7; 11. Dezember 1976, S. 14–6; 8. Januar 1977, S. 15–7; 29. Januar 1977, S. 17–9. Die Essays sind wenig später als Sammelband herausgegeben worden: SKIDELSKY (Hrsg.).

political demands through the auction for votes of a competitive political system“.²³⁸ Die zweite Schwäche des keynesianischen Systems, die er diagnostizierte, bezog sich auf die Rolle, die darin dem Markt zugedacht war. Daß sich der Staat aus der mikroökonomischen Sphäre heraushalten und ganz auf das makroökonomische Management beschränken würde, habe sich als Illusion erwiesen. Ganz im Gegenteil: „[K]eynesian governments have been drawn inexorably into economic planning to compensate for the decay of the ‚disciplines of the market‘ produced in part by their own policy.“²³⁹ Keynes' politische Ökonomie sei in Auflösung begriffen, lautete Skidelskys Fazit: Seine Anweisungen, was eine Regierung zu tun und zu lassen hatte, mochten für die dreißiger und vierziger Jahre gegolten haben, für die Gegenwart seien sie wertlos.²⁴⁰

Weniger auf die politischen als vielmehr auf die ökonomischen Unzulänglichkeiten des Keynesianismus verwies der Soziologe J. T. Winkler in einem anderen Beitrag der Serie. Die keynesianischen Heilmittel für wirtschaftliche Schwierigkeiten seien in den vergangenen Jahren diskreditiert worden, weil sie immer weniger imstande waren, das zu erreichen, was man sich von ihnen versprach: die Kontrolle der Arbeitslosigkeit, zunehmende Investitionen und ganz allgemein einen effektiven Umgang mit der wirtschaftlichen Malaise des Landes. Weil der Keynesianismus nicht mehr funktioniere, so Winklers These, werde er nach und nach durch eine korporatistische Strategie ersetzt, die im Widerspruch zu Keynes' Grundannahmen stehe. Die staatliche Regulierung der Volkswirtschaft geschehe immer weniger durch makroökonomische Steuerung, sondern zunehmend durch direkte Eingriffe in einzelne Betriebe – seien sie nun formell Staatsunternehmen oder lediglich von staatlichen Subventionen abhängig. Auf diese Weise würde die Privatökonomie immer stärker in die Defensive gedrängt und schließlich vollends von der Staatswirtschaft abgelöst. „[A]t some stage“, so Winkler, „the economic initiative will have transferred from private groups to the state and we shall thereby have crossed over that conceptual line between a Keynesian variant of capitalism, and its aftermath, corporatism.“²⁴¹

Nicht alle Autoren der Artikelreihe teilten Winklers Prognose vom Beginn eines korporatistischen Zeitalters. Einige hofften auf die Endkrise des Kapitalismus und das Morgenrot eines sozialistischen Neuan-

²³⁸ ROBERT SKIDELSKY, The Political Meaning of the Keynesian Revolution, in: *Spectator*, 7. August 1976, S. 8–9 (S. 8).

²³⁹ Ebd.

²⁴⁰ Ebd.

²⁴¹ J. T. WINKLER, Keynes and the Coming Corporatism, in: *Spectator*, 8. Januar 1977, S. 15–7 (S. 17).

fangs.²⁴² Andere forderten eine Rückbesinnung auf die Kräfte des Marktes.²⁴³ Doch über eines waren sich alle Verfasser einig: Die keynesianische Periode der Weltwirtschaft sei vorüber und ein neuer Abschnitt beginne. Die Einmütigkeit war umso überraschender als die Autoren keinesfalls alle demselben politischen oder weltanschaulichen Hintergrund entstammten. Unter ihnen befand sich der Sozialist Holland, der Sozialdemokrat Skidelsky und der Konservative Peter Lilley. Die These vom Ende der keynesianischen Ära lief quer durch alle Lager.²⁴⁴

Der andere Begriff, um den Mitte der siebziger Jahre die politische Debatte über den Zusammenbruch der Nachkriegsordnung kreiste, war der Terminus „Konsens“, der sich seit Anfang der sechziger Jahre im politischen Sprachgebrauch durchgesetzt hatte.²⁴⁵ Der amerikanische Politikwissenschaftler Samuel Beer hatte zu den ersten gehört, die sich ausdrücklich mit dem Phänomen beschäftigten. In seiner 1965 erschienenen Studie *Modern British Politics* prägte er den Begriff „collectivist politics“ für jene Verbindung aus „mixed economy“ und Wohlfahrtsstaat, die in seinen Augen die britische Nachkriegszeit dominierte. Beers Ansicht nach schwanden die prinzipiellen Unterschiede zwischen den Parteien nicht zuletzt aufgrund des intensiven Wettkampfs um Wählerstimmen und die Unterstützung gesellschaftlicher Interessengruppen. Differenzen verengten sich auf Nuancen; aus der Vogelperspektive betrachtet fielen nicht die verbleibenden Unterschiede, sondern die erstaunlichen Gemeinsamkeiten auf.²⁴⁶ 1965 bewertete er diese Kontinuität noch positiv und schloß seine Studie mit der Bemerkung: „Happy the country in which consensus and conflict are ordered in a dialectic that makes of the political arena at once a market for interests and a forum for debate of fundamental moral concerns.“²⁴⁷ Siebzehn Jahre später war Beers Optimismus verfliegen. Großbritannien, schrieb er, „has been turned against itself

²⁴² So etwa STUART HOLLAND, Keynes and the Labour Party, in: *Spectator*, 16. Oktober 1976, S. 17–1; vgl. auch HOLLAND.

²⁴³ So etwa SAMUEL BRITTAN, Keynes and the Mandarins, in: *Spectator*, 18. September 1976, S. 20–1; PETER LILLEY, Rebellion and Conformism, in: *Spectator*, 17. Juli 1976, S. 16–8; HARRY G. JOHNSON, Keynes and the Developing World, in: *Spectator*, 6. November 1976, S. 14–5.

²⁴⁴ Die Debatte war keineswegs auf Großbritannien beschränkt; siehe etwa JAMES M. BUCHANAN und RICHARD E. WAGNER, *Democracy in Deficit. The Political Legacy of Lord Keynes*, New York 1977; HENRY HAZLITT (Hrsg.), *The Critics of Keynesian Economics*, 2. Aufl. Lanham u. a. 1977, S. VI.

²⁴⁵ Siehe ALAN BULLOCK und OLIVER STALLYBRASS (Hrsg.), *The Fontana Dictionary of Modern Thought*, London 1977, S. 131.

²⁴⁶ BEER, *Politics*, S. 359.

²⁴⁷ Ebd., S. 390.

by the political contradictions of collectivism“.²⁴⁸ Er betonte nun die Auflösung der Klassenbindungen, die mangelnde Selbstdisziplin der großen Interessengruppen und das fehlende Vertrauen in die Regierung als Merkmale des britischen Konsenses, der in eine „pluralistic stagnation“ gemündet sei.

In den Jahren, die zwischen der Veröffentlichung der beiden Studien lagen, fand die Konsens-These immer mehr Anhänger unter britischen Politikwissenschaftlern. Die einen analysierten die Rhetorik der konservativen und sozialistischen Parteiführer zu Beginn der siebziger Jahre und stellten fest, daß Wilson wie Heath in ihren Reden Hinweise auf Klassengrenzen oder Ideologien mieden und statt dessen verbindende Themen wie „Fairneß“, „Mitgefühl“ und „nationale Einheit“ bevorzugten.²⁴⁹ Andere wiesen anhand von Analysen konservativer und sozialistischer Wahlkampfprogramme nach, daß sich die Parteien bereits während der fünfziger und sechziger Jahre stetig aufeinander zubewegt hatten oder daß die Wahlkampfmanifeste der Parteien in diesen Jahren eher versöhnliche als polarisierende Titel getragen hatten: Überschriften wie *Let Us Work Together*, *Putting Britain First*, *Britain Will Win* oder *The New Hope for Britain* zielten auf Verständigung, nicht Spaltung.²⁵⁰

Besonders wichtig für die Verbreitung des Begriffs „Konsens“ wurde die 1975 erschienene Studie *The Road to 1945*. Darin argumentierte der Historiker Paul Addison, man könne die britische Politik seit 1922 in zwei Phasen einteilen, denen er die Bezeichnungen „the consensus of Baldwin“ und „the consensus of Attlee“ gab. Beide Begriffe symbolisierten einen Bestand von Ideen und Konventionen über Natur und Reichweite politischen, und insbesondere staatlichen, Handelns. Baldwins Konsens war, vereinfacht gesagt, durch weitgehende Nichteinmischung des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft geprägt, während der Name Attlees für eine stärker interventionistische Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik stand. Der Zweite Weltkrieg, so lautete Addisons Hauptthese, brachte die Ablösung des einen Konsenses durch den anderen und wirkte als Katalysator für die Implementierung von Gedanken, die zum großen Teil schon in den Jahren vor 1939 entwickelt worden waren. Fünf Jahre nach Kriegsende sei der Umstellungsprozeß im großen und ganzen abgeschlossen gewesen. „[T]he convergence of the two main parties, which had begun in 1940, was largely completed in the late 1940s.“²⁵¹

²⁴⁸ SAMUEL BEER, *Britain Against Itself*, London 1982, S. xiv.

²⁴⁹ M. PINTO-DUSCHINSKY, A Matter of Words, in: *New Society*, 7. März 1974.

²⁵⁰ DAVID BRUCE ROBERTSON, *A Theory of Party Competition*, London 1976; RICHARD ROSE, *Do Parties Make a Difference?*, London 1982, S. 45.

²⁵¹ ADDISON, *Road*, S. 275.

Addison schloß seine Studie mit der Bemerkung, daß „Mr Attlee’s consensus, the new dispensation which began after Dunkirk in 1940, [...] until recent years seemed to be the natural order of British politics. We were all – almost all – Butskellites then.“²⁵² Diese Bemerkung ist interessant, weil sie impliziert, daß der Attlee-Konsens nach Addisons Ansicht 1975 nicht mehr uneingeschränkt galt – eine Ansicht, die von Keith Middlemas in seiner Studie über *The Experience of the British System Since 1911* ausdrücklich geteilt wurde. Zwar sah Middlemas den Durchbruch des Konsens-Systems nicht erst mit dem Zweiten, sondern bereits in den Jahren nach dem Ende des Ersten Weltkrieges erreicht. Doch auch er glaubte nicht mehr daran, daß die auf friedlichem Interessenausgleich und Kompromiß beruhende Ordnung, die für Großbritanniens außergewöhnliche Stabilität während des 20. Jahrhunderts verantwortlich gewesen sei, zum Zeitpunkt der Veröffentlichung seiner Studie im Jahr 1979 noch gültig war. Seine zentrale These besagte vielmehr, „that a new form of harmony in the political system was established in the decade 1916–26 and that it lasted at least until the mid-sixties when the much-vaunted ‚consensus‘ was seriously, if not fatally, disrupted“.²⁵³

Tatsächlich hatte sich die Linke der Labour-Partei Anfang der siebziger Jahre bereits deutlich von den Grundgedanken einer Konsensherrschaft verabschiedet. „A Labour Government is not in office to engage in a steady series of bargain and compromises in search of a spurious consensus“, schrieb der Unterhausabgeordnete Robert Kilroy-Silk. Die Aufgabe jeder Regierung und insbesondere einer Labour-Regierung bestehe darin, ihre Werte der Gesellschaft aufzuzwingen, die Gesellschaft nach ihrer Vision zu formen.²⁵⁴ Schon zwei Jahre zuvor hatte Benn angesichts der interventionistischen Kehrtwendungen der Heath-Regierung gejubelt: „What we are witnessing is the breakdown of the wartime and postwar consensus which survived for nearly a generation. We must move forward towards a new consensus, markedly more favourable to Labour markedly more equal and markedly more democratic.“²⁵⁵ Früher als die meisten erkannte Benn, daß mit Heaths Eingriffen in die Privatwirtschaft die Mischung aus Marktwirtschaft und Staatsinterventionismus, die die wirtschaftspolitische Grundlage der britischen Nachkriegsordnung bildete, aus der Balance geraten war. In diesem Zusammenhang ist eine Unterhaltung Benns mit dem Herausgeber der *Times* William Rees-Mogg vom Herbst 1976 aufschlußreich, über die

²⁵² Ebd., S. 278.

²⁵³ MIDDLEMAS, *Politics*, S. 18.

²⁵⁴ *The Times*, 29. April 1975.

²⁵⁵ *Sunday Times*, 27. März 1973.

der Politiker in seinem Tagebuch berichtete. In dem Gespräch, so Benn, sei er sich mit Rees-Mogg über den Zusammenbruch des Keynesianismus völlig einig gewesen. Strittig sei ihnen lediglich die Frage erschienen, wann der Konsens endete – unter Wilson oder unter Heath. Letztlich hätten sie darin übereingestimmt, daß die politische Mitte unter Labour zusammengebrochen sei und daß das Land nun vor einer fundamentalen Richtungsentscheidung stehe.²⁵⁶

B) DIAGNOSEN UND THERAPIEN

Die Diskussion über das Ende des Konsenses deutet ebenso wie die Debatte über die Schwächen des Keynesianismus darauf hin, daß sich Mitte der siebziger Jahre in Großbritannien der Eindruck verbreitete, eine Ära gehe zu Ende, etwas Neues breche an. Wie das Neue aussehen würde, war umstritten. Welche Therapien einzelne Autoren dem englischen Patienten vorschlugen, hing davon ab, welche Krankheitsdiagnose sie ihm zuvor ausgestellt hatten.²⁵⁷ Die Wirtschaftsjournalisten Peter Jay und Samuel Brittan etwa gingen davon aus, daß alle westlichen Demokratien letztlich von derselben Seuche befallen seien und daß sich ihr Land lediglich in einem besonders fortgeschrittenen Stadium befinde. Unter dem Einfluß Joseph Schumpeters und in kreativer Weiterentwicklung der *public choice theory* verwiesen beide auf strukturelle Schwächen, die jeder repräsentativen Demokratie innewohnten.²⁵⁸ Alle Politiker, argumentierte Brittan, wetteiferten in einem politischen Markt um Wählerstimmen. Sie verhielten sich dabei ähnlich wie Spekulanten an der Börse – je höher ihr Angebot, desto größer ihre Erfolgchancen. In der Sprache der Politik ausgedrückt bedeutete dies: je mehr ein Politiker versprach, um so größer seine Aussicht, gewählt zu werden. Auf diese Weise produzierte die Politik ständig wachsende Erwartungen der Bürger an die Regierung. Weil sich Wähler nur unvollkommen über die Realisierungschancen dieser Versprechen informierten, überschätzten sie die Möglichkeiten der Regierung und unterschätzten die volkswirtschaft-

²⁵⁶ Tagebucheintrag vom 5. Oktober 1976, in: BENN, Tide, S. 618–9. Kritisch zum Konzept des Konsenses als Erklärungsmodell für die „britische Krise“ ALEXANDER SIEDSCHLAG, „Consensus“ und „Decline“: Systemtheoretische Konzepte und Erklärungen zu Substanz und Ursachen der „britischen Krise“ 1945–1979, in: *Zeitschrift für Politik* 44, 1997 (1), S. 46–71.

²⁵⁷ Vgl. auch GWYN, S. 6–12.

²⁵⁸ Vgl. ANTHONY DOWNS, *An Economic Theory of Democracy*, New York 1957. Der klassische Text der Public Choice-Schule ist JAMES M. BUCHANAN und GORDON TULLOCK, *The Calculus of Consent*, Ann Arbor 1962. Ähnlich wie Brittan und Jay argumentieren ROSE und PETERS; siehe auch CROZIER et al., S. 11.

lichen Kosten der angekündigten Wohltaten. Die Folge sei eine Spirale zunehmender Inflation und Arbeitslosigkeit. Verschärft würden die Schwierigkeiten durch die in modernen Demokratien allenthalben erhobene und weitgehend akzeptierte Forderung nach größtmöglicher Gleichheit aller Bürger. Wer sein eigenes Wohlbefinden immer stärker am Standard anderer messe und nicht mehr an der Verbesserung seiner individuellen Lebensumstände, werde zunehmend neidisch auf alle Bessergestellten und fordere eine Verringerung der Unterschiede – koste es, was es wolle.²⁵⁹

Jay gelangte zu ähnlichen Schlußfolgerungen. Der Markt für Wählerstimmen und der Markt für Wirtschaftsgüter funktioniere nach völlig verschiedenen, häufig gegensätzlichen Regeln. Wenn die beiden sich überschnitten, was oft genug vorkomme, gerieten sie in ernsthaften Konflikt miteinander. Vor allen Dingen gebe es keinen Mechanismus, der dafür Sorge, daß das Ergebnis einer demokratischen Wahl mit den volkswirtschaftlichen Ressourcen übereinstimme, die notwendig seien, um die Wahlversprechen der siegreichen Partei zu erfüllen: „[T]he essence of democratic politics is a gigantic celebration of the fact that you *can* get something for nothing, or at least that *you* – the individual voter – can get something for nothing.“ Dieser grundlegende Konstruktionsfehler repräsentativer Demokratien führe in der Praxis zu einer Kettenreaktion mit verheerendem Ausgang.²⁶⁰

Bei ihren Therapievorschlügen setzten Brittan und Jay unterschiedliche Akzente. Jay schaute hoffnungsvoll auf die USA. Er sah in den amerikanischen Institutionen und politischen Prioritäten ein Beispiel dafür, „that preferences through the ballot box can, at least at last resort, be brought to coincide with economic imperatives before disaster strikes“.²⁶¹ Brittan dagegen plädierte (in Anlehnung an Schumpeter) für eine Begrenzung des Bereichs, in dem politische Entscheidungen maßgeblich seien, und für eine Selbstbeschränkung der Wähler. Diese müßten verstehen, daß nicht alle ihre Wünsche von der Politik erfüllt werden könnten. Er forderte einen grundsätzlichen Bewußtseinswandel der politischen Klasse. Nicht detaillierte

²⁵⁹ SAMUEL BRITTAN, *Economic Tensions of British Democracy*, in: TYRRELL (Hrsg.), S. 126–43 (S. 143). Vgl. auch DERS., *The Economic Contradictions of Democracy*, in: *British Journal of Political Science* 5, 1975 (2), S. 129–59; DERS., *The Economic Consequence of Democracy*, London 1977.

²⁶⁰ „[T]he operation of free democracy appears to force governments into positions (the commitment to full employment) that prevent them from taking steps (fiscal and monetary restraint) that are necessary to arrest the menace (accelerating inflation) that threatens to undermine the condition (stable prosperity) on which political stability and therefore liberal democracy depend“; PETER JAY, *Englanditis*, in: TYRRELL (Hrsg.), S. 167–85 (S. 171, 181). Vgl. auch DERS., *A General Hypothesis of Employment, Inflation and Politics*, London 1976.

²⁶¹ PETER JAY, *Englanditis*, in: TYRRELL (Hrsg.), S. 167–85 (S. 184).

politische Programme, die ohnehin rasch von den Ereignissen überholt seien, könnten die liberale Demokratie retten, sondern nur ein Abschied vom egalitären Ideal, das die *Intelligenzija* beherrsche.²⁶²

Andere suchten die Fehler nicht in allgemeinen Trends, sondern in spezifisch britischen Fehlentwicklungen. Die überkommenen Institutionen des Landes, so lautete eine These, würden den Anforderungen einer modernen Wirtschaft und Gesellschaft nicht mehr gerecht; die altherwürdigen Einrichtungen des Westminster-Modells der parlamentarischen Demokratie scheiterten an der immer komplexer werdenden Realität des 20. Jahrhunderts. Sie produzierten keine effizienten Lösungsstrategien für die anstehenden politischen und ökonomischen Schwierigkeiten, sondern einen „directionless consensus“, der selbst zum Teil des Problems geworden war.²⁶³ Insbesondere zwei Aspekte rückten dabei immer wieder ins Zentrum der Kritik: die politische und wirtschaftliche Elite Großbritanniens und die umfassenden Vollmachten, die jede britische Regierung und Mehrheitsfraktion im Unterhaus besaß.

Die Kritik am *Civil Service* ging bis in die frühen sechziger Jahre zurück, als angesichts der Auflösung des Empire immer wieder die Verwaltungsbürokratie für den Macht- und Bedeutungsverlust des Landes verantwortlich gemacht wurde.²⁶⁴ Im *Encounter* beschäftigte sich Michael Shanks eingehender mit den Defiziten der Beamten in Whitehall und der Manager. „[T]he quality of the people who direct our economy – in industry and in Whitehall – is simply not high enough, and until we can improve it we will not get anywhere.“ Im Vergleich zum europäischen Festland sei Großbritannien eine Gerontokratie. Während dort eine soziale Revolution stattgefunden habe, die junge Menschen in einflußreiche Positionen katapultierte, sei hierzulande der Nachwuchs immer noch von der Macht ausgeschlossen. Zudem verfügten britische Beamte über weniger praktische Erfahrung als ihre Kollegen auf dem Kontinent. Das britische Erziehungssystem produziere gebildete, geistreiche Amateure, aber keine professionellen Staatsbeamten. Um diesem Mißstand abzuhelfen, forderte Shanks eine stärkere soziale Öffnung des *Civil Service* und eine bessere Verzahnung mit

²⁶² SAMUEL BRITTAN, Economic Tensions of British Democracy, in: TYRRELL (Hrsg.), S. 126–43 (S. 143).

²⁶³ RICHARD ROSE, The Variability of Party Government, in: *Political Studies* 17, 1969 (12), S. 413–15.

²⁶⁴ Anthony Sampson etwa schrieb 1962: „Britain’s malaise, I suspect, is not primarily a malaise of the ordinary people, but a malaise among the few thousand managers of our society who have failed to absorb and communicate new challenges and new ideas“; SAMPSON, *Anatomy*, S. 638.

der freien Wirtschaft nach dem Vorbild Frankreichs, damit Beamte und Manager leichter zwischen Aufgaben in Wirtschaft und Verwaltung hin- und herpendeln könnten.²⁶⁵

Die Kritik am Regierungssystem konzentrierte sich auf die Allmacht der Regierungspartei, die mit einer hauchdünnen Mehrheit im Unterhaus revolutionäre Veränderungen vornehmen und gleichzeitig immer mehr Macht in ihren Händen konzentrieren konnte.²⁶⁶ Am tiefeschürfundsten analysierte das Problem der konservative Politiker Lord Hailsham in seiner Studie *The Dilemma of Democracy*, die 1978 erschien. „Our troubles derive from the fact that we are halting between two inconsistent opinions about the nature and function of government“, schrieb er. Zum einen besitze man in Großbritannien eine beinahe allmächtige Zentralregierung, die er als „elective dictatorship“ bezeichnete; zum anderen halte man an der Idee von begrenzter Regierungsmacht und Rechtsstaatlichkeit fest. Letztlich seien beide Konzepte jedoch unvereinbar. Der Politiker ließ keinen Zweifel daran, daß seine Sympathien der Theorie des „limited government“ gehörten. Die ständige Ausweitung der Regierungskompetenzen und -zuständigkeiten hielt er für schädlich, weil sie sowohl die Effektivität der Regierung als auch den Respekt vor ihr untergruben.²⁶⁷ Die Lösung bestand nach Hailsham in der Selbstbeschränkung des Parlaments, das sich zu einer Begrenzung seines Aufgabenbereichs durchringen müsse. Dies solle in drei Stufen geschehen: erstens indem man die Anzahl der Gesetzesentwürfe verringere und die verbleibenden Projekte intensiver berate; zweitens durch eine Verlagerung weniger wichtiger Vorhaben auf nachgeordnete Entscheidungsebenen; und drittens indem man die Zahl der Unterhausabgeordneten reduziere. Die wichtigste Aufgabe sehe er jedoch darin, die unbegrenzte Macht der Legislative zu beschränken, schloß Hailsham, „partly by establishing a new system of checks and balances, partly by devolution, and partly by restricting the power of Parliament to infringe the rights of minorities and individuals. In other words we need a new constitution, and like all new constitutions its terms must be reduced to writing and defined by law.“²⁶⁸

²⁶⁵ MICHAEL SHANKS, The Comforts of Stagnation, in: *Encounter*, Juli 1963, S. 30–8 (S. 31, 33). Vgl. auch ANDREW SHONFIELD, The Plaintive Treble, ebd., S. 39–44; LORD HAILSHAM, Moral Betrayal, not Economic Failure, in: HUTBER (Hrsg.), S. 41–6 (S. 42).

²⁶⁶ „[A]n intolerable strain is being imposed upon our Parliamentary system“, schrieb der konservative Publizist Patrick Hutber, „a virtually one-chamber Parliament without written constitution or Supreme Court has proved a powerful instrument of tyranny as a one-vote majority leads to revolutionary changes“; HUTBER (Hrsg.), S. 111.

²⁶⁷ HAILSHAM, *Dilemma*, S. 9, 125..

²⁶⁸ Ebd., S. 132.

Wer den Niedergang Großbritanniens nicht auf institutionelle Faktoren zurückführte, machte häufig kulturelle Eigenheiten des Landes für dessen Malaise verantwortlich. „[W]e are faced with a ‚functional‘ rather than a ‚structural‘ disorder“, argumentierte etwa Koestler 1963. Nicht objektive, materielle, ökonomische Gründe waren seiner Ansicht nach für die Schwierigkeiten verantwortlich, sondern subjektive, psychologische, kulturelle.²⁶⁹ Als konkrete Beispiele wurden zumeist das britische Erziehungssystem, traditionelle Vorurteile der britischen Oberschicht gegenüber wirtschaftlichem Effizienzdenken sowie das überkommene starre Klassensystem angeführt. Gemeinsam war all diesen Erklärungsversuchen, daß sie die Gründe für den britischen Niedergang nicht in der Gegenwart oder in der jüngeren Vergangenheit suchten, sondern weit in die Geschichte zurückgriffen. „[T]he English Disease is not the novelty of the past 10 or even 20 years“, schrieb der Historiker Correlli Barnett, „but a phenomenon dating back more than a century“.²⁷⁰

Die zentralen Argumente jener kulturellen Erklärung des britischen Niedergangs wurden bereits gegen Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts entwickelt. Schon Ernest Edwin Williams benannte in seiner 1896 erschienenen Streitschrift *Made in Germany* den nachlassenden Unternehmergeist britischer Industrieller als Hauptursache für den relativen Niedergang des Landes im Vergleich zu Deutschland und den USA.²⁷¹ Mehr als sechzig Jahre später wurden diese Argumente im *Encounter* wieder aufgegriffen, um den neuerlichen relativen Niedergang des Landes nach dem Zweiten Weltkrieg zu erklären. Wiederum 15 Jahre darauf popularisierten die einflußreichen Monographien Barnetts und Martin Wieners die These von den kulturellen Ursachen des Niedergangs.²⁷² Obwohl Großbritannien das Mutterland der Industriellen Revolution sei, so der Ausgangspunkt all die-

²⁶⁹ ARTHUR KOESTLER, *The Lion and the Ostrich*, in: *Encounter*, Juli 1963, S. 5–8 (S. 8).

²⁷⁰ CORRELLI BARNETT, *Obsolescence and Dr Arnold*, in: HUTBER (Hrsg.), S. 29–34 (S. 29).

²⁷¹ ERNEST EDWIN WILLIAMS, „*Made in Germany*“, hrsg. und eingel. von AUSTEN ALBU, Brighton 1973 (Originalausgabe: London 1896). „The once enterprising manufacturer has grown slack“, schrieb einige Jahre später Arthur Shadwell, „he has let the business take care of itself, while he is shooting grouse or yachting the Mediterranean“; ARTHUR SHADWELL, *Industrial Efficiency*. Bd. 2, Neuaufl. London 1999 (Originalausg.: London 1906), S. 453.

²⁷² *Encounter*, Juli 1963; BARNETT, *Collapse*; WIENER. Kritisch über diese Thesen urteilt ULRICH WENGENROTH, *Deutsche und britische Unternehmer im 19. und 20. Jahrhundert*, in: WOLFGANG J. MOMMSEN (Hrsg.), *Die ungleichen Partner. Deutsch-Britische Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1999, S. 101–2. Vgl. auch die abwägenden Überlegungen von W. D. RUBINSTEIN, *Cultural Explanations for Britain's Economic Decline: How True?*, in: COLLINS und ROBBINS (Hrsg.), S. 59–90, und neuerdings die Essaysammlung von FRANCIS M. L. THOMPSON, *Gentrification and the Enterprise Culture. Britain, 1780–1980*, Oxford 2001.

ser Schriften, hätten seine kulturellen und politischen Eliten in einzigartiger Weise Traditionen, Werte und Einstellungen aus der vorindustriellen Zeit bewahrt.²⁷³ Den Grund hierfür suchten die Autoren vor allem in der mentalen Spaltung des Landes in den industriellen Norden und den überwiegend agrarischen Süden, der trotz der wirtschaftlichen Schwerpunktverschiebung weiterhin die politischen Führungsschichten stellte.²⁷⁴ Zusätzlich verwiesen sie darauf, daß sich in anderen Ländern der landbesitzende Adel gegen die *nouveaux riches* der Industriellen Revolution abgeschottet und auf diese Weise seinen Weg in den wirtschaftlichen Ruin besiegelt habe. In Großbritannien jedoch sei die Entwicklung anders verlaufen. „The British aristocracy, less rigid, embraced the rising *entrepreneurs* and infected them and their children with its own standard of values; and the quality of industrial management has suffered in consequence.“²⁷⁵ Die Industrialisierung habe die Aristokratie nicht entmachtet, sondern lediglich in eine noch reichere Oligarchie aus alteingesessener Nobilität und neu reichem Bürgertum verwandelt, die an den überkommenen Werten und Verhaltensweisen des Adels festhielt.

Die „gentrification of the industrialist“²⁷⁶ sei durch Institutionen wie die anglikanische Hochkirche, die elitären Privatschulen sowie die Universitäten Oxford und Cambridge ermöglicht worden. Insbesondere die viktorianischen Privatschulen „saw its purpose not as turning out well-informed and ambitious future leaders of industry, but Christian gentlemen with a mission of governing the Empire“.²⁷⁷ Man habe das Studium griechischer und römischer Klassiker den Natur- oder Ingenieurwissenschaften vorgezogen, verächtlich auf praktische Berufe herabgeblickt. Dementsprechend habe es auch in Oxford und Cambridge, wohin die Söhne aufstrebender Industrieller zum Studium geschickt wurden, bis ins späte 19. Jahrhundert hinein kaum Gelegenheit gegeben, angewandte Naturwissenschaften oder Ingenieurwissenschaften zu studieren, schrieb der Labour-Abgeordnete Austen Albu. Sie hätten gelernt „to become *gentlemen*, but nothing so *vulgar* as how to practice any trade or profession.“²⁷⁸ Seitdem hätten die

²⁷³ Siehe MICHAEL SHANKS, The Comforts of Stagnation, in: *Encounter*, Juli 1963, S. 30–8 (S. 35).

²⁷⁴ Siehe vor allem WIENER, S. 41–2; aber auch DELLHEIM.

²⁷⁵ MICHAEL SHANKS, The Comforts of Stagnation, in: *Encounter*, Juli 1963, S. 30–8 (S. 35). Vgl. auch WIENER, S. 127–54.

²⁷⁶ Ebd., S. 127.

²⁷⁷ CORRELLI BARNETT, Obsolescence and Dr Arnold, in: HUTBER (Hrsg.), S. 29–34 (S. 32).

²⁷⁸ AUSTEN ALBU, Taboo on Expertise, in: *Encounter*, Juli 1963, S. 45–50 (S. 46) [Hervorhebungen im Original]. Es ist gewiß kein Zufall, daß ausgerechnet Albu im Jahr 1973 Williams' „Made in Germany“ neu herausgab und selbst mit einem Vorwort versah; WILLIAMS.

britischen Ober- und Mittelschichten ein unüberwindliches Mißtrauen gegenüber der Industrie und industriellem Fortschritt bewahrt, meinte auch Barnett, der hinzufügte, dies sei „a major influence in our decay“.²⁷⁹ In der viktorianischen Ära sei die Verehrung für gebildete Amateure und Dilettanten zum Allgemeingut der britischen Führungsschichten geworden. Viele Anhänger der kulturellen Niedergangsthese zogen von dort eine direkte Linie in die Gegenwart – zu den Fehlern des britischen Erziehungssystems im allgemeinen und zur mangelhaften Ausbildung britischer Manager im besonderen.²⁸⁰ Henderson etwa beklagte in seiner Abschiedsdepesche den mangelnden Professionalismus des britischen Führungspersonals in der Privatwirtschaft. In Deutschland binde die Industrie seit den Tagen Bismarcks die besten Nachwuchskräfte an sich, „whereas in the United Kingdom those leaving school and university seem less prepared to make a career in industry than to join a merchant bank in the City of London or one of the public services“.²⁸¹ Peregrine Worsthorne vom *Sunday Telegraph* glaubte, noch eine andere schädliche Folge der Feudalisierung des britischen Bürgertums erkannt zu haben: Es sei ganz einfach zu nett – viel umgänglicher als sein Gegenstück auf dem Kontinent oder in den USA. Weil man den britischen Bürgern im 19. Jahrhundert beigebracht hätte, sich wie „country gentlemen“ zu benehmen, seien sie nun schlecht gewappnet für den harten Klassenkampf, der ihnen von einer militanten Arbeiterklasse aufgezwungen werde.²⁸² Andere drehten den Spieß um und machten die britische Ober- und Mittelschicht dafür verantwortlich, daß in Großbritannien ein anachronistisches Klassensystem überdauert hatte, das talentierte junge Leute aus unteren Schichten am Aufstieg hindere.²⁸³

Vor allem aber sahen die Vertreter der kulturellen Niedergangserklärung das Problem als Frage des nationalen Willens, der kollektiven Psyche, die es zu verändern galt. „What ails Britain is not the loss of Empire but the loss of incentive“, erklärte Koestler. Der Brite ähnelte seiner Ansicht nach einem jener Fabelwesen, die aus zwei unterschiedlichen Tierkörpern zusammengesetzt sind: im britischen Fall einem Löwe und einem Strauß. „In times of

²⁷⁹ CORRELLI BARNETT, *Obsolescence and Dr Arnold*, in: HUTBER (Hrsg.), S. 29–34 (S. 32).

²⁸⁰ So etwa JOHN VAIZEY, *The Tragedy of Being Clever*, in: *Encounter*, Juli 1963, S. 107–10 (S. 109); GORONWY REES, *Amateurs and Gentlemen or the Cult of Incompetence*, ebd., S. 20–5 (S. 22).

²⁸¹ *The Economist*, 2. Juni 1979.

²⁸² PEREGRINE WORSTHORNE, *The Trade Unions: New Lads on Top*, in: TYRRELL (Hrsg.), S. 5–21 (S. 19).

²⁸³ So etwa JOHN VAIZEY, *The Tragedy of Being Clever*, in: *Encounter*, Juli 1963, S. 107–10 (S. 108); ARTHUR KOESTLER, *The Lion and the Ostrich*, ebd., S. 5–8 (S. 8).

emergency he rises magnificently to the occasion. In between emergencies he buries his head in the sand with the tranquil conviction that Reality is a nasty word invented by foreigners.“²⁸⁴ Die These von der Existenz eines britischen Volkscharakters, der zwischen Löwenmut und Realitätsverweigerung schwankte, fand in der Folgezeit zahlreiche Anhänger. Kein Heilmittel gegen die britische Krankheit werde anschlagen, stellte etwa der Hudson-Report von 1974 fest, „if there is not a shift, a deep shift, in psychology, in will – in short, in style“. Lord Hailsham beharrte ebenfalls darauf, die Ursache der britischen Schwierigkeiten hätte nichts mit der Wirtschaft, der Lage in der Welt oder dem Verlust des Empires zu tun. „It is a disease of the spirit for which there is no one to blame but ourselves.“²⁸⁵ Henderson blickte hoffnungsvoll auf den deutschen und französischen Wiederaufstieg nach dem Zweiten Weltkrieg, der zeige, was ein Volk erreichen könne, wenn es die nötige Willenskraft und eine entschiedene Führung besitze. Nichts im Schicksal einer Nation sei unausweichlich, alles hänge vom nationalen Willen ab. Die Briten seien sicherlich imstande, ihr Schicksal zu meistern, wenn sich ihr Nationalcharakter in den Jahrzehnten seit dem Krieg nicht vollkommen verändert habe. Es sei lediglich notwendig, ihnen den Ernst der Lage deutlich zu machen und sie von der Notwendigkeit einer gemeinsamen nationalen Willensanstrengung zu überzeugen – ähnlich wie dies in Frankreich und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg geschehen sei. Nicht zum ersten Mal in der Geschichte befinde sich sein Land in einer Notlage, schloß der Diplomat, „and we can recover if the facts are known and faced and if the British people can be fired with a sense of national will“.²⁸⁶

C) THATCHERS IDEOLOGISCHES ERKLÄRUNGSMODELL

Thatcher wurde von der Debatte über die britische Krankheit in verschiedener Weise beeinflusst. Aufmerksam verfolgte sie die pessimistische Berichterstattung in den Medien, sammelte die düstersten Artikel und zitierte sie in ihren Reden.²⁸⁷ Im Kreis ihrer Berater und engsten Vertrauten zirkulierte Barnetts Studie, später wurde auch Wieners Untersuchung herumgereicht. Von Hendersons Abschiedsdepesche war die Politikerin derart

²⁸⁴ Ebd., S. 5, 8.

²⁸⁵ Hudson-Report zit. nach GWYN, S. 9; LORD HAILSHAM: Moral Betrayal, not Economic Failure, in: HUTBER (Hrsg.), S. 41–6 (S. 41).

²⁸⁶ *The Economist*, 2. Juni 1979.

²⁸⁷ Vgl. THATCHER, Erinnerungen, S. 422, Fn. 2; ähnlich auch am 17. Mai 1975 auf dem Parteitag der schottischen Konservativen in Dundee: News Service 473/75, S. 1–2.

beeindruckt, daß sie den pensionierten Diplomaten nach ihrem Wahlsieg im Mai 1979 reaktivierte und als Botschafter nach Washington entsandte.²⁸⁸ Vielfach griff sie Argumente und Gedanken aus der Debatte auf: Wie Brittan prangerte sie das Gleichheitsideal an. Mit Jay blickte sie hoffnungsvoll auf die Vereinigten Staaten. Ihre instinktive Abneigung gegen den *Civil Service* deckte sich mit den Analysen von Shanks. Ihrem Parteifreund Hailsham folgte sie bei seiner Forderung nach einem „limited government“. Und ihr Loblied auf Unternehmer und Manager klang wie ein Echo auf die Thesen eines Albu, Rees oder Barnett. Insofern wurden Thatchers Ansichten über Staat und Gesellschaft entscheidend von der Diskussion über den britischen Niedergang geprägt.

Ihr eigener Beitrag war doppelter Natur. Erstens betonte sie mehr als jeder andere Spitzenpolitiker, wie tief das Land während der vergangenen Jahrzehnte gesunken sei. Die Rolle als Oppositionsführerin erlaubte es ihr, die Krisensymptome deutlicher beim Namen zu nennen als die *Labour Party*, die als Regierungspartei größere Rücksichten nehmen mußte. Dabei war für Thatcher die Klage über den britischen Niedergang kein bloßer Propagandatrick. Sie glaubte felsenfest daran, daß ihr Land nur noch eine einzige Chance habe, ehe es vollends dem Sozialismus anheimfalle. 1977 vertraute sie dem Schriftsteller Kingsley Amis an, falls ihre Partei die nächste Wahl verliere, plane sie, ihre beiden Kinder nach Kanada zu schicken, damit diese dort – fern von den sozialistischen Übeln der Heimat – in ihr Berufsleben starteten.²⁸⁹ Zweitens begriff Thatcher den Niedergang aber auch als Herausforderung, die es anzunehmen und zu meistern galt. In diesen beiden Spielarten zog sich das Thema des britischen Niedergangs wie ein roter Faden durch ihre Reden. Immer wieder dienten Vergleiche mit der eigenen glorreichen Vergangenheit und der gegenwärtigen Prosperität der westeuropäischen Nachbarn dazu, das Ausmaß des Verfalls deutlich zu machen. Schon in ihrer Antrittsrede als Parteiführerin stellte sie fest: „I believe our people [...] are aware that all is not well. They do not like living beyond their means as a nation. They don't like, when they travel abroad, being treated as a poor nation whose only greatness lies in her past.“²⁹⁰ Drei Monate später bezog sie sich explizit auf die Niedergangsdiskussion in den Medien. Heerscharen von Journalisten kämen nun nach Großbritannien, erklärte sie vor schottischen Konservativen, angelockt vom Geruch ökonomischen und

²⁸⁸ Vgl. RANELAGH, S. 186–7. Zur Rezeption von Barnetts und Wieners Studien in Thatchers Beraterkreis siehe auch LAWSON, S. 607; HALCROW, S. 178–9.

²⁸⁹ KINGSLEY AMIS, *Memoirs*, London 1991, S. 315–6.

²⁹⁰ Am 20. Februar 1975 in ihrer Antrittsrede: *News Service* 143/5, S. 2.

politischen Verfalls. „Where other countries have succeeded, we have failed. [...] The picture is grim.“²⁹¹ Ihr Land stecke gegenwärtig in großen Schwierigkeiten, gab sie vor einem amerikanischen Publikum im September 1975 zu; es wäre töricht, dies zu leugnen. „We have, to a more intense degree than many other countries, a combination of rising prices, falling output and unemployment. And, we have a sense of losing our way.“²⁹²

Schuld an den Mißständen waren Thatchers Meinung nach die Fehlentwicklungen der Nachkriegszeit, die sich auf die Kurzformeln „Keynes“ und „Konsens“ bringen ließen. Darin deckte sich ihre Diagnose mit den Ansichten vieler anderer Kritiker der Nachkriegsordnung. Zugleich gab sie dem Argument eine besondere Wendung: Die kompromißorientierte, auf den Staat fixierte Politik beider Parteien seit 1945 habe dazu geführt, daß traditionelle britische Tugenden verdorrten, Trägheit, Antriebsarmut und Besitzstandsdenken um sich griffen. „For fifty years or more now we have lived in an intellectual climate“, erklärte sie im Mai 1976, „in which we have been led to believe that decisions made by the State on behalf of the people are in some way both more moral and more efficient than decisions taken by the individual himself.“²⁹³ Dieses Meinungsklima begann sich nach ihrer Einschätzung allmählich zu verändern. Allzu offenkundig stießen die politischen und wirtschaftlichen Instrumentarien der zurückliegenden 25 Jahre an ihre Grenzen. „Keynesian conventional wisdom – monetary expansion, indifference to inflation, the irrelevance of deficits – is dead“, konstatierte sie auf dem Höhepunkt der IWF-Krise im Herbst 1976 hoffnungsfroh.²⁹⁴ Eineinhalb Jahre später wiederholte sie: „The 1970's have witnessed the passing of what might be called the comfortable Keynesian certainties of the post-war world: the conviction that Governments can always simply spend their way out of recession.“²⁹⁵ Der Keynesianismus war Thatchers Ansicht

²⁹¹ Am 17. Mai 1975 auf der Jahreskonferenz der schottischen Konservativen in der Caird Hall in Dundee: News Service 473/75, S. 2.

²⁹² Am 19. September 1975 vor dem National Press Club in Washington: News Service 788/75, S. 1.

²⁹³ Am 25. Mai 1976 auf dem CDU-Parteitag in Hannover: News Service 544/76, S. 4.

²⁹⁴ Am 20. Oktober 1976 vor der American Chamber of Commerce im Grosvenor House in London: News Service 10111/76, S. 5. Thatcher gehörte zu denjenigen, die den Ökonomen selbst von dem Vorwurf freisprachen, für die Fehlentwicklung des „Keynesianismus“ verantwortlich zu sein. Sie fügte daher hinzu: „Keynes himself had an insight, almost an obsession, that money was important. Some of his followers did not. This has led to distressing economic mismanagement in this country.“ Ähnlich auch am 8. September 1977 vor der British American Chamber of Commerce im Ballsaal des Hotel Pierre in New York: News Service 873/77, S. 1.

²⁹⁵ Am 7. Februar 1978 vor Overseas Bankers bei einem Luncheon in Plaister's Hall in London: News Service 161/78, S. 1.

nach bei Politikern aller Parteien deshalb so beliebt, weil er sie der Notwendigkeit unpopulärer Entscheidungen enthob. Seiner Theorie zufolge konnte der Staat über die Regulierung der Nachfrage gleichzeitig hohe Profite, Vollbeschäftigung und steigende Löhne garantieren. Darin bestand in den Augen der Tory-Chefin die Grundlage jenes Konsenses, auf den sich die politische Klasse des Landes nach 1945 geeinigt hatte. Das Problem war, daß man mit dem Ende des Wirtschaftswachstums auch die Grenzen des Keynesianismus erlebte.²⁹⁶

Wie oft in Krisenzeiten, führte auch im Großbritannien der 1970er Jahre die politische und ökonomische Notlage zur Polarisierung. Die gemäßigte Mitte, wo die überkommenen Sichtweisen des Establishments zu finden waren, wurde geschwächt, die Extreme gestärkt. Befürworter eines radikalen Neuanfangs auf der Rechten wie auf der Linken waren sich einig, daß die Konsenspolitik der Nachkriegsära auf die neuen Herausforderungen keine Antwort wußte. Thatcher zog aus dieser Überzeugung die Schlußfolgerung, ähnlich wie kurz zuvor Tony Benn auf der Linken, ihr politisches Profil zu schärfen, indem sie nicht wie den demokratischen Tugenden des Kompromisses und der Konsenssuche huldigte, sondern sie denunzierte. Schon 1968 hatte sie erklärt, die Suche nach einem Konsens sei nichts weiter als „an attempt to satisfy people holding no particular view about anything“.²⁹⁷ Wenig später wiederholte sie im *Daily Telegraph* in einem Artikel mit der Überschrift „Consensus – or choice?“, ihr Plädoyer gegen Kompromiß und Ausgleich: „Clash of opinions is the stuff of which democracy is composed.“²⁹⁸ Nach ihrer Wahl zur Parteiführerin konnte sie noch deutlicher werden. Im Herbst 1981 definierte sie „Konsens“ polemisch als einen „Vorgang, bei dem man alles aufgibt, woran man glaubt, all seine Prinzipien, Werte und politischen Ansichten, und etwas anstrebt, woran niemand glaubt, aber wogegen auch niemand etwas einzuwenden hat. Der Vorgang, bei dem man genau die Probleme, die gelöst werden müßten, umgeht, nur weil man sich in einem bestimmten Punkt nicht einigen kann. Aber für welche große Sache kann man unter dem Banner des Spruches ‚Ich stehe für den Konsens‘

²⁹⁶ Eine Ära der britischen Geschichte gehe zu Ende, sagte Thatcher im Herbst 1977, eine neue beginne. Diese sei nicht mehr vom Wachstumsdenken geprägt, sondern durch strikte Haushaltsdisziplin, „[which] is a much better interpretation of modern economic problems than that which is urged on us in Keynes’s name“; am 8. September 1977: Speaking to the British American Chamber of Commerce, in the Ball Room of the Hotel Pierre, New York, News Service 873/77, S. 1.

²⁹⁷ Am 10. Oktober 1968: „What’s Wrong with Politics“. Address to the Conservative Political Centre Meeting in Blackpool, abgedruckt in: GARDINER, S. 207–16 (S. 215).

²⁹⁸ *Daily Telegraph*, 17. März 1969.

siegreich streiten?“²⁹⁹ Schon als Oppositionsführerin stilisierte sie sich bewußt zum exakten Gegenteil eines Konsenspolitikers. Sie sah sich selbst als Überzeugungstäterin und wollte auch von anderen so wahrgenommen werden. „I am not a *consensus* or a *pragmatic* politician“, erklärte sie in einem Zeitungsinterview im Februar 1979. „I am a *conviction* politician.“³⁰⁰

Inhaltlich identifizierte sie „Konsens“ mit „Sozialismus“. Beide Begriffe verschmolzen in ihrer Vorstellung zu einem einzigen Feindbild, das ihrem Feldzug einen Sinn und ein Ziel gab. Als „conviction politician“ war sie auf einen derartigen Gegenpol angewiesen, der ihren Überzeugungen diametral entgegenstand. Eine ihrer wichtigsten Leistungen als Oppositionsführerin bestand darin, der Diskussion um den britischen Niedergang eine politische Stoßrichtung und Durchschlagskraft gegeben zu haben, indem sie sie auf dieses Feindbild hin ausrichtete. Vereinfacht gesprochen lautete ihre Argumentation: Schuld an der Krise Großbritanniens ist der Sozialismus, der in seinen verschiedenen Schattierungen radikal zu bekämpfen ist – nach außen gegen den totalitären Bolschewismus der Sowjetunion, im Innern gegen die extreme Linke der Labour-Partei, die aus Großbritannien einen diktatorischen Staat nach osteuropäischem Vorbild machen will, aber auch gegen die gemäßigten, konsensorientierten Strömungen in allen Parteien, die den zerstörerischen Kräften keinen entschiedenen Widerstand entgegensetzen. So einfach, ja schlicht diese Argumentation war, enthielt sie doch ein umfassendes Erklärungsangebot für die Misere des Landes. Die vielfältigen Krisenphänomene in Wirtschaft, Gesellschaft und den politischen Parteien ließen sich ihrer Ansicht nach allesamt auf das Grundübel des Sozialismus zurückführen.

Ein wichtiges Kennzeichen von Thatchers Auseinandersetzung mit dem Sozialismus war die Militanz ihrer Sprache. Oft benutzte sie Metaphern und Bilder, die aus dem Wortschatz des Militärischen stammten. Sie sprach von Kriegen, Schlachten und Kreuzzügen, von Kampf und Vernichtung. Der Kampf gegen den Sozialismus begann für sie bereits auf der Ebene der Alltagssprache. „One way to destroy capitalism“, zitierte sie Lenin, „was to devalue its currency. Another way is to debase its language.“³⁰¹ In einem „Krieg der Worte“ wollte sie die Deutungsmacht über das politische Vokabular zurückgewinnen, die ihrer Ansicht nach die Konservativen vor Jahrzehnten an die Linke verloren hatten: „The war is a true war of words“, erklärte sie. Der Gegner habe die ursprüngliche Bedeutung vieler Worte

²⁹⁹ Zit. nach THATCHER, Downing Street, S. 251.

³⁰⁰ *The Observer*, 25. Februar 1979 [Hervorhebungen im Original].

³⁰¹ Am 20. März 1976 beim Central Council Meeting, Norwich, News Service 317/76, S. 4.

aufgeweicht, aufgelöst. Er habe die Wahrheit gedreht und verbogen, bis seine Propaganda die Sprache vollkommen durchdrungen, den eigentlichen Sinn vieler Begriffe auf den Kopf gestellt habe. Wie die Umdeutung vonstaten gehe, demonstrierte sie am Beispiel des Wortes *public*:

Only when followed by the words ‚house‘ or ‚bar‘ do we instantly recognise its purpose. But when it is followed by the word ‚ownership‘ – ‚Public ownership‘ – it has come to mean something totally different. We *own* the mines. We *own* the railways. We *own* the Post Office. But when it comes down to it, *we* don't really own anything. ‚Public ownership‘ should mean that you and I own something, that we have some say in how it is run, that it is accountable to us. But the fact is that the words ‚public ownership‘ have come to mean the very, *very* private world of decisions taken behind closed doors, and of accountability to no-one.³⁰²

Sozialisten sagten „publicly owned“, wenn sie eigentlich sagen müßten: „State-controlled“. Ihre Propaganda ziele darauf, durch sprachliche Irreführung und gedankliche Verwirrung der Bürger politische Ziele durchzusetzen, die unverblümt ausgedrückt niemals eine Mehrheit finden würden. „Socialists say ‚Government aid‘ when what they mean is ‚taxpayers‘ aid‘. Socialists say ‚social justice‘ when what they mean is ‚selective justice‘. Socialists say ‚equality‘ when what they mean is ‚levelling down‘.“³⁰³

Für Thatcher begann mit dem Krieg der Worte ein umfassender Kampf der Ideen.³⁰⁴ Sie erblickte in der politischen Auseinandersetzung nicht nur einen Wettstreit um Macht und effizientere Lösungsvorschläge, sondern einen Kampf gegensätzlicher Weltanschauungen. Geprägt von den religiösen Vorstellungen ihres methodistischen Elternhauses, sah sie im Gegeneinander von Tory- und Labour-Partei einen Kampf der Kräfte des Lichts gegen die Mächte der Finsternis. „This clash of philosophies“, erklärte sie, „has become to be embodied more closely in the party line-up than any of us foresaw or wished. But battle is joined and we must win.“³⁰⁵ Es genüge nicht, die nächsten Wahlen zu gewinnen, wenn man nicht zugleich die geistige Auseinandersetzung für sich entschied. „[W]inning not just power but the battle of ideas“, lautete ihr Ziel.³⁰⁶ Sie wollte nicht nur Labour als

³⁰² Am 31. Januar 1976 in ihrem Wahlkreis in Finchley: News Service 94/76, S. 2–3.

³⁰³ Am 20. März 1976 beim Central Council Meeting, Norwich: News Service 317/76, S. 4.

³⁰⁴ „Whenever we can, let us, like Luther, nail the truth to the door – and let us do it in unambiguous English. These are the opening rounds in the battle of ideas. It is a battle that we are winning“; am 20. März 1976 beim Central Council Meeting, Norwich: News Service 317/76, S. 4.

³⁰⁵ Am 6. Mai 1978 vor der Bow Group in der Royal Commonwealth Society in London, abgedruckt in: THATCHER, *Revival*, S. 71–82 (S. 81).

³⁰⁶ Am 4. Mai 1976 vor dem Junior Carlton Club Political Council, abgedruckt in: THATCHER, *Children*, S. 51–9 (S. 51).

Regierungspartei für möglichst lange Zeit ablösen, sondern „den Sozialismus“ in Großbritannien vernichten. „Our aim is not just to remove from office this uniquely incompetent Government, it is to destroy the socialist fallacies – indeed the whole fallacy of socialism that the Labour Party exists to spread.“³⁰⁷ Auf dem Höhepunkt der IWF-Krise im Oktober 1976 rief sie während der konservativen Parteikonferenz in Brighton alle Briten zu einem Kreuzzug gegen den Sozialismus auf, der das Schicksal ihres Landes entscheiden sollte: „I appeal to all those men and women of good will who do not want a Marxist future for themselves or their children. For this is not just a fight about national solvency. It is a fight about the very foundations of the social order. It is a crusade not merely to put a temporary break on Socialism but to stop its onward march once and for all.“³⁰⁸

Thatcher war überzeugt, daß sie im Kampf der Ideen siegen werde. Denn sie hielt den Sozialismus für wirtschaftlich hoffnungslos ineffektiv. Die ökonomischen Schwierigkeiten, mit denen die Regierungen Wilson und Callaghan zu kämpfen hatten, führte sie nicht auf Turbulenzen der Weltwirtschaft, sondern auf sozialistisches Mißmanagement zurück. Wo andere von einer Krise des Kapitalismus sprachen, redete sie von einer Krise des Sozialismus.³⁰⁹ Die Probleme der Labour-Regierung wendete sie ins Grundsätzliche. Nicht die Wirtschaftspolitik der Regierung war gescheitert, sondern der Sozialismus als System. Allzu lange habe man den Sozialisten erlaubt, die vielen kleinen Fehler und Unzulänglichkeiten des Kapitalismus mit der heilen Welt der sozialistischen Utopie zu vergleichen. Statt dessen müsse man endlich damit beginnen „to compare Socialism as it really is with Socialism as it is painted up to be [...] Socialism is a system that is inherently inefficient, inherently wasteful, and inherently unjust.“ Zwar rechnete sie Schatzkanzler Healey und seinen Ministerkollegen wieder und wieder ihre Mißerfolge vor: der Kursverfall des Pfundes, die galoppierende Inflation, steigende Staatsverschuldung, zunehmende Arbeitslosigkeit, zurückgehende Produktivität und immer höhere Steuern. Es reichte ihr jedoch nicht festzustellen, daß dieser oder jener Minister besonders schlecht, diese oder jene Einzelmaßnahme schädlich gewesen sei. Vielmehr lautete ihre wirkliche Botschaft, „that Socialism itself has failed. [...] Socialism does not work.

³⁰⁷ Ebd., S. 51–2.

³⁰⁸ Am 8. Oktober 1976 auf dem Tory-Parteitag in Brighton, zit. nach *The Times*, 9. Oktober 1976.

³⁰⁹ „The crisis of 1976“, so Thatcher, „wasn’t a crisis of capitalism. It was a crisis of Socialism. It was the price we had to pay for the policies of Labour’s first two years“; am 4. Februar 1978 auf der Conservative Local Government Conference in der Caxton Hall in London: *News Service* 143/78, S. 6.

It has not solved our economic problems, but has made them a good deal worse. Socialism is only about distribution: first the distribution of wealth created by free enterprise, then of the poverty created by Socialism“.³¹⁰

Thatcher blieb nicht bei der Kritik an der Ineffizienz des Sozialismus als Wirtschaftsordnung stehen. Ebenso wichtig erschien ihr die moralische Dimension der Auseinandersetzung. Ihrer Ansicht nach besaßen die Sozialisten einen moralischen Startvorsprung, der ihnen nicht zustand. Während dem Sozialismus weithin zugute gehalten wurde, er sei in der Theorie gut, nur in der Praxis schwer durchführbar, galt der Kapitalismus als moralisch minderwertig. Den Sozialisten sei es gelungen, sich und andere davon zu überzeugen, daß eine auf Profit ausgerichtete freie Marktwirtschaft Egoismus und Selbstsucht nicht nur voraussetze, sondern auch hervorbringe – „whereas they claim Socialism is based on, and nurtures, altruism and selflessness“.³¹¹ Thatchers Ansicht nach war das Gegenteil richtig: Im Kapitalismus trug das wohlverstandene Eigeninteresse zum Allgemeinwohl bei, während der Sozialismus zur Herrschaft einer kleinen Gruppe von Politbürokraten und zur Unterdrückung der Mehrheit führte.

In the end, the real case against Socialism is not its economic inefficiency, though on all sides there is evidence of that. Much more fundamental is its basic immorality. There is nothing pure about the motives of people who want to boss your lives. Socialism is a system designed to enlarge the power of those people to the point where they control everyone and everything.³¹²

Als ultimatives Schreckbild eines sozialistischen Staates in den Händen einer kleinen Clique allmächtiger Politiker und Bürokraten diene der Tory-Chefin die Sowjetunion. Dort könne man erleben, welche Folgen ein alles kontrollierender, überall eingreifender Staatsapparat zeitige. Es sei eine Illusion zu glauben, was dort geschehen sei, könne sich im Westen nicht wiederholen. Vielmehr müsse das sowjetische Beispiel als Warnung dienen, den Anfängen zu wehren. Der westliche Sozialismus unterscheide sich nicht wesentlich vom östlichen. „Fundamentally, the collective mystique which inspires the Socialist parties of much of Europe, including Britain, differs from that in the Soviet system more in degree than in kind.“³¹³

³¹⁰ Am 4. März 1977 in Grantham: News Service 270A/77, S. 10–1.

³¹¹ Am 4. Juli 1977 in ihrer Iain Macleod Memorial Lecture, abgedruckt in: THATCHER, *Revival*, S. 48–61 (S. 53); ebenfalls abgedruckt in: THATCHER, *Collected Speeches*, S. 58–69 (S. 62).

³¹² Am 4. März 1977 in Grantham: News Service 270A/77, S. 12.

³¹³ Am 20. September 1976 vor dem Federal Council der Liberal Party of Australia in Melbourne, abgedruckt in: THATCHER, *Defence*, S. 10–7 (S. 15).

Die Gleichsetzung von westlichem Sozialismus und Sowjetkommunismus ermöglichte es der Politikerin, ihre innen- und außenpolitischen Vorstellungen zur Deckung zu bringen. In beiden Fällen ging es darum, gegen den Sozialismus zu kämpfen – sei es gegen den Bolschewismus, sei es gegen die Labour-Linke als fünfte Kolonne Moskaus oder die gemäßigten Politiker in allen Parteien, die vor der drohenden Gefahr die Augen verschlossen. Der innenpolitischen Konsenssuche, die eine Lösung der Probleme verhinderte, entsprach in der Außenpolitik das Konzept der *Détente*, das über die unüberbrückbaren Systemgegensätze zwischen Ost und West nur hinwegtäuschte, die freie Welt einlullte, so daß ihre Wachsamkeit nachließ.³¹⁴ In ihren Erinnerungen deutete sie später an, auch dieser Begriff gehöre ins Arsenal sozialistischer Propagandawaffen in jenem „Krieg der Worte“, den sie gewinnen wollte. „Mein schierer Instinkt sagte mir, dieses beschönigende Fremdwort verberge eine häßliche Wirklichkeit, die in geradlinigem Englisch unverhüllt zutage träte.“ Mit „Entspannung“ sei letztlich nichts anderes als „Appeasement“ gemeint.³¹⁵ Welche Assoziation sich hinter der Gleichsetzung von innenpolitischem „Konsens“ und außenpolitischem „Appeasement“ verbarg, lag auf der Hand: So wie die Beschwichtigungspolitik der dreißiger Jahre in die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges mündete, so drohte die Konsenspolitik der Nachkriegszeit ins politische und ökonomische Desaster zu führen. Das Land benötigte einen neuen Churchill, wollte es zu neuer Größe finden. Thatcher hatte recht genaue Vorstellungen davon, wer diese Rolle einnehmen sollte. „[W]e in the Conservative Party believe that Britain is still great“, behauptete sie:

The decline of Britain's relative power in the world was partly inevitable – with the rise of the nuclear superpowers, with their vast reserves of manpower and economic resources. But it was partly avoidable – the result of our economic decay, resulting from processes that the Labour Government has assisted. We will reverse those processes when we are returned to government.³¹⁶

³¹⁴ „Détente sounds a fine word“, erklärte sie in ihrer ersten großen außenpolitischen Rede im Sommer 1975. „And, to the extent that there really has been a relaxation in international tension, it is a fine thing. But the fact remains that throughout this decade of détente, the armed forces of the Soviet union have increased, are increasing, and show no signs of diminishing“; am 26. Juli 1975 bei einer Kundgebung der Chelsea Constituency Association, abgedruckt in: THATCHER, Collected Speeches, S. 23–8 (S. 25). Vgl. zum selben Thema auch die Rede vom 25. Mai 1976 auf dem CDU-Parteitag in Hannover: News Service 544/76, S. 5–6.

³¹⁵ THATCHER, Erinnerungen, S. 412.

³¹⁶ Am 19. Januar 1976 in der Kensington Town Hall, abgedruckt in: THATCHER, Collected Speeches, S. 39–47 (S. 47).